1 EURO
Libertäres
Mai-Juni 2009
Monatsheft aus Leipzig
Feierabend!
denke, mensch!
#33

libertäres
Monatsheft
aus Leipzig

Feierabend!

Mai-Juni 2009

Proteste, die gar nicht stattfinden sollten

NATO-Gipfel in Straßburg 2009

30.000 Menschen haben am ersten Aprilwochenende gegen die NATO und die Kriegspolitik ihrer Mitgliedsstaaten demonstriert – oder das zumindest versucht. Dass sich überhaupt so viele auf den Weg machten, hat viele überrascht. Denn die französischen wie die deutschen Behörden ließen nichts unversucht, um die Menschen abzuschrecken, vor Ort gegen den NATO-Gipfel zu protestieren.

Dabei verfolgten sie mehrere Strategien. Einerseits weigerten sie sich standhaft, angemeldete Kundgebungen, Demonstrationen und Infrastruktur (Camps, Infopunkte etc.) zu genehmigen. Die Route der Großdemonstration blieb bis zuletzt unklar und während das einzige genehmigte Camp in Straßburg bereits aufgebaut wurde, gab es schon wieder Anzeichen für ein Verbot. Die Verlautbarungen der Polizei sagten bis zuletzt wenig darüber aus, ob die legitimen und legalen Protestformen überhaupt stattfinden und eingeplant würden. Stattdessen wurden Sicherheitskonzepte vorgestellt, die darauf hinausliefen „Störer" fernzuhalten.

Fortsetzung auf Seite 29ff ...

Abgewrackt!

Alles schien so einfach – Die Krankheit heißt „Krise", der heilende deutsche Tablettencoktail „Konjukturpaket". Um die ganze Medikation ertragen zu können, sollte die kleine süße „Abwrackprämie" die geballte Chemie dann genießbar machen: Sie galt als finanzielles Schmankerl für die Bevölkerung, die gleichzeitig Milliarden in die Banken fließen sah, als arbeitsplatzerhaltende Maßnahme für eine Wirtschaft, die stark auf die Automobilindustrie baut, als Methode zur Förderung des Umweltschutzes und zudem als taugliches Mittel für die Jagd nach Wählerstimmen. Doch die Pille ist ziemlich bitter geworden: Als „Umweltprämie" hatte eine autobaufördernde Maßnahme sowieso nie eine Chance. In einem exportorientierten Wirtschaftszweig kann auch die Förderung von Neukäufen bei deutschen Staatsbürger_innen den Niedergang einiger Autofirmen nicht aufhalten, sondern maximal hinauszögern. Kurzarbeit ist inzwischen für viele Arbeitnehmer_innen dieser Branche Realität geworden und die ganzen Leiharbeiter_innen, die als Erste abtreten mussten, können sich auch kein neues Auto kaufen. Schlussendlich haben auch die Autokäufer inzwischen erkannt, dass sie dabei nicht wirklich Geld sparen. So taugt der Beschluss der beiden Koalitionspartner inzwischen nicht mal mehr zum Wahlkampf, sondern enttarnte sich schnell als Stimmenfang. Was der Name der Prämie andeutet ist also auch inhaltlich Programm: Die Sache ist abgewrackt. Unsinnig, ausgelutscht, unbrauchbar – auf den Müllhaufen der Geschichte damit. Und obendrein sollten da auch alle diejenigen hin, die immer noch wollen, dass sich der Patient Kapitalismus erholt.

momo

Keine Nazis. Nirgends.

Rechte Umtriebe beim Wave-Gotik-Treffen

Das alljährlich zu Pfingsten stattfindende *Wave-Gotik-Treffen* ist ein gutes Geschäft für die Stadt Leipzig. Dass das Festival nicht nur ein Anlaufpunkt für jährlich etwa 20.000 „Schwarze", sondern auch für Neonazis ist und immer wieder einschlägige Bands im Programm auftauchen, wird deswegen gern übersehen. So werden dieses Jahr neben *Camerata Mediolanense* und der rechtsoffenen Black-Metal-Band *Dies Ater* (1), auch *Fire & Ice* auftreten, eine Neofolk-Band, deren Frontmann Ian Read lange Zeit in der britischen Neonazi-Szene aktiv war.

Fortsetzung auf Seite 13 ...

Aus die Maus ...

Räumung des Topf-Squat in Erfurt

16. April, 5 Uhr 30 morgens: Spezialkommandos der Polizei fahren mit neutralen LKWs vor, verschiessen Gaskartuschen, nehmen mit Leitern über die Mauern hinweg das erste Dach ein und sichern von dort mit Sturmgewehren das Gelände. Zwei Hubschrauber fliegen herbei, 8 Männer des SEK seilen sich auf zwei weitere Dächer ab und an der Hinterseite des verbarrikadierten Geländes muss die Polizei einen Räumbagger zu Hilfe nehmen und eine Mauer durchbrechen. Während vor dem Haus die friedliche Sitzblockade von etwa 30 Menschen von bayerischen und thüringischen Bereitschaftspolizisten nach und nach geräumt wird, dringen die ersten Spezialistenteams mit Gasmasken und wiederum Sturmgewehren in's Wohnhaus ein. Mit dem restetrinkenden Punker an der Bar und den provokativ frühstückenden Leuten in der Küche haben sie weniger Probleme. Mehr jedoch mit den beiden an einen Betonklotz Angeketteten auf dem Dachboden. Durch ihre aus den Anti-Castor-Protesten bekannte Blockadeform verzögern sie die Räumung zumindest um 2 Stunden.

Fortsetzung auf Seite 25 ...

Editorial

Seid gegrüsst, liebe Leser_innen!
Heute gibt es Grund zum Feiern beim *Feierabend!* Schließlich haben wir es diesmal tatsächlich geschafft, unsere Nr. 33 in zwei Monaten fertigzustellen. Und dick ist es geworden, dieses Heft, vollgepackt mit Information, Polemik, interessanten Berichten und tollkühnen theoretischen Spekulationen! Wer nicht dabei war oder sich nicht mehr recht erinnert, kann zum Beispiel noch mal nachlesen, wie das war bei den Protesten gegen den *NATO*-Gipfel im April. Oder zum 1. Mai in Leipzig – denn *wir* waren diesmal alle dabei. Aber nicht nur zurück wird hier geschaut, sondern auch voraus zum Wave-Gotik-Treffen, wo sich nicht nur viele nette Leute, sondern auch einige zwielichtige Gestalten herumtreiben – passend dazu ist dieses Mal das Mandragora unsere Verkaufsstelle des Monats. Die schönen und unschönen Seiten der Erwerbslosigkeit werden beleuchtet, und um das alles inhaltlich abzurunden, träumt Redaktionsphilosoph clov vom „Ende der Arbeit". Hoffen wir, dass es auch in Zukunft so weitergeht und sich die FA!-Crew nicht ebenso zerstreitet wie die Besucher_innen des A-Kongresses in Berlin. Zur Entspannung empfehlen wir Euch unser Schachproblem und beim Lesen viel Spaß!

Eure *Feierabend!*Redax

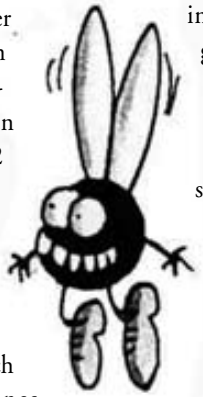
Thor Steinar ist verkauft

Die Nazi-Marke *Thor Steinar* hat ihren Besitzer gewechselt. Was erst im März breiter bekannt wurde, ist schon seit November 2008 Realität: Die hinter der Marke stehende Mediatex GmbH wurde an den arabischen Großinvestor Faysal al Zarooni, der sich ansonsten auf Immobiliengeschäfte und Beratungsdienstleistungen spezialisiert hat, verkauft. Der neue Eigentümer aus Dubai hat seinen Berater und engen Mitarbeiter Mohammed M. Aweidah als neuen Geschäftsführer von Mediatx eingesetzt. In Nazikreisen ist nun die Aufregung groß: Einige meinen, die alten Geschäftsführer Uwe Meusel und Axel Kopelke hätten sie verraten und sich jahrelang aus der Szene bereichert, ohne dieser was zurück zu geben. Weitere sind am Überlegen, ob die Marke jetzt boykottiert werden sollte, da sie ja nun keinem „echten Deutschen" mehr gehöre. Wiederum andere finden die Klamotten so cool, dass ihnen der Besitzer egal ist, oder heben die kollektive Identifikationswirkung von Szene-Klammotten heraus. Und schlussendlich gibt es auch solche, die das abgehen auf derlei Marken nie verstanden haben und sich eher das „braune Hemd" als Identifikationsmerkmal zurückwünschen. Großes Kino – kruder Film. Solange sich die rechte Szene jedoch in ihrer Ablehnung nicht einig ist, solange muss sich auch die *Ladenschluss-Kampagne* nicht umorientieren und kann diese Marke weiter den Faschisten zuordnen.

momo

Autonomes Abwracken in Dresden

Das hätte sich die Bundesregierung vorher überlegen sollen: Ganze 42 Fahrzeuge der Bundeswehr gingen am Morgen des 13. März – nach einem auf dem Gelände der Dresdner Offiziersschule verübten Brandanschlag – in Flammen auf. Dabei entstand ein Sachschaden von etwa 2 Millionen Euro.
Während die linken Chaoten in diversen Internetforen ihrer klammheimlichen Schadenfreude Ausdruck verliehen, zeigte sich Oberstleutnant Johannes Derichs, der Kommandant der Offiziersschule, betroffen: "Ein Anschlag auf die Bundeswehr ist auch ein Anschlag auf die Gesellschaft", erklärte er der Presse.
Zwei Tage nach dem Anschlag erreichte den *MDR* per Post ein Bekennerschreiben, welches von einer bis dahin unbekannten *Initiative für ein neues blaues Wunder* unterzeichnet war. Nach Angaben der Polizei spricht diese sich in dem Schreiben "allgemein gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr und für die Abrüstung von Kriegswaffen" aus, kommt also allem Anschein nach aus dem antimilitaristischen Spektrum. Eine neugegründete Ermittlungsgruppe "Albertstadt" nimmt sich jetzt der Sache an. Linke Aktivist_innen sollten schon mal ihre Bibliotheksausweise zurückgeben und ihre heimischen Bücherregale leerräumen, um nicht als mögliche „intellektuelle Rädelsführer" ins Fadenkreuz der Fahnder zu geraten.



justus

termine

jeden Donnerstag - DER Chor
Probe beginnt zw. 20:30 & 21 Uhr *Im Projekt G16, Gießerstr.16*

3. bis 12. Juli 2009 - Hörspielsommer
Kostenloses Hörvergnügen im Richard-Wagner-Hain.
Ab 17 Uhr. Am Wochenende ab 15 Uhr mit Kinderhörspielen. Ab 20 Uhr Abendprogramm.

4. Juni 2009, 19 Uhr „Sommerfrische?"
Infoveranstaltung von linXXnet & Rote Hilfe: G8-Gipfel in Italien 2009 und der Umbau der globalen Sicherheitsarchitektur. Mit Matthias Monroy von der Gruppe „Gipfelsoli".
19 Uhr im linXXnet, Bornaische Str. 3d

Raus aus dem Elfenbeinturm?

StudentInnenproteste in Leipzig

Die Sonne scheint gelassen auf die Steintreppe vor den jetzt schon heiligen, obwohl noch im Aufbau befindlichen Hallen der Alma Mater. Von der Fassade des bereits eröffneten neuen Seminargebäudes hängen bunte Transparente herab, die von einer Universitätsbesetzung künden. Vor der Tür stehen ein paar Studierende um einen Infostand herum.

Aber immer der Reihe nach: Alles begann am 14. April 2009, mit den Aktionstagen im Foyer des Geisteswissenschaftlichen Zentrums (GWZ) der Uni Leipzig, welches von protestierenden StudentInnen zwei Tage und eine Nacht in Beschlag genommen wurde. Den Hintergrund bildeten die mittlerweile unübersehbaren negativen Auswirkungen des Bachelor/Master-Systems. Trotz organisatorischer Unterstützung von StudentInnenrat und Fachschaftsräten ging diese Aktion vor allem von der studentischen Basis aus. Dabei war es nicht das Ziel, sofort mit ausformulierten Forderungskatalogen an die Öffentlichkeit zu gehen. Zunächst einmal ging es darum, einen Raum für Kommunikation und Diskussion zu schaffen – auch um die Fehler, die zum Scheitern früherer Studentenproteste führten, diesmal möglichst zu vermeiden.

Etwa 300 Studierende fanden sich an den ersten beiden Tagen des Protests ein, um ihrem Unmut über die zunehmenden Belastungen durch Vorträge, Redebeiträge am offenen Mikro und bei Diskussionsrunden in Workshops Luft zu machen. Kritisiert wurden u.a. die durch Bachelor/Master rapide vorangetriebene Verschulung der Universitätslehre, Modularisierung und verschärfte Prüfungsverfahren, die aus der verkürzten Studiendauer folgende Überforderung der Studierenden, die zunehmende Trennung von Lehre und Forschung, die Einführung eines festen Kanons von Inhalten und die damit verbundene Einschränkung der Wahlfreiheit bei den Inhalten. Aber nicht nur die Folgen des Bachelor/Master-Systems standen zur Debatte, sondern auch der Bolognaprozess als Ganzes sowie allgemeine Fragen bildungspolitischer Art wie Studiengebühren oder der Wandel vom Bildungs- zum Ausbildungsinteresse. Natürlich drehte sich die zweitägige Diskussion letztlich auch ums Ganze, nämlich um die Frage, ob Bildung heute überhaupt einen emanzipatorischen Kern aufweist und wenn ja, wie dieser zu verteidigen sei.

Große Fragen, die in zwei Tagen natürlich nicht geklärt werden konnten. Und so entschied mensch sich am letzten Tag der Besetzung, den Protest im erst kürzlich geöffneten neuen Seminargebäude (NSG) weiterzuführen. Nicht ohne Erfolg: Seit mehreren Wochen sind die Räumlichkeiten im ersten Stock des Gebäudes bereits besetzt, für jeden zugängliche Workshops, Vorträge und Filmvorführungen finden dort statt. Dreimal wöchentlich gibt es offene Plenarsitzungen, in denen der Protest koordiniert und geplant wird. Einiges an Aktionen gab es bereits, darunter eine Kundgebung gegen Studiengebühren, die am 29.4.09 vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig abgehalten wurde. Anlass war der Entscheid über die Klage des AStAs Paderborn, dass Studiengebühren nicht dem von Deutschland unterschriebenen UN-Sozialpakt entsprechen, wonach das Recht auf Bildung einen jeden eingeräumt werden müsse. Die Arbeit an einer weitreichenden studentischen Kritik, die sich nicht nur mit der Universität, sondern auch mit derem gesellschaftlichen Umfeld befasst, soll jedenfalls weitergehen. Das nächste Etappenziel ist die Beteiligung am geplanten deutschlandweiten Bildungsstreik am 15. Juni 2009.

Womit wir wieder am Ausgangspunkt wären. Etwas abseits des bunten Treibens vor dem neuen Seminargebäude sitzen Theo (mit einer Flasche Bier in der Hand) und Karl (mit einer Tasse Kaffee) auf den Treppenstufen in der Sonne. Sie ziehen schweigend an ihren Zigaretten, bis Theo, offenbar vom Weltgeist ergriffen, zu sprechen beginnt:

Feierabend! ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt mit dem Ziel der Verbreitung libertärer, antiautoritärer & emanzipatorischer Ideen, der Darstellung von Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden, sowie der Beleuchtung von Themen, die uns interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit einem Euro dient einzig dem Begleichen der Kosten zur Erstellung des Heftes. Alle inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstäterInnen ohne Bezahlung.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist *Feierabend!* solange Eigentum des Absenders bis er der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist er dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichaushändigung zurückzusenden.

Theo: Ich sage dir, o Karl, da fehlt einfach das Bewusstsein. Diese jungen Leute mögen ihre Gründe haben, die Bachelor-Studiengänge und deren Folgen sind auch wirklich schwer zu ertragen: Ständiger Leistungsdruck, rigide Einschnitte in die Wahlfreiheit bei den Studieninhalten und dabei ein fortwährender Verlust an Qualität – und das nur, um die armen Studierenden so schnell wie möglich auf dem Arbeitsmarkt verbraten zu können, als bestenfalls Halbgebildete. Aber glaubst du wirklich, dass dieser Aktionismus erfolgreich sein könnte? Denn der Student ist wahrlich nicht das Subjekt der Emanzipation – er mag sich abmühen wie er will, der dem falschen Ganzen innewohnenden Dialektik kann er sich nicht entziehen.

Karl: O Theo, du vergisst mal wieder die Studentinnen. Und deine Resignation riecht mir allzu sehr nach Pose. Mag sein, bei der Besetzung des GWZ schien der Protest noch sehr studentisch-harmlos. Ich, der alte subproletarische Straßenkämpfer, hatte da ja auch meine Vorurteile. Doch die Studierenden haben langen Atem bewiesen und blieben sich treu, ihren Interessen Gewalt zu verleihen. Im Anfang liegt die Tat. Nur aus dem Protest und im Protest fängt der Mensch an zu lernen. Die Studierenden begannen schließlich auch erst im Protestieren, über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen und nicht nur ihre Probleme zu sehen, o Theo, sondern die größeren Zusammenhänge zu begreifen. Sie reden von der Universität und der Gesellschaft zugleich, von Sinn und Unsinn des Bildungsideals. Kurzum: Sie lassen sich die Selbstkritik nicht nehmen

Theo: Doch wer, o Karl, ist dieser Protest? Die üblichen Verdächtigen sind´s! Ach, höchstens 300 Leute. Siehe, wir haben insgesamt fast 30.000 Studierende in Leipzig, da merkst du, wie weit der Drang zum Aufstand reicht! Vielleicht hätt´s eine richtige Besetzung werden können, hätten sich die Leute nicht nur lammfromm auf das Foyer beschränkt. Und selbst dort fällt den Leuten nichts anderes ein, als Workshops abzuhalten. Kaum kommt der Karren der Empörung ins Rollen, schon flüchtet mensch sich wieder in das Seminar zurück. Und was spuckt der Geist dort aus? Tausende und Abermillionen sozialtheorethische Ansätze! Aber den Gesamtzusammenhang, o Karl, übersteigen diese wahrlich nicht.

Karl: Aber vergiss nicht, o Theo, mit der Besetzung des Neuen Seminargebäudes haben die Studierenden den Rubikon überschritten, der den Protest vom Widerstand trennt. Nicht nur um zu diskutieren, taten sie dies, sondern es war gleichsam ein politischer Akt. Denn siehe: Schließlich war´s ihnen um die Universität als Raum zu tun, wo Wissen nicht nur unter den Argusaugen des allmächtigen Marktes geschaffen wird. Und wenn dieser vielleicht kleine, aber vorhandene Freiraum dem schnöden Mammon geopfert werden soll, dann ist es ein Zeichen der Hoffnung, wenn mensch sich diesen Raum zurückerobert, ohne den die geistige Freiheit ein für alle mal verdorren muss. Da beweist sich allemal eine höhere Weisheit, als die alten Rezepte wieder aufzuwärmen, bei denen ohnehin klar ist, dass sie in eine Sackgasse führen. Traurig war´s anzuschaun vor ein paar Jahren, wie nackte Menschen in die Flüsse sprangen und krakeelten: „Die Bildung geht den Bach hinunter!“, oder, wie Harlekins gekleidet, laut pfeifend durch die Straßen tollten, um ihre Sorge um den Standort Deutschland kundzutun. Ich mag gar nicht daran denken! Was jetzt gedeiht, das sprüht in neuen Farben – ein Raum der Möglichkeiten wurd´ geschaffen, wo radikales Denken sich entfalten kann, auf gleicher Höhe wird sich verbunden und versucht, wahrlich zu erkennen, was mensch will und in welcher Welt mensch sich bewegt. Das ist nicht nur Studentenprotest, das ist ein erster Schritt zur Emanzipation!

Theo: O Karl, du redest von Räumen. Doch was für Räume sind´s? Dieselben, die der Staat seit jeher in der Uni vorsah. Denn auch zu guten alten Humboldtzeiten und danach war die Uni nur die Produktionsstätte, um dem arbeitsteiligen Gesellschaftskomplex die Experten zu züchten, die er brauchte. Nebenbei sollte sie stets nur noch den guten Staatsbürger züchten. Die Vorstellung der Universität als Residuum von Freiheit und kritischem Denken ist doch reine Ideologie! In diesem Dilemma gefangen, bleibt der Student doch ewig der eigenen Ohnmacht verfallen.

Karl: StudentInnen, o Theo…

Theo: Von mir aus… Selbst wenn´s ihnen nach Freiheit im Universitätskorpus

dürstet, verlangen sie dies, um gute Staatsbürger zu werden. Denn siehe: Der…

Karl: Theo…

Theo: …Student! der die gute, d.h. kritische Universität fordert, kommt nur dem Begehren nach, das die bürgerliche Gesellschaft ihm vorschreibt: nämlich nicht nur seine Arbeitskraft zu Markte zu tragen, sondern auch noch als guter Wähler, auf den engen Rahmen des Möglichen sich beschränkend, seine Staatspflichten zu erfüllen. Die Kritik, die eine Universität beibringen soll, ist so immer die Rechtfertigung des Staates. Der Student ist nichts weiter als der perfekte Staatsbürger, der seine Stimme nur an der für sie vorgesehenen Stelle erhebt und ansonsten redlich arbeitet. Wie schon beim alten Fritz: Räsoniert soviel ihr wollt, aber gehorcht! Die Kritik an der Ökonomisierung der Universität mag sich in Heldenpose werfen, doch kritisiert sie nur den Fakt, dass für die fette staatsbürgerliche Elite in der Universität nicht mehr ausreichend gesorgt wird.

Karl: Mir scheint, du willst dich nicht bewegen: die Starre steckt im Geiste dir und in den Knochen. Freilich hängt im Ganzen alles zusammen. So ist die Universität auch Staat und Kapital und nichts diesen Dingen vollkommen Fremdes. Doch wisse: Unter der Maske der Kritik redest du der Vormundschaft das Wort, du traust den Studierenden nicht zu, selber zu denken. Sie sollen schon alles richtig begriffen haben, bevor sie handeln. Doch das Begreifen stellt sich eben nicht nur ein im elitären Zirkel – wenn´s so wäre, bräuchtest du nicht zu kritisieren, du würdest das Kritisierte zum Naturgesetz erklären, Staat und Kapital für ewig setzen. Erst in der kritischen Tat kommen die Menschen zu Bewusstsein. Du kritisierst den Elfenbeinturm und sitzt selber auf dessen Dach. Doch erst im Protest gegen die ihnen aufgezwung´nen Ketten erheben sich die Studierenden aus ihrer Unmündigkeit. Indem sie ihren Interessen Ausdruck verleihen, beginnen sie ihre Interessen als die Interessen anderer zu verstehen. So ist Solidarität der Weg geebnet. Du sagst, in den Klagen der Studierenden spiegle sich nur der Willen der bürgerlichen Gesellschaft? Doch sind´s nicht gerade die uneingelösten Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft von Freiheit, Gleichheit und Individualität, die zum Aufbegehren treiben? Und liegt die Reflexion auf diese Glücksversprechen nicht im Handeln, diese einzufordern? Nur weil ein Universitätsprotest dem falschen Ganzen entspringt, ist er doch nicht gleich nur jenem verfangen. Wie willst du denn die schweigende Masse – die Angepassten, wie du sie nennst – kitzeln, wenn du im Theoriezirkel dich versteckst und mit deinen Genossen die eigene Ohnmacht mit klugen Worten stets aufs Neue predigst? Wie kannst du, o Theo, Anspruch auf Wahrheit erheben, wenn solche Wahrheit mit der praktischen Perspektive sich so gar nicht messen kann? Im reinen Selbstbewusstsein, im Reich des reinen Geistes, haust dein Anspruch auf Wahrheit, der von konkreten alltäglichen Auseinandersetzungen sich feige fernzuhalten sucht. Deine Flucht in die Theorie ist Flucht vor der Verantwortung! Und dies, um in deinen Worten zu sprechen: heißt ewig Staatsbürger bleiben. Was du mit deinem Klagegesang gebierst, ist höchstens eine neue Staatselite. Der StudentInnenprotest dagegen handelt und reflektiert zugleich. Er ist zur Solidarität in der Lage, weil er Verantwortung übernimmt. Erst die Besetzung hat einen fruchtbaren Austausch der Ideen möglich gemacht. Mag sein, dass dieses Unternehmen scheitert. Doch scheitern kann der Mensch im reinen Denken ebenso wie in schmutz´ger Praxis. Aber nur wo´s Denken praktisch wird, gibt´s Aussicht auf Befreiung. Aufklärung ist für dich nur Sache der Elite. Doch wenn sie nur dort gedeiht, so bleibt sie erst recht staatstragend.

Theo: O Karl, glaubst du denn immer noch, dies Pseudohandeln sei die Treppe hinab vom staatstragenden Elfenbeinturm? Dann vergleiche doch die Theorie, die sie in ihren Workshops aushecken, mit der Praxis, die dir vorschwebt, oder anders ausgedrückt: mit der Ohnmacht der Studenten. Die alten Hirngespinste sind´s, die sie in ihren Workshops stets aufs neue aufbrühen, nur wird die Suppe mit jedem Tage dünner. O Karl, ich sage dir, dieser Protest trifft nicht ins Herz der Bestie! Die Leitung dieser Universität weiß schon,

warum sie Verständnis für die Besetzung bekundet. Dieser Protest wird in den selben Stricken sich verfangen, wie alle Proteste davor! Was tun die Leute denn dort drinnen? Eben das, was du mir vorwirfst: Sie plenieren, diskutieren, deklamieren große Thesen, so wie eh und je in Seminaren. So bleibt dein Handlungssubjekt ein ohnmächtiges, kein solidarisches. Denn Bewusstsein für die Gemeinsamkeit der Interessen ist selbst bei der breiten Masse der Studierenden nicht gegeben, und selbst wo sie an Aufruhr denken, sind sie schon vereinnahmt von alltäglicher Routine, der Sorge um ihre Abschlüsse.

Karl: Erst beschwerst du dich des platten Aktionismus wegen, und jetzt verlangst du ihn! Denn siehe: Der Protest zeigt Kontinuität. Schon bricht der neunzehnte Tag an. Behutsam wird vorgegangen und nichts überstürzt, und doch nicht nur gewartet. Dies ist kein Zeichen von Ohnmacht, sondern eines von Ernsthaftigkeit und Tiefe. Die Studierenden schaffen etwas, was du nicht kennst: Experimentierraum. Sie wagen, Verantwortung zu übernehmen und auch sich selbst zu reflektieren, sich der Auseinandersetzung zu stellen, althergebrachte Positionen abzulegen und bessere zu entwickeln. Und selbst wenn sie die Universität nicht abschaffen, so haben sie doch den ersten Schritt zur Mündigkeit vollbracht. Nämlich Solidarität und Verantwortung. Du magst von mir aus vor Geschichte resignieren, doch sie schreitet trotzdem unaufhörlich voran.

Theo: Ich glaube, Geschichte macht mich krank.

Karl: Eben. Lieber Geschichte machen.

Theo & Karl

May-Action - IT WORKS!

Endlich mal wieder was los in L.E.! Und das zum Ersten Mai und ganz ohne Nazis. Grund genug für die gesamte *Feierabend!*-Redax in kleinen Teams überall vor Ort zu sein, um zu sehen, wie erfolgreich sich das Sterndemo-Konzept eines breiten Bündnisses von politischen Gruppen umsetzen liess.

FA!-Zentrale: Saluta, geneigtes Publikum! Ich melde mich hier aus der FA!-Zentrale, um Euch durch den Tag zu führen. Und was für ein Tag das ist! Die Sonne strahlt makellos, und wie mir eben berichtet wurde, haben sich an den verschiedenen Treffpunkten zum heutigen Mai-Sternenmarsch bereits hunderte AktivistInnen versammelt. Anlass dieser alternativen Mobilisierung zum 1. Mai ist die allgemeine Unzufriedenheit über das alljährliche Bratwurstfest der Zentralgewerkschaften und deren Forderung nach immer noch mehr Arbeit im Rahmen kapitalistischer Verwertungslogik. Stattdessen wollen die VeranstalterInnen hier und jetzt ein klares Zeichen gegen den Arbeitswahn und die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft setzen. Unter verschiedenen Motti werden die AktivistInnen aufeinander zulaufen und dann vom Südplatz gemeinsam unter einem arbeitskritischen Slogan durch die Innenstadt zum Johannisplatz ziehen. Wir sind gespannt, ob das Konzept aufgeht. Noch eine letzte Info, ehe ich zu unserem Redaktionsteam am Connewitzer Kreuz schalte: Heute morgen waren gerade mal 100 Menschen bei der DGB-Demonstration. Allein das sollte den Funktionären zu denken geben! Aber nun ans Kreuz, von wo justus und clov live berichten ...

justus: Hier sind schon gut 400 Leute vor Ort. Noch ist alles ruhig. Halt! Da passiert was! Ein Punk erklärt herumstehenden Polizisten, sie seien Scheisse – die bieten im Gegenzug an, ihn in Gewahrsam zu nehmen. Eine Eskalation wird zum Glück vermieden...

clov: Ich sehe auch gerade 12 Konfliktmanager_innen auflaufen. Die sollen wohl das Alkoholverbot durchsetzen. Beim Verlesen der ganzen Demoauflagen bin ich fast eingeschlafen.

FA!-Zentrale: Am Kreuz scheint ja schon einiges los zu sein. Wie sieht es in der Johannisallee aus?

wanst: So langsam sammeln sich etwa 150 pinkbunte und dunkle Leute in praller Sonne. Ein selbstgebasteltes Pappschild beschreibt die Stimmung: „Wir sind niedlich! - Was seid Ihr?". Vom Lauti aus werden gerade einige PolizistInnen aufgefordert, nicht zwischen der Demo rum zu laufen. Am Rande werden Taschen nach Alkohol durchsucht.

bonz: Ein Skandal! Gerade noch rechtzeitig konnte eine Sektflasche, ein potentieller Molli, konfisziert werden. Die Auflagen und der Aufruftext wurden verlesen. Ah, es geht los!

FA!-Zentrale: Und jetzt noch schnell zum Westplatz. Wie ist die Lage bei Euch?

momo: Also hier haben sich gerade rund 100 Leute versammelt. Wir stehn zwar noch planlos auf dem Fußweg rum, aber das wird sich hoffentlich bald ändern.

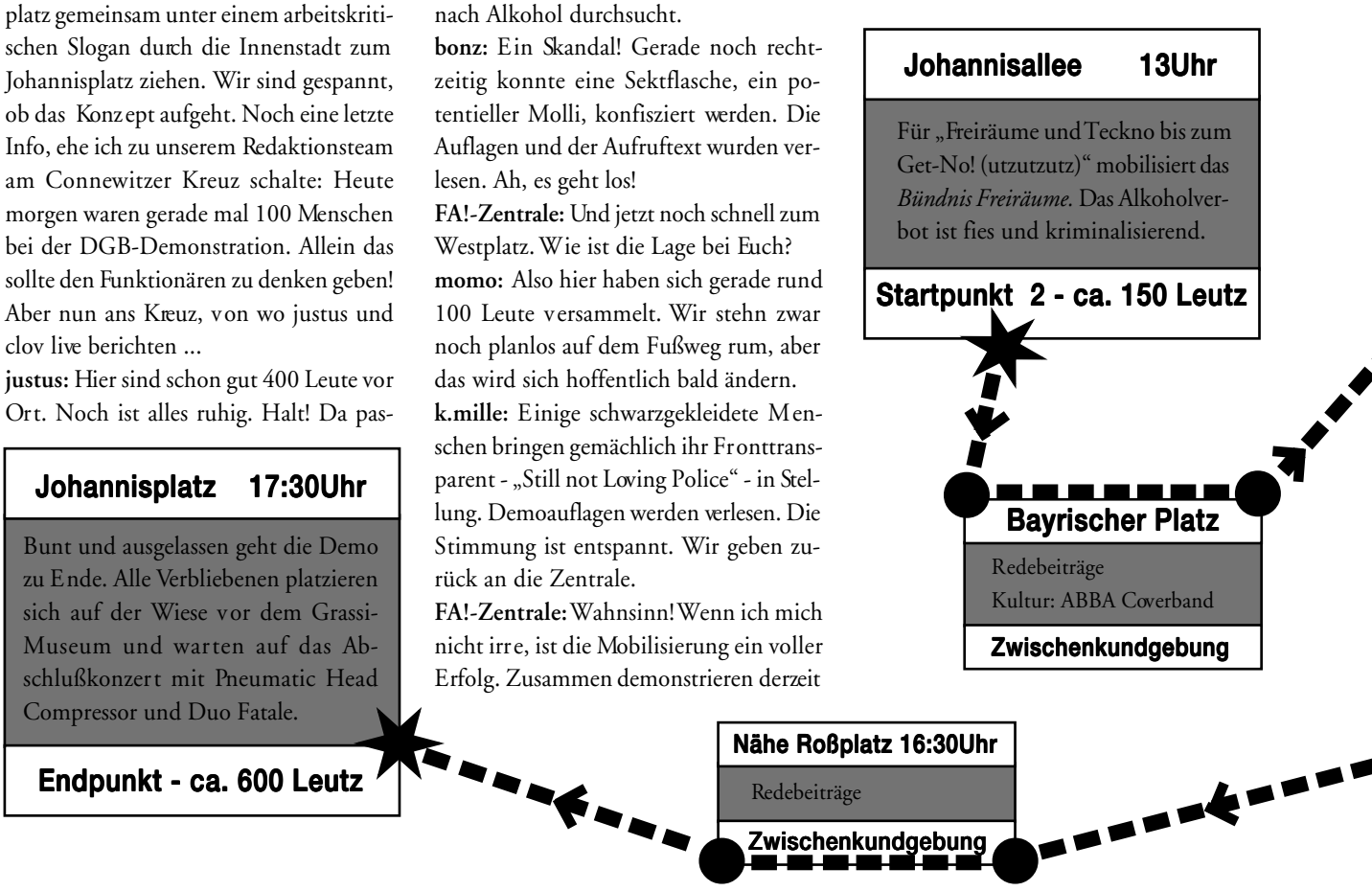
k.mille: Einige schwarzgekleidete Menschen bringen gemächlich ihr Fronttransparent - „Still not Loving Police" - in Stellung. Demoauflagen werden verlesen. Die Stimmung ist entspannt. Wir geben zurück an die Zentrale.

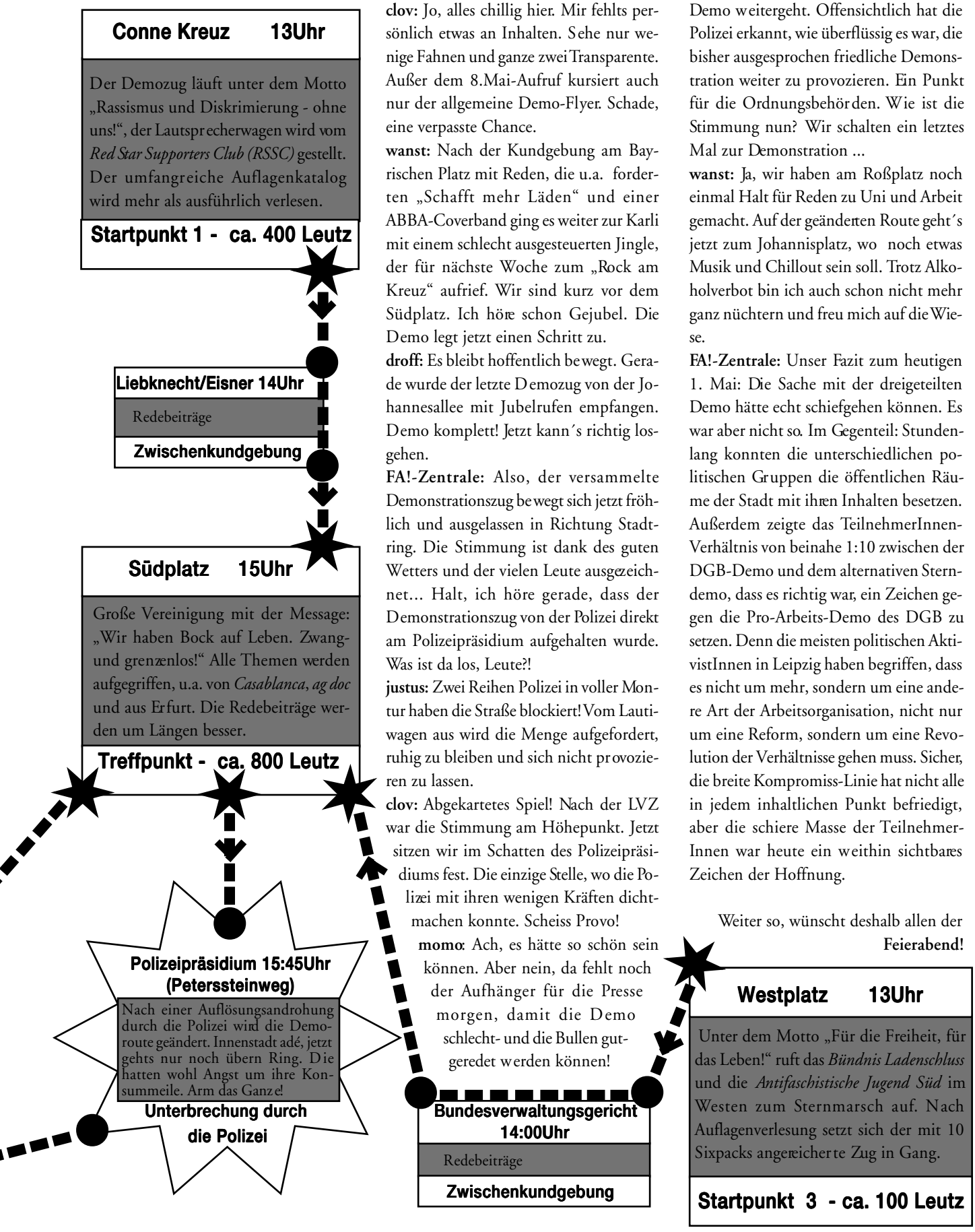
FA!-Zentrale: Wahnsinn! Wenn ich mich nicht irre, ist die Mobilisierung ein voller Erfolg. Zusammen demonstrieren derzeit über 650 Menschen für eine alternative antikapitalistische Perspektive durch Leipzig. Die breite Kompromiss-Linie der VeranstalterInnen hat sich offenbar gelohnt. Es ist lange her, dass eine solche Menge von AktivistInnen in Leipzig an einer eigenständigen Pro-Demo teilgenommen hat. In wenigen Minuten müssten sich die drei Demonstrationszüge am Südplatz vereinigen. An alle Teams: Seid Ihr schon vor Ort?

momo: Ja, unser Demozug vom Westplatz ist der erste am Südplatz. Aber im Moment sind wir noch ein eher klägliches Häufchen.

k.mille: Oh was, so schnell?! Da ist man mal für einen Moment bedürfnisorientiert ...

justus: Unser Demozug nähert sich jetzt von Connewitz aus. Die Polizei ist deutlich in der Unterzahl, die Stimmung dem-





entsprechend entspannt.

clov: Jo, alles chillig hier. Mir fehlts persönlich etwas an Inhalten. Sehe nur wenige Fahnen und ganze zwei Transparente. Außer dem 8.Mai-Aufruf kursiert auch nur der allgemeine Demo-Flyer. Schade, eine verpasste Chance.

wanst: Nach der Kundgebung am Bayrischen Platz mit Reden, die u.a. forderten „Schafft mehr Läden“ und einer ABBA-Coverband ging es weiter zur Karli mit einem schlecht ausgesteuerten Jingle, der für nächste Woche zum „Rock am Kreuz“ aufrief. Wir sind kurz vor dem Südplatz. Ich höre schon Gejubel. Die Demo legt jetzt einen Schritt zu.

droff: Es bleibt hoffentlich bewegt. Gerade wurde der letzte Demozug von der Johannesallee mit Jubelrufen empfangen. Demo komplett! Jetzt kann´s richtig losgehen.

FA!-Zentrale: Also, der versammelte Demonstrationszug bewegt sich jetzt fröhlich und ausgelassen in Richtung Stadtring. Die Stimmung ist dank des guten Wetters und der vielen Leute ausgezeichnet... Halt, ich höre gerade, dass der Demonstrationszug von der Polizei direkt am Polizeipräsidium aufgehalten wurde. Was ist da los, Leute?!

justus: Zwei Reihen Polizei in voller Montur haben die Straße blockiert! Vom Lautiwagen aus wird die Menge aufgefordert, ruhig zu bleiben und sich nicht provozieren zu lassen.

clov: Abgekartetes Spiel! Nach der LVZ war die Stimmung am Höhepunkt. Jetzt sitzen wir im Schatten des Polizeipräsidiums fest. Die einzige Stelle, wo die Polizei mit ihren wenigen Kräften dichtmachen konnte. Scheiss Provo!

momo: Ach, es hätte so schön sein können. Aber nein, da fehlt noch der Aufhänger für die Presse morgen, damit die Demo schlecht- und die Bullen gutgeredet werden können!

FA!-Zentrale: Ich höre gerade, dass die Demo weitergeht. Offensichtlich hat die Polizei erkannt, wie überflüssig es war, die bisher ausgesprochen friedliche Demonstration weiter zu provozieren. Ein Punkt für die Ordnungsbehörden. Wie ist die Stimmung nun? Wir schalten ein letztes Mal zur Demonstration ...

wanst: Ja, wir haben am Roßplatz noch einmal Halt für Reden zu Uni und Arbeit gemacht. Auf der geänderten Route geht´s jetzt zum Johannisplatz, wo noch etwas Musik und Chillout sein soll. Trotz Alkoholverbot bin ich auch schon nicht mehr ganz nüchtern und freu mich auf die Wiese.

FA!-Zentrale: Unser Fazit zum heutigen 1. Mai: Die Sache mit der dreigeteilten Demo hätte echt schiefgehen können. Es war aber nicht so. Im Gegenteil: Stundenlang konnten die unterschiedlichen politischen Gruppen die öffentlichen Räume der Stadt mit ihren Inhalten besetzen. Außerdem zeigte das TeilnehmerInnen-Verhältnis von beinahe 1:10 zwischen der DGB-Demo und dem alternativen Sterndemo, dass es richtig war, ein Zeichen gegen die Pro-Arbeits-Demo des DGB zu setzen. Denn die meisten politischen AktivistInnen in Leipzig haben begriffen, dass es nicht um mehr, sondern um eine andere Art der Arbeitsorganisation, nicht nur um eine Reform, sondern um eine Revolution der Verhältnisse gehen muss. Sicher, die breite Kompromiss-Linie hat nicht alle in jedem inhaltlichen Punkt befriedigt, aber die schiere Masse der TeilnehmerInnen war heute ein weithin sichtbares Zeichen der Hoffnung.

Weiter so, wünscht deshalb allen der

Feierabend!

Letztlich keine Handhabe

Wächterhaus Zschochersche Straße 59/61

Ärger im Kiez! Anfangs mit Lorbeeren und Lobeshymnen zuhauf behängt, sah sich der Verein *HausHalten* im vergangenen Winter plötzlich auch mit unschmeichelhafter Presse konfrontiert. Von genervten Anwohner_innen, Schlägereien und Konzerten, die von Polizeikräften beendet wurden, war die Rede oder vielmehr das Gerede, und immer ging es dabei um das Wächterhaus an der Ecke Zschochersche/Industriestraße in Plagwitz. Jedoch hat sich kaum jemand die Mühe gemacht, die Hintergründe zu beleuchten. Anlass genug für den *Feierabend!*, die Lupe auszupacken und den Gerüchten des Boulevards auf den Grund zu gehen.

Schon zu Beginn unserer Artikelreihe über die Leipziger Wächterhäuser hatten wir in der #29 auf die konzeptionellen Mängel und möglichen Schwachstellen des Konzeptes hingewiesen. So z.B. auf das Fehlen von konkreten Nutzungskriterien, durch die der Verein *HausHalten* den selbst gesteckten Anspruch der sozialen Stadtentwicklung auch ernsthaft einlösen könnte, oder die nachrangige Behandlung der Interessen der „WächterInnen“ und deren fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten. Nichtsdestotrotz sehen wir nach wie vor auch die Chancen und Freiräume, die der *HausHalten e.V.* mit seinem Konzept für die Nutzer_innen eröffnet. Viele Aspekte rund um die Fragen und Probleme von Selbstorganisation lassen sich anhand der verschiedenen Hausprojekte beleuchten. Am hier vorliegenden Beispiel der Zschocherschen Straße 59/61 wollen wir deshalb rückblickend einige Konfliktlinien aufzeigen, die durch das Zusammenwürfeln verschiedener Nutzungsansätze leicht entstehen und von daher bei der Koordination eines kollektiven Hausprojektes nicht unterschätzt werden dürfen.

Einzigartige Mischung

Bei dem Objekt in der Zschocherschen Straße 59/61 handelt es sich in vielerlei Hinsicht um eine Ausnahme im Portfolio des Vereins, beherbergen die Häuser doch mit *elipamanoke* und *Kultiviert Anders!* zwei Vereine, die mittlerweile feste Größen im Kulturbetrieb des Leipziger Westens geworden sind. Das Projekt umfasst zwei Häuser. Das eine, direkt am Kanal, wird nur im Untergeschoß von *elipamanoke* genutzt, da sich der Rest in einem baulich äußerst heruntergekommenen Zustand befindet. Der Höhenunterschied zwischen Kanal und Straße bedingt ein weiteres Kuriosum, nämlich dass der Keller gleich drei Etagen hat.

Über den beiden Vereinen im Erdgeschoss, die sich vor allem der Förderung und Vernetzung von jungen aufstrebenden Künstler_innen verschrieben haben, sind vier Wohnungen mit rund 220m². Die Bewohner_innen zahlen einen monatlichen Betrag, bei dem *HausHalten* aber nicht möchte, dass er Miete genannt wird, weil ihm kein Mietvertrag nach dem BGB zugrunde liegt, sondern lediglich eine Nutzungsvereinbarung. Das zweite Obergeschoss wird von Student_innen der Hochschule für Grafik und Buchkunst (HGB) vereinnahmt, die hier ihre Ateliers betreiben und in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen auch Rundgänge unter dem Motto „Tag des offenen Ateliers“ anbieten. Das Stockwerk darüber teilen sich eine psychologische Beratungsstelle und das Designatelier *Scalare*, das allerdings teilweise schon wieder ausgelagert wurde, weil den Betreiber_innen die verfügbare Fläche zu klein wurde und die erhofften Synergieeffekte ausblieben. Im vierten Stock hat erst im März das Atelier für Ausdrucksmalen *wesensART* eröffnet. Hier kann mensch es laut Eigenwerbung jeden Dienstag und Donnerstag ab 19 Uhr „mit einem großen weißen leeren Blatt aufnehmen“.

Bedenkt mensch, dass bei diesem Hausprojekt 2006 erstmals Räumlichkeiten nicht nur an Vereine und Künstler_innen, sondern auch an Einzelpersonen vergeben wurden, welche diese ausschließlich als Wohnraum nutzen, lässt sich schon erahnen, dass diese unterschiedlichen Nutzungskonzepte zu Reibungen führten. Doch die Probleme fangen nicht erst zwischen den „Wächter_innen“ an, sondern bereits an der Frage um Mit- und Selbstbestimmung gegenüber dem *HausHalten e.V.*. Im Sommer 2007 kam das Haus groß in die Medien, als die Minister für Bau und Stadtentwicklung sämtlicher EU-Mitgliedsstaaten zu Gast in Leipzig waren und bei dieser Gelegenheit auch das besagte Wächerhausmodell besichtigte. Allerdings nicht zur Freude Aller: Die meisten Nutzer_innen empfanden es als wenig prickelnd, dass ihnen diese Veranstaltung von *HausHalten* ungefragt „übergestülpt“ wurde, ebenso wie die Preisübergabe anlässlich des Wettbewerbs „Deutschland - Land der Ideen“. Die Begründung des Vereins dazu lautete lediglich, dass dies das einzige Wächterhaus sei, in dem auch die dem Anlass entsprechenden Räumlichkeiten vorhanden seien.

Konfliktlösung?

Die fehlende Vermittlung zwischen den verschiedenen Nutzungsansätzen und der mangelnde Blick des Vereins auf Mit- und Selbstbestimmung der NutzerInnen waren es dann auch, die die Lösung der aufkommenden Probleme zusätzlich erschwerten. Ausgangspunkt von Spannungen im Haus war zum einen, dass sich die ursprünglich eingereichten Konzepte der Vereine *Kultiviert Anders!* und *elipamanoke* bei laufendem Betrieb schnell weiterentwickelt hatten. Konkret bedeutete dies, dass dort seit längerem schon regelmäßig Bands und DJs auftreten, teilweise auch bis weit nach Mitternacht. Dies führte dazu, dass sich die Anwohner_innen häufiger über Lärmbelästigung beschwerten.

Als zusätzlich explosiv erwies sich jetzt die stark unterschiedliche Nutzung innerhalb des Hauses. Angesichts der Tatsache, dass kaum Maßnahmen zur Dämmung der entstehenden Schall- und Geruchsbelästigung (durch Zigaretten) bei den Veranstaltungsräumen getroffen wurden, sahen sich die Hausbewohner_innen mehrmals pro Woche mit den unangenehmen Folgen konfrontiert. Diese wurden an *HausHalten* herangetragen, der Verein beschränkte sich nach Gesprächen darauf, die betreffenden Vereine abzumahnen und mit Kündigung zu drohen, die im Falle des *Kultiviert Anders!* Ende letzten Jahres auch ausgesprochen wurde. An einer aktiven Vermittlung zwischen den Nutzer_innen bestand vorerst wenig Interesse. *HausHalten* wollte zwar eine Einigung der Konfliktparteien untereinander erreichen, doch ohne die eigene Mitverantwortung an den Verhältnissen wirklich einzuräumen.

Inzwischen wurde eine Vereinbarung erreicht. Viele Details sind allerdings nicht bekannt, da die beteiligten Parteien uns gegenüber verschiedene Angaben machten und die Verantwortlichen von *HausHalten* sich nicht öffentlich äußern, mit der Begründung, keine alten Wunden aufreißen zu wollen. Sie sehen es als Erfolg ihres Konzeptes, dass es seit mehreren Monaten keine Beschwerden mehr gab. Eine Konsequenz, die sie aus diesem Konflikt zogen, ist, jetzt verstärkt darauf zu achten, dass die in Frage kommenden Nutzer_innen sich untereinander kennen, bevor ihnen zugesagt wird. Überhaupt ist *HausHalten* bemüht, die Komplikationen herunterzuspielen – es wird darauf verwiesen, dass es bei 13 Häusern nur in diesem Wächterhaus Probleme unter den Nutzer_innen gab. Nicht eingehen wollte man auf die traurige Tatsache, dass erst das „Quartiersmanagement Leipziger Westen" als externer Vermittler einbezogen werden musste, um überhaupt alle Parteien an einen Tisch zu bekommen. Es wird schon als Erfolg angesehen, dass nun innerhalb der Hausgemeinschaft über die Intensität, Länge und Häufigkeit der Veranstaltungen ein Konsens gefunden wurde. Jedenfalls hat *Kultiviert Anders!* eingelenkt und macht nur noch einmal im Monat Veranstaltungen, die länger als 22 Uhr dauern. Zur Belohnung für ihr überarbeitetes Konzept haben sie jetzt einen neuen Nutzungsvertrag.

Alles in Butter? Denkste!

Seltsam nur, dass die Bewohner_innen aus dem ersten Stock dies erst durch uns erfahren haben. Eine Kommunikation unter den Nutzer_innen findet ihren Angaben nach nicht bzw. nur spärlich statt. Eine Bewohnerin ist kürzlich ausgezogen, weil sie den Lärm nicht mehr ertragen wollte, der Rest macht einen reichlich resignierten Eindruck. Zwei Jahre lang habe mensch sich erfolglos immer wieder über die Zumutungen Lärm und Qualm beschwert – auch seien wiederholt verantwortliche Personen der Vereine *elipamanoke* und *Kultiviert Anders!* direkt angesprochen worden (etwa wegen Bauholz, das den Weg versperrte), jedoch wären keine erkennbaren Reaktionen erfolgt. Nicht gerade förderlich muss es gewesen sein, dass vergangenen August das Hausprojekt als Ganzes in Frage stand und *HausHalten* sich der Vermittlerrolle im Konflikt entzog und allen Parteien mit Kündigung drohte. Wie blanker Hohn mutet es da an, dass die übrigen Nutzer_innen zunächst zum neuen Nutzungskonzept des *Kultiviert Anders!* befragt wurden, es jedoch zuerst am 30.10. und später erneut ablehnten, woraufhin sie vom *HausHalten e.V.* nicht weiter mit einbezogen wurden. Die Bewohner_innen haben zwar bemerkt, dass es in den letzten Wochen erkennbar weniger laut geworden ist, ärgern sich aber nach wie vor, dass es so lange dauert, ehe sich etwas ändert. Das hat auch Auswirkungen auf die Plenumskultur. Gab es vergangenes Jahr, als die Krise akut war, fast alle zwei Wochen Hausplena (bei denen in der Regel auch nur die selben drei oder vier Nutzer_innen anwesend waren), so gibt es inzwischen gar keine mehr. JedeR kommt nach Bedarf zum Haussprecher, der die Rolle des Sprachrohrs gegenüber *HausHalten* einnimmt oder nutzt das schwarze Brett im Hausflur. Dringende Punkte lägen momentan nicht vor – lapidarer Kommentar des Haussprechers: „Letztlich hast du ja eh keine Handhabe". Ein Nutzer aus dem Erdgeschoss resümiert: „Am Anfang wurde viel versprochen, jetzt nach über zwei Jahren haben wir zwar viel Spielraum und Freiraum und müssten eigentlich Zimmerlautstärke einhalten, solange es aber die anwohnende Bevölkerung nicht stört, hat *HausHalten* kein Problem damit. Klar sind wir mal hier und dort ins Fettnäpfchen getreten und mussten die Fehler dann auch ausbaden, da hätten wir uns von *HausHalten* mehr Unterstützung gewünscht. Wenn nach außen alles schön ist und die Weste rein bleibt für *HausHalten*, dann ist alles cool, aber sobald irgendwie ein kleines Problem auftauchte, wurde es doch sehr spitzfindig."

Bleibt zu hoffen, dass demnächst die hausinterne Kommunikation wieder stärker in Gang kommt und die Vereine *Kultiviert Anders!* und *elipamanoke*, die das Bild der Wächterhäuser in der Öffentlichkeit zu einem wesentlichen Teil mitprägen, noch möglichst lange und ungestört ihren eigentlichen Kernzielen nachgehen können: Ein Forum für Kultur, Kunst und Medien zu schaffen, sowie jungen Kulturschaffenden und neuen Ideen einen Freiraum zu bieten, um eine soziale Stadtentwicklung im Viertel weiter voran zu treiben.

bonz

www.kultiviertanders.de
www.myspace.com/elipamanoke
www.haushalten.orgde/haushalten_chronik.asp

„Keine graue Masse“

Theater-1-Euro-Jobber und FA! im Gespräch über Wölfe, Hartz4 und Egoismus

Eigentlich stehen sie meist als Servicepersonal in der Straßenbahn und hieven Kinderwägen über die Schwelle. Eigentlich tragen sie Overalls und sammeln Großstadtreste auf. Und uneigentlich feierten Gerhard Schröder und andere Agendaisten Hartz4 als Entlastung der Sozialsysteme, während Betroffene und Zuschauer eher über Stigmatisierung und stattlich subventionierte Armut debattierten. Nun gibt es tatsächlich Jobs für einen Euro pro Stunde, die etwas mit Selbstwertgefühl zu tun haben und gleichzeitig als Sprachrohr für Hartz4-Empfänger fungieren können. Dresden schmuggelte 2004 einige Arbeitslose in das Theaterstück „Die Weber“ und löste damit eine heftige Debatte in theatralen Fachkreisen aus. Wenn man wirklich jeder Stimme Gehör verschaffen will, ruft dies quasi eine Inflation der Meinungen hervor und delegitimiert den Kunstgedanken von einmaliger Bedeutsamkeit. Laientheater ist ja ganz nett anzuschauen, aber als bezahlter Job für fachfremde Hartz4-Empfänger – wo gibt's denn sowas?! Na in Leipzig. Matthias Schluttig bekam in Zusammenarbeit mit dem soziokulturellen Zentrum „Die Villa“ wieder eine Zusage vom Arbeitsamt und fertig war die Grundlage für das nächste bezahlte 1-Euro-Job-Theaterprojekt. Von den ersten Improvisationsübungen und Gruppenspielen angefangen, bis hin zum eigens verfassten Drehbuch, mussten sich die Darsteller immer wieder einer Selbstbefragung unterziehen: Wie würde es uns ohne Hartz4 gehen? Was passiert, wenn die Krise im Sozialsystem angekommen ist? Wie sieht meine eigene Geschichte aus? Dafür beschwören sie eine brutale Zukunftsvision herauf, in der der Kampf um das Überleben um sich greift. Die Welt hat sich in Ober- und Unterschicht aufgespalten, von der arbeitenden Mittelschicht sind nur noch Rudimente übriggeblieben, dafür kommen die Wölfe der Stadt immer näher und streunen zwischen den Abfällen der Menschheit. Der Hunger zwingt die Armen zur Solidarität, man rottet sich zusammen, der satte Feind kann sich nicht mehr länger sicher sein. Und während die Rebellengruppe den Angriff auf die Tyrannen plant, soll ein junges Mädchen den Anführer Johann Schmidt verraten, in den sie sich letztlich verliebt und alles noch ein wenig komplizierter wird. Der Untergrundorganisation bleibt nichts anderes übrig, als die Flucht nach vorn. Der finale Kampf zwischen Arm und Reich endet trotz Blutvergießen mit der offenen Frage: Können wir Machtstrukturen wirklich ändern?
Ein halbes Jahr später stehen die 25 Teilnehmer unter dem Regisseur Matthias Schluttig im Spinnwerk vor vollendeten Tatsachen. Ihr Stück „Egoismus“ ist fertig. Und es ist sehenswert. Gewesen.

FA!: Euer Stück heißt ganz einfach „Egoismus“. Warum?

Daniel (ACHIM): Ich denke, es gibt verschiedene Arten von Egoismus und zudem handelt der Mensch prinzipiell immer egoistisch in dem Sinne, dass er von eigenen Bedürfnissen geleitet wird. Wenn es keine Bedürfnisse gäbe, würde der Mensch gar nicht mehr handeln. Die Arten des Egoismus bestehen einmal in der Konkurrenz, also man versucht, eigene Interessen gegen die der anderen durchzusetzen und sich Vorteile zu verschaffen, und zum anderen eine Art von solidarischem Egoismus, man schließt sich mit Leuten zusammen und versucht auf diesem Weg, seinen Bedürfnissen gerecht zu werden. Diese beiden Arten stellen wir im Stück dar. Es gibt Menschen, die sich zusammentun, um gemeinsam über die Runden zu kommen, aber am Ende driftet man wieder auseinander. Die Gruppe zerbricht nach dem Sieg und jeder kehrt zu seinem individuellen Egoismus zurück.

Matthias (Regisseur): „Egoismus“ war für mich am Anfang nur ein Arbeitstitel, um Material zu sammeln. Wenn wir die emotionale Behaftung von Egoismus einmal weglassen und die negative Bedeutung nur noch für das Wort Egomanie einsetzen – der Gegenpool von Egomanie wäre Altruismus – dann gelangen wir zu zwei Varianten: Jemand, der ausschließlich an sich denkt auf Kosten anderer oder eben ein altruistischer Mensch, der auf eigene Kosten für das Gemeinwesen handelt. Irgendwo auf dieser Skala sollte man den Begriff Egoismus wertfrei verorten, weil es durchaus einen gesunden Egoismus gibt, den der Mensch braucht. Im Laufe des Stückes habe ich keinen besseren Titel gefunden.

FA!: Worin besteht die konkrete Zukunftsvision in eurem Stück und wie viel Realität steckt schon darin?

Ronald (KANZLER): Die Realität besteht wahrscheinlich in dem real existierenden Turbokapitalismus. Das Stück spielt in 10 Jahren, aber keiner weiß heute, was in 10 Jahren sein kann. Es wird beispielsweise nicht klar, warum der Kanzler in dem Stück das Gas abdreht, wahrscheinlich weil in 10 Jahren das Gas zu teuer ist. Da muss man als Herrscher eben Prioritäten setzen und dreht den Leuten das Gas ab, die keine Lobby haben. Aber gleichzeitig wird die Arroganz der Macht vorgeführt, weil die Mächtigen heute nicht damit rechnen, dass so etwas passieren könnte wie in unserem Stück [Anmerk.: Revolution], dass die Hungernden und Frierenden sich einmal erheben.

Hendrik (PRIESTER): Es ist wohl eher ein Negativszenario, ein Horrorszenario und keine Prophezeiung, die zeigen soll, so wird es auf jeden Fall kommen, sondern nur: das könnte passieren und so könnten Menschen auf bestimmte Situationen reagieren. Wir zeigen die Gefahr.

FA!: Die Figur Johann Schmidt gilt als Anführer der Untergrundorganisation, er ist also dramaturgisch gesehen ein absolut zentraler Handlungsträger. Warum wurde er im Stück nicht stärker gewichtet als die anderen Figuren?

Julia (MARIE): Wir wollten alle Geschichten erzählen – von jeder Figur – vom Anfang bis zum Ende. Deswegen hatten wir gar keine Zeit, uns nur um den Anführer zu kümmern.

Matthias (Regisseur): Ich wollte nicht, dass nur eine Person so ein Gewicht im Stück innehat, damit wären die anderen Personen zu Statisten verkommen. Es ging schließlich darum, den 6 monatigen Arbeitsprozess für alle Teilnehmer so lustbetont wie möglich zu gestalten – es wäre in diesem Prozess weder schön noch produktiv gewesen, wenn Johann Schmidt zwei Drittel der Probenzeit bekommen hätte und der Rest als graue Masse verblieben wäre. Es gab die klare Prämisse: keine graue Masse im Stück, sondern jede Figur erhält ein Gesicht und eine Geschichte und jeder bekommt die Möglichkeit, eine kleine Entwicklung zu erleben.

Daniel (ACHIM): Man kann es auch auf einer inhaltlichen Ebene verteidigen. Bei der Betrachtung historischer Prozesse ist man oft stark auf die Anführer fixiert. Bei uns taucht die Masse eben nicht nur als Masse auf, sondern auch als Akteur – sie ist eben kein passives Objekt eines Rädelsführers.

FA!: Am Ende eures Stücks hängt der Kapitalismus in den Seilen. Wofür steht dieses Symbol?

Ronald (KANZLER): Alles ist in einer Art Schwebe. Es hat eine Revolution stattgefunden, der bisherige Herrscher ist durch seinen Günstling getötet worden. Der Herrscher, und hier zeigt sich eben der Egoismus, hängt bis zur letzten Sekunde an seiner Macht. Das zeigt sich ja in den letzten Jahrzehnten – und hier wieder der Bezug zur Realität – in der Bundesrepublik ebenso, die Herrschenden hängen bis zum Schluss an ihrer Macht, bis sie endlich runter geprügelt werden von ihrem Thron. In unserem Stück verbleibt der Wirtschaftskapitalismus in der Schwebe – es könnte also weitergehen.

FA!: Warum kein Lösungsvorschlag?

Hendrik (PRIESTER): Weil wir das gar nicht liefern können. Es wäre vermessen.

Thomas (Licht und Bühne): Wir hatten drei Möglichkeiten, wie das Stück enden könnte. Möglichkeit A hieß, der Rebellenführer Johann Schmidt übernimmt die Herrschaft und wird von ihr korrumpiert. B war ein schwarzes Ende und C ein offenes Ende. Es war purer Pragmatismus, dass wir uns für C entschieden haben.

FA!: Was hat die Bühnenarbeit im Vergleich zu anderen 1-Euro-Jobs in euch bewegt?

Daniel (SONNTAG): Ich hab schon viele Jobs gemacht – vom Kindergarten bis Müllaufsammeln – das Projekt hier war eine Abwechslung, eine große Erfahrung mit tollen Menschen. Als ich das erste Mal von der Bühne runterkam, war mein Selbstvertrauen extrem in die Höhe geschossen. Ich hab dadurch gelernt, mich ab und zu in den Arsch zu treten.

Julia (MARIE): Ich bin Schauspielerin von Beruf, deswegen ist dieses Projekt sehr wichtig für mich. Es hat mir viel gegeben. Ich habe eben eine Krankheit. Diese Krankheit heißt Theater. Deswegen nutze ich jede Gelegenheit. Wenn du verstehst, dass du die Herzen der Zuschauer berühren kannst, hast du ein unvergessliches Gefühl, dass du sehr stark bist und dass du alles kannst. Das ist eine Sucht.

Hendrik (PRIESTER): Ich war sehr erstaunt von dieser Gruppendynamik, die ich so nicht kannte. Das ist ein sinnvoller 1-Euro-Job, es gibt da durchaus Jobs, deren Sinnhaftigkeit eher fragwürdig ist und nur darin besteht, die Leute daran zu hindern, Zuhause zu bleiben. Mit diesem

Stück prägen wir die Kultur von Leipzig, wir geben der Stadt etwas wieder. Ideal.

Matthias (Regisseur): Ich glaube, bei manchen Übungen sind einige Teilnehmer extrem an die Grenzen gekommen. Du kannst deine Persönlichkeit auf der Bühne nicht überspielen, sie ist immer da. Der erste Schritt bestand also darin, zu begreifen, dass man aus seiner Haut nicht rauskommen kann. Danach folgt das Bekenntnis zu seiner Stimme, zu seinem Körper und zu seinen Bewegungen. Das muss man einsetzen können. Man lernt.

FA!: Es ist dein 3. Projekt in der Richtung. Warum hast du dich wieder dafür entschieden?

Matthias (Regisseur): Ich hab damals 2005 das erste 1-Euro-Job-Theaterprojekt in Leipzig zusammen mit der „Villa" aus dem Boden gestampft. Es hat gedauert, das Amt davon zu überzeugen, aber es wurde bewilligt und es gibt mittlerweile viele Nachfolgeprojekte. Es interessiert mich, wie die Teilnehmer ihre Visionen entwickeln und wie sich das ausdrückt. Natürlich gibt es genügend Werkmaterial, aber mich interessieren die Themen, die jetzt aktuell sind. Die Bühne ist ein Ort, von dem aus man Botschaften senden kann. Für die Frage der Authentizität ist es besser, wenn man sich die Rolle so baut, wie man sie eben spielen kann.

FA!: Gab es Umstellungsschwierigkeiten?

Matthias (Regisseur): Die Gruppe muss natürlich ihre eigenen Gesetze aufstellen. Wie gehen wir mit Themen um wie Pünktlichkeit oder Achtung vor dem anderen? Und da gab es ziemlich intensive Phasen, wo diese Grenzen ausgetestet und benannt wurden – bis eins, zwei Spieler das Projekt verlassen haben.

FA!: Wofür steht der 1-Euro-Job in unserer Gesellschaft?

Thomas (Licht und Bühne): Zu 90% ist der Job kein Einstieg ins geregelte Arbeitsleben. Es ist meistens eine pure Beschäftigungsmaßnahme, die vielleicht aus einem sozialen Kalkül heraus entstanden ist, aber in der Realität nicht den gewünschten Effekt hat. Es ist halt die Nachfolge der ABM-Stelle, allerdings mit einigen Einschränkungen – weniger Geld und härtere Zuteilung.

Ronald (KANZLER): Es ist ja auch egal, wie man es nennt. Hartz4 könnte man auch als eine Art Stigmatisierung auffassen, ich mach es nicht. Hauptsache ist doch, ich werde beschäftigt und mit ein paar Euro bezahlt.

Daniel (SONNTAG): Es hat eine gute Nebenwirkung: Man weiß danach, was man nicht machen möchte.

Matthias (Regisseur): Hartz4 ist so ein Topf, indem alles Zuhause ist, sowohl die Leute, die keine Lust haben zu arbeiten und sich eine freie Zeit machen, vielleicht für eine Sinnsuche, aber auch die Leute, die gerne möchten, aber wegen einem Bandscheibenvorfall irgendwie in die 1-Euro-Job-Schiene reingerutscht sind und nicht mehr herauskommen.

Daniel (ACHIM): Um es knapp zusammenzufassen: Arbeit ist scheiße, keine Arbeit aber auch. Letztlich ist der 1-Euro-Job auch nur eine Zwangsmaßnahme, die in unserem Fall positive Seiten hatte. Hartz4 verschärft bestimmte Probleme, aber letztlich ist der Sozialstaat selbst das Problem, ein Teil des schlechten Ganzen. Dessen Zweck ist schließlich nicht, den Leuten ein angenehmes Leben zu ermöglichen, sondern sie für den Arbeitsmarkt verfügbar zu halten – dafür zu sorgen, dass sie nicht total verwahrlosen und gar nicht mehr zu verwenden sind, und zu verhindern, dass sie irgendwann Rabatz machen.

In unserem Stück machen sie halt Rabatz.

*Das Gespräch für den **Feierabend!** führte amu.*

Fortsetzung von Seite 1

Keine Nazis. Nirgends.

Rechte Umtriebe beim Wave-Gotik-Treffen

(...) Read war – zusammen mit Tony Wakeford und Gary Smith – Gründungsmitglied der Band *Sol Invictus*. Wakeford (der zuvor bei der ebenfalls rechtslastigen Band *Death In June* mitgewirkt hatte) war zu dieser Zeit Mitglied der *National Front*, Smith spielte Bass bei der Naziskin-Band *No Remorse* und war Mitglied von *Combat 18*, dem terroristischen Arm des Nazinetzwerkes *Blood & Honour* (2). Read und Smith waren nicht nur Bandkollegen, sondern wohnten einige Zeit auch zusammen. Und Read war kein bloßer Mitläufer: 1990 wurde er bei einer Konferenz in London gesichtet, bei der sich diverse Größen der rechten Szene trafen – er leitete bei diesem Event den Sicherheitsdienst (3).

Neben solchen Aktivitäten in der Neonaziszene war Read auch in verschiedenen satanistischen und heidnischen Gruppen aktiv. Auch wenn er sich mittlerweile eher als „Großmagier" denn als Straßenkämpfer inszeniert, macht er keinen Hehl aus seiner sozialdarwinistischen Weltsicht, die er in Statements wie dem folgenden kundtut: „Sowohl Boyd Rice (4), vor dem ich großen Respekt habe, als auch ich sind elitär und haben wenig mit dem ´kleinen Mann´ zu tun, der die Erde bevölkert..." Fragt sich nur, was Read ohne den „kleinen Mann" täte – wenn er keinen mehr hätte, auf den er verächtlich herabschauen könnte, würde er womöglich merken, was für ein armes Würstchen er selber ist. Das Zitat ist übrigens dem „Gothic- und Dark Wave-Lexikons" entnommen (5), herausgegeben u.a. von Peter Matzke (seines Zeichens *WGT*-Pressesprecher). Reads hirnrissige Aussage wird dort so kommentiert: „Sätze, die verwirren in der bürgerlichen Wohlstands- und Spaßgesellschaft..." Kritik sieht anders aus. Die Vermutung liegt nahe, dass Peter Matzke selbst den zitierten Lexikon-Artikel zu *Fire & Ice* verfasst hat. Der Fakt, dass Matzke sich 2003 für ein Interview mit dem neurechten Käseblatt *Junge Freiheit* bereit fand (6), lässt sich bestenfalls als Zeichen politischer Ignoranz bewerten. Dort machte er in ganz ähnlichem Stil „die Ablehnung des Wertesystems der europäischen und amerikanischen Wohlstandsgesellschaft" als „geistige Basis der Szene" aus und erklärte: „Diese Szene rekurriert auf dezidiert europäische Kulturtraditionen, sie lebt etwas, das vor allem der nordeuropäischen (...) Denkart entgegenkommt. Unter den fast 20.000 Besuchern des Treffens habe ich bislang erst einen einzigen farbigen Gast ausmachen können." Das hören die völkischen Nationalisten von der *JF* sicher gern.

Es ist also vielleicht kein Zufall, dass regelmäßig rechte bis neonazistische Bands im Festivalprogramm auftauchen, wie z.B. 2001 *Von Thronstahl*, deren Frontmann Josef Klumb sich damals längst als antisemitischer Verschwörungstheoretiker geoutet hatte, oder dass der *VAWS* (*Verlag und Agentur Werner Symanek*, u.a. für Druck und Vertrieb der Nazipostille *Unabhängige Nachrichten* zuständig) mit seinem Stand auf dem Festivalgelände präsent sein kann, während dies antifaschistischen Gruppen mit Hinweis auf den „unpolitischen" Charakter des Treffens verweigert wird. Womöglich sind vor allem kommerzielle Interessen dabei ausschlaggebend – einem Esel, der Gold scheißt, schaut man lieber nicht ins Maul. Einfach hinnehmen muss mensch das aber nicht.

Ein gewisses Augenmaß ist bei der Gegenwehr allerdings nötig – ein Beispiel, wie man es besser *nicht* macht, lieferte das WGT 2007. Da versammelten sich auf das Gerücht hin, die im *UT Connewitz* spielende Gruppe *Stormfagel* sei eine Naziband, ca. 50 AntifaschistInnen vor dem Gebäude. Konzertbesucher wurden aufgehalten, auf rechte Symbole gefilzt und teilweise tätlich angegangen. Später am selben Abend wurde eine mit „Grufties" gefüllte Straßenbahn mit Pflastersteinen beworfen, ein Festivalbesucher wurde dabei am Kopf getroffen – ein Zusammenhang mit der vorhergehenden Antifa-Aktion ist nicht belegt, lässt sich aber vermuten. Mit der Antifa ist es eben wie mit der „schwarzen Szene": Hier wie dort lassen sich ein paar Idioten finden. Pauschalurteile helfen in jedem Fall nicht weiter, und auf schlampiger Recherche (7) beruhende Haudrauf-Aktionen sind eher kontraproduktiv, wenn sie sich gegen einige in einer Masse politisch eher desinteressierter FestivalbesucherInnen versteckte Neonazis richten. Überhaupt sollte mensch sich dabei nicht nach Äußerlichkeiten richten: Hinter Rüschenhemden verbergen sich schließlich nicht gleich reaktionäre Ideologien, ebensowenig wie vom „nazimäßigen" Stil mancher ElectronicBodyMusic-Fans mit Militärhosen und Kurzhaar-schnitt auf deren politische Einstellung geschlossen werden kann – und auch Menschen mit *Death-In-June*-Buttons sind nicht unbedingt Nazis. AntifaschistInnen sollten also eher auf Aufklärung setzen, um den Festival-besucherInnen ihr Anliegen zu vermitteln. Denn wenn man Neonazis aus der „schwarzen Szene" raushaben will, dann ist es in erster Linie die Szene selbst, die dafür sorgen muss.

justus

(1) siehe z.B. http://www.geister-bremen.de/brosch4.htm.
(2) siehe http://de.indymedia.org/2009/03/243865.shtml?c=on#c560282. Die Band hält sich zwar mit eindeutigen Statements zurück, hat aber gute Kontakte zum neonazistischen Black-Metal-Bands wie *Totenburg* oder *Absurd*.
(3) Tony Wakeford versucht heute, seine Kontakte zur Neonaziszene zu vertuschen. In einem unter http://www.fluxeuropa.com/tw_int_brownbook.htm zu findenden Interview gibt er immerhin zu, dass Gary Smith Gründungsmitglied bei *Sol Invictus* war. Zu *Combat 18* siehe z.B. http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,19322,00.html.
(4) www.stewarthomesociety.org/wakeford.html
(5) seit Anfang der 80er mit dem Industrial-Projekt *NON* aktiver Musiker, Mitglied der *Church Of Satan* und wie Read bekennender Sozialdarwinist mit Kontakten zur rechten Szene.
(6) Peter Matzke & Tobias Seeliger (Hrsg.), „Das Gothic- und Dark Wave-Lexikon - Die Schwarze Szene von A-Z", Schwarzkopf & Schwarzkopf, Neuauflage 2003, S. 216.
(7) zu finden unter http://www.jf-archiv.de/archiv03/253yy24.htm.
(8) siehe z.B. http://de.indymedia.org/2007/05/178817.shtml. Der betreffende Artikel ist zwar mit „Grufties gegen rechts" unterzeichnet, mir ist allerdings keine „Grufties gegen rechts"-Gruppe in Leipzig bekannt.

Auszug aus dem Programm:

VORTRÄGE:

- *Postanarchismus - Anarchistische Theorien in der Postmoderne* (Jürgen Mümken)
- *Was können Anarchist_innen und Marxist_innen voneinander lernen?* (Gerhard Hanloser)
- *COOP 2.0 Solidarwirschaft* (Wolfgang Fabricius)
- *Anarchie und Strafen - zur Zukunft des Knastsystems in der Anarchie* (Rudolf Mühland)
- *Soziale Bewegungen im globalisierten Kapitalismus* (Michael Wilk)
- *Revolution oder lifestyle?* CrimethInc. (Peter Seyferth) u.v.m.

WORKSHOPS:

- Versuch einer kritischen Reflexion über sexistisches & heteronormatives Verhalten beim A-Kongress
- Tempelhof: „Have you ever squatted an Airport?" - Aktionsvorbereitung
- Getting out of the anarchist subcultural „ghetto"
- Unsichtbares Theater / Anarchie und Sex / Street Art / Anarchismus und Revolte / Autonome Pressearbeit u.v.a.

FILME:

- „Summerhill School" Beispielperspektiven libertärer Pädagogik
- „Tödliche Schüsse – Ein audiovisuelles Hörbuch über die Startbahnbewegung. Quer durch die 80er Jahre"
- „Anarchists against the Wall" Film mit Vortrag (Yossi Bartal/Sebastian Kalicha)

Anarchismus im 21. Jahrhundert

Vom A-Kongress in Berlin

Vom 10. bis 13. April sollte in der Berliner *Technischen Universität (TU)* der Kongress „Anarchismus im 21. Jahrhundert – Anarchie organisieren" stattfinden. Doch im Vorfeld sorgte eine zwei Tage vor Veranstaltungsbeginn gestartete Diffamierungskampagne seitens der Springer-Presse *B.Z.* dafür, dass die vorgesehenen Räumlichkeiten der *TU* den Kongressteilnehmer_innen verschlossen blieben. Am 08. April titelte das Klatschblatt mit der Schlagzeile „Chaoten planen *TU*-Kongress". Im zugehörigen Artikel werden Randale an der Hochschule vermutet, dem Programmheft des Kongresses der Aufruf zu kriminellen Handlungen unterstellt und Angst vor einem angeblich angestrebten „Gesellschaftssystem ohne Regeln" geschürt. Von theoretischer Weiterbildung, Austausch und Vernetzung ist in dem Text keine Rede. In einer Mitteilung der Pressegruppe des A-Kongresses hingegen wird betont, dass die Veranstaltung „entgegen dem verbreiteten Klischee eines sogenannten Chaotentreffs […] frei, friedlich, selbst organisiert und ungezwungen eine Diskussionsplattform für kritische Betrachtungen der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation anstrebt". Noch am Tag der Veröffentlichung des *BZ*-Artikels zog die *TU*-Leitung ihre Genehmigung für die Nutzung der Räumlichkeiten zurück, obwohl der AStA (Studierendenvertretung) der *TU* den Kongress lange vorher angekündigt und die Räume reserviert und auch zugesagt bekommen hatte.

Obwohl der Kongress damit von der sicherlich öffentlichkeitswirksameren universitären Struktur zurück in die Kreuzberger subkulturelle Nische gedrängt war, funktionierte Plan B dank Selbstorganisation und schönem Wetter bestens. Zwar mussten die größeren Veranstaltungen und der Open Space draußen auf einer leider etwas unruhigen Wiese stattfinden – aber die Location, die New Yorck (Raum emanzipatorischer Projekte) im Bethanien am Mariannenplatz, war doch sicherlich viel schöner...

Die paar hundert Besucher_innen waren nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Russland, England und Schweden angereist. Einige der geplanten Veranstaltungen mussten leider wegen des kurzfristigen „Umzugs" und der geringeren technischen Möglichkeiten ausfallen. Dennoch gab es eine Vielzahl an Vorträgen, Diskussionen und Workshops zu einem breitgefächerten Themenspektrum (siehe linker Kasten), außerdem präsentierten sich verschiedene Gruppen und versuchten ihre Form der Organisierung schmackhaft zu machen.

Es ging aber nicht nur um die Selbstdarstellung der verschiedenen Strömungen, sondern es wurde auch Selbstkritik an den fast schon traditionellen Missständen innerhalb der Szene laut. Das Verharren im „subkulturellen anarchistischen Ghetto" wurde ebenso thematisiert wie die problematische Zusammensetzung der Szene aus hauptsächlich männlichen weißen Menschen aus der Mittel- und Oberschicht. Eine Lösung wurde selbstverständlich (noch) nicht gefunden, genauso wenig wie die der männlichen Dominanz allgemein, die sich auch darin wiederspiegelte, dass die meisten Veranstaltungen von Männern angeboten wurden (sogar der Anarchafeminismus Vortrag). Die Organisator_innen hatten sich bewusst gegen eine Quotierung der Veranstaltungen entschieden, da sie eben der angestrebten offenen Organisationsstruktur widersprochen

hätte.
Die rege Teilnahme und die insgesamt sehr gute Stimmung zeugten von dem vorhandenen Bedürfnis nach intensiverer Auseinandersetzung mit der Theorie der Herrschaftsfreiheit. Leider lässt sich diese bei solchen kurzen Großveranstaltungen nicht verwirklichen, sondern kann in der Tiefe und im Zusammenhang mit aktuell relevanten Themen, wie bspw. dem Poststrukturalismus, nur in kontinuierlicher lokaler Auseinandersetzung passieren – und die ist leider immer noch selten.
Ob es in drei oder sechs Jahren einen nächsten von der anarchistischen Föderation Berlin veranstalteten Kongress geben wird, bleibt laut Veranstalter_innen abzuwarten. Wohl aber schienen einige Menschen aus Österreich von der Idee des Kongresses so angetan, dass es Aussichten auf einen A-Kongress 2011 in Wien gibt...
Wer bis dahin nicht warten mag, dem/der seien die A-Tage in der Roten Flora in Hamburg vom 12. bis 14. Juni 2009 ans Herz gelegt.

Pieke & Konne
(www.ainleipzig.blogsport.de)

Mehr Informationen, Protokolle zahlreicher Veranstaltungen und teilweise auch Audioaufnahmen findet ihr auf dem Kongress-Wiki: http://www.akongress.org/

„Kongressauflösung"

Noch ein paar Worte zum eher abrupten Ende des Kongresses am Sonntagabend.
Am Sonntagabend wurde der Kongress offiziell aufgelöst. Dies war der Endpunkt einer Auseinandersetzung, die am Samstagabend ihren Anfang durch das respektlose Auftreten einer Gruppe nahm, die sich als sexuelle Befreier_innen verstehen, Kritik an ihrer Nacktheit jedoch mit einer homophoben Beleidigung beantworteten. Weder das provozierende Aufdrängen ihrer Nacktheit, noch die Beleidigung führten zum direkten Rauswurf und so spitzte sich die Situation im Laufe des Sonntags durch ein neuerliches Entkleiden und absolute Uneinsichtigkeit zu. Ein Rausschmiss wurde nach stundenlanger Diskussion nicht verwirklicht, da bei einem Teil der Besucher_innen der Eindruck entstand, sie sollten nur aufgrund ihrer Nacktheit ausgeschlossen werden, worauf viele mit Unverständnis und relativer Unterstützung (zumindest durch Passivität) reagierten. Dadurch sahen die Organisator_innen einen antisexistischen Schutzraum nicht mehr gewährleistet und fühlten sich veranlasst den Kongress offiziell aufzulösen. Hier ist leider nicht der Platz um das Thema angemessen aufzuarbeiten, deshalb möchte ich für nähere Informationen und ausführliche Stellungsnahmen auf das Wiki des Kongresses, genauer auf die Diskussionsseite unter „Kongressauflösung", verweisen.

Auf zur zentralen Einheitsgemeinde!

Klage gegen Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt endgültig gescheitert

Dass der deutsche Bundesstaat vom Prinzip des Föderalismus und damit von einer Mitbestimmung durch die Betroffenen nicht viel hält, sieht mensch schon an dem Fakt, dass immer mehr Entscheidungskompetenzen auf die nächsthöhere, europapolitische Ebene verschoben werden, anstatt die Autonomie und Selbstbestimmung auf den unteren Ebenen sicherzustellen. In Sachsen-Anhalt geht Staat nun exemplarisch noch einen Schritt weiter. Was hier bisher freiwillige Verhandlungssache zwischen den kommunalen Gemeinden war – der Zusammenschluss in größere Verwaltungseinheiten – wird nun per Dekret durchgesetzt. Die juristische Zwangsmaßnahme heißt Gemeindegebietsreform (2007/08), nach der eine kommunal organisierte Gemeinde mindestens 10.000 EinwohnerInnen (!!!) umfassen muss, um überhaupt so etwas wie Selbstverwaltung ausüben zu können, und wurde maßgeblich von der SPD vorangetrieben. Fast 200 Gemeinden hatten dagegen vor dem Landesgericht Sachsen-Anhalts geklagt. Doch ohne Erfolg. Richter Schubert verkündete am 21.04. 2009, dass der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des Landes ausreichend wäre, um so massiv in die Selbstverwaltung der Kommunen einzugreifen. Er berief sich dabei auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1988. Mensch könnte diese einheitliche deutsche Rechtssprechung auch so lesen: Da es billiger ist, wenn weniger mehr entscheiden, darf prinzipiell immer zentralisiert werden. Ob solche Einsparungen dann auch wirklich den Betroffenen dienen, prüft freilich kein Gericht der Welt und darf getrost bezweifelt werden.
Fakt ist: Gemeinden, die sich nun bis Ende Juni keiner größeren Verwaltungseinheit anschließen, werden dann zwangsangegliedert. Schöne neue Welt! Der historische Trend könnte eindeutiger nicht sein. Denn nicht nur in Deutschland wurden seit 1945 tausende von Gemeinden aufgelöst und zentralisiert, die Mitbestimmung von unten beständig beschnitten. Drastischstes Beispiel ist Dänemark. Hier schrumpfte die Anzahl der Gemeinden von 1400 (1950) auf sage und schreibe 98 (2007). Dass solche Zwangsmaßnahmen zur Zentralisierung von Entscheidungen in den Händen weniger mit einer föderal organisierten Mitbestimmung von unten nach oben wenig zu tun haben und letztlich der transparenten Kontrolle von Gemeindebudgets entgegenarbeiten, sollte jedem vernünftigen Mensch einleuchten. Deshalb: Ein Hoch auf die EinwohnerInnen des unterfränkischen Ermershausen, die 1978 Widerstand gegen ihre Auflösung leisteten, das Rathaus besetzten und Barrikaden errichteten. Mehrere Hundertschaften der Bereitschaftspolizei mussten das 800-Seelen-Dorf damals erstürmen, um die Gemeinde zu entmachten. Ob der Mut der Betroffenen in Sachsen-Anhalt ähnlich groß ist, bleibt nur zu hoffen.

(clov)

Reisebericht: Turkey - Imagined Community II

Von der Istanbuler Bronx in die Anatolische Einsamkeit

Ich bin umgezogen. Mich hat es aus dem touristenüberwucherten, hippen Avantgarde-Viertel Galata (FA! #32 „Turkey – Imagined Community") in das Istanbuler Armenviertel Tarlabasi im Stadtteil Beyoglu, auch Taksim genannt, verschlagen, der seit jeher von Ungläubigen bewohnt wurde. Tarlabasi ist die Bronx von Istanbul und sein Ruf eilt ihm voraus. Wenn ich erzähle, dass ich dort lebe, reichen die Reaktionen von betretenem Schweigen bis hin zu ungläubigem Entsetzen. Kurden, Rum (Griechen), Roma, Drogen, Transsexuelle, billige Absteigen ist, was die Mehrheit Istanbuls allgemein mit Tarlabasi verbindet. Was ich damit verbinde?

Faltige, gegerbte Gesichter mit Kippenstummel zwischen zahnlosen Lippen, den billigsten und lautesten Wochenbazar Istanbuls jeden Sonntag direkt vor der Tür mit Türmen von frischem, lachenden Obst und Gemüse und geklauten Klamotten. Das Lachen der ungeschminkten Transen vor mir an der Kasse im Supermarkt, in dem ich nie genug Geld dabei hab und trotzdem alles bekomme. Der Panzer und die permanente Polizeipräsenz in der Nähe des DTP-Büros („Partei der demokratischen Gesellschaft": Partei für die nationale Anerkennung der Kurden und eine friedliche Lösung der Kurdenfrage). Dutzende kleine Barbiergeschäfte, in denen eitle Männer und die, die es noch werden wollen rasiert und gestylt werden. Der kurdische Bakkal-Verkäufer, der Plastikhandschuhe für die Hygiene trägt und immer eine mit mir raucht, wobei er sich manchmal ein Loch in seine Handschuhe brennt. Der braune Stuhl vor unserem Haus, auf dem jeden Tag unser Apfelverkäufer sitzt und minikleine gelbe und rote Äpfelchen loszuwerden sucht, die manchmal von vorbeiziehenden halbstarken Horden, aus den Kisten geklaut werden, während der Alte nachsichtig lächelt. Im ca. 2,5 m² großen Elektronikladen, der von oben bis unten und von vorne bis hinten mit Dingen voll gepackt ist, hat weder ein Kunde, geschweige denn der Besitzer Platz, auch nur einen Fuß in den Laden zu setzen. Und die verschmitzt lächelnde alte Frau mit den weißen Haaren, die in der Unterführung neben der Mülltonne die paar Habseligkeiten verkauft, die sie (gefunden) hat, neben ihr ein Mann, der nicht mal Habseligkeiten hat, sondern nur eine Waage, auf der mensch sich wiegen kann.

Und dann gibt es da noch den kurdischen, alten Schneider, der in jungen Jahren in Paris gearbeitet hat. Hinter Fensterscheiben, die aussehen, als hätten sie ihren letzten Putz vor 20 Jahren erhalten, sitzt er vor seinem Schneidertisch auf dem sich Spulen, Garne und Klamotten türmen. Als wir das erste Mal von Jungs aus dem Viertel durch einen Moschee-Innenhof zu ihm gelotst wurden, um unsere verschlissenen Klamotten reparieren zu lassen, hat er anstatt der Kleidung zunächst unser Gesicht vermessen. Er mache Physiognomie-Studien, sagte er und presste kurz und fest beide Daumen gegen eine Stelle oberhalb unserer Augenbrauen. Er bat uns etwas zu schreiben, um aus unserer Handschrift auf unsere Persönlichkeit zu schließen. Ich schrieb und sein erster Kommentar: „Hässlich, sehr hässlich". Ich lächelte ihn verlegen an. Ich war noch nie besonders stolz auf meine Buchstaben-Trümmerhaufen-Handschrift, die ein bisschen der Steno-Schrift meines vom Dokumentationsgeist besessenen Großvaters ähnelt und die ich manchmal selbst nicht entziffern kann. „Ich sollte die Dinge langsamer angehen", so der gut gemeinte Ratschlag des Schneider-Psychologen, „nicht so sehr durchs Leben hetzen". Ich muss grinsen und an Leipzig und Projektneurosen denken.

Wahlkampf

Jede befahrbare Strasse der 20 Millionen Metropole ist behangen mit bunten Plastik-Fähnchen auf denen Glühbirnen und Pfeile gedruckt sind. Sie hängen über Brücken, zwischen Straßenlaternen, Moscheen und anderen Gebäuden und schmücken die Autobahnen. Die Szenerie hat etwas Karnevaleskes. Nur feiert niemand. Es ist Wahlkampf…und Plastikmüll-Potlatch. Gekämpft wird gegen die Umwelt und ansonsten gegen alles andere, was unrecht ist. Klientelismus par excellence. Erdogans AKP („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung": islamisch-konservativ ausgerichtet, derzeit stärkste Fraktion im türkischen Parlament) beliefert ihre frierenden Wähler in spe schon mal mit ausreichend Kohle, um ihnen die um 80% gestiegenen Heizgas-Preise zu ersparen. Manche bekommen neues Einrichtungsmobiliar, andere Kühlschränke. Der Fall einer Familie wurde bekannt, die sich über den neuen Kühlschrank theoretisch gefreut hätte, wenn sie denn ans Stromnetz angeschlossen wäre.

Das faszinierendste an diesem Wahlkampf sind die politisierten Massen, die in Bewegung gesetzt werden. Zehntausende strömen zu den einzelnen Kundgebungen und schwenken, als ginge es um ihr Leben, die Fahnen zu Phrasen wie: „Wir werden die Armut in Ostanatolien abschaffen".

Dort tobt indes seit Monaten die „Schlacht um die Festung Diyarbakir", der Hauptstadt des türkischen Kurdistans. Im Fernsehen werden unaufhörlich Bilder von Demonstrationen und Gefechten zwischen PKK („Kurdische Arbeiterpartei": kämpft mit Waffengewalt für politische Autonomie kurdisch besiedelter Gebiete in der Türkei) und Sicherheitskräften mit Toten und Verletzten gesendet, die an Bürgerkriegszustände erinnern. Die der PKK nahe stehende Kurdenpartei DTP, die seit wenigen Jahren Sitze im Parlament hat, hat eigene Wege gefunden dem anhaltenden Konflikt zu begegnen. Die Reformversprechen der AKP, etwa ein freierer Gebrauch der kurdischen Sprache, konterte die DTP geschickt mit einer Ansprache auf Kurdisch im türkischen Parlament. Da das jedoch weiterhin verboten ist, entpuppte sich die von der AKP versprochene neue Freiheit rasch als hohles Versprechen. Die PKK ihrerseits hat in den vergangenen zwölf Monaten wiederholt versucht, mit Gewalttaten Präsenz zu demonstrieren.

Anatolien

Ein Schlagloch reißt mich aus meinem seligen Schlaf. Ich blinzele aus dem Busfenster, der Sonne mitten ins Gesicht. Draußen ist es staubtrocken. Die kubischen Häuser, Palmen, der Boden und Olivenhaine, alles erscheint in demselben Farbton, als hät-

te jemand mit einer Riesendose Puderzucker über die Landschaft gestreut. Ich schwitze. Nach zweieinhalb Monaten nasser Plörre in Istanbul und einigen gescheiterten Versuchen der Beton-Megapolis für ein paar Tage zu entfliehen, eine Genugtuung. Auf der Strasse laufen Muslime mit violetten, lose um den Kopf gebundenen Tüchern und Salvar-Hosen, die bis zum Knie eng wie eine Leggins sind und dann breit wie ein Rock werden. In all den winzigen Dörfern, an denen wir vorbei tuckern, scheinen die Menschen zu arbeiten. Frauen bücken sich über das Feld, während ihnen eine abgemagerte Kuh zuschaut, Ziegel werden getragen, Weizensäcke geschleppt, Teppiche geschüttelt, immer wieder Schäfer und kleine Menschengruppen, die irgendwo im Nirgendwo die Strasse entlang spazieren. Seelenruhig. Vorbei an kilometerlangen Steinfeldern, am Horizont schroffe Bergketten und sonst nur Himmel. Dann brechen plötzlich Hochhaus-Bauten aus der Erde. Mitten im Nichts. Brachiale Siedlungsmethoden. Die Erde blutet.

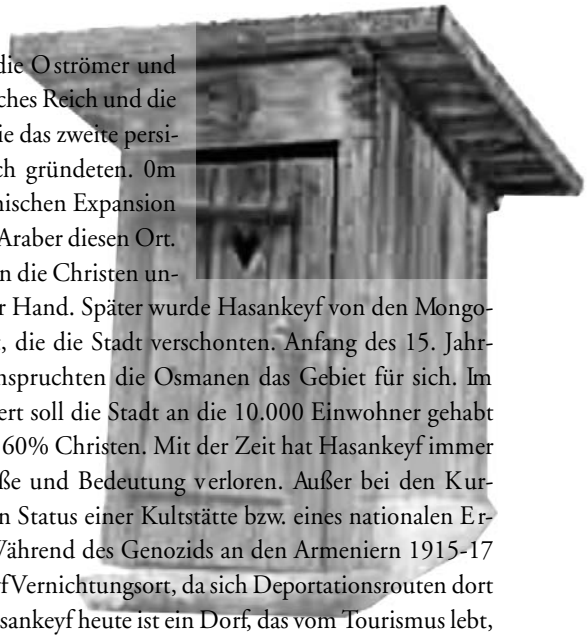
Deutsche Bürokratie auf türkischen Klos

Klopause. Der Bus wird mit einem an einen Besen befestigten Schlauch von oben bis unten geschrubbt, als ginge es um ein religiöses Waschritual. Am Kloschalter sitzt ein etwa 50-jähriger Mann, der mir, nachdem er sich nach meiner Herkunft erkundigt hat, einen Brief aus seiner Kabine entgegenstreckt. „In amtlicher Sache“ steht in deutsch darauf. Ein Scheidungsbescheid mit Zahlungsaufforderung. Was die wollen, will er wissen. Bestimmt werde er sich nicht bei denen melden. Seine Frau...in Hamburg...dann wieder ein Klokunde auf der anderen Fensterseite, der uns neugierig beobachtet, während er auf sein Rückgeld wartet...er neunmal dort gewesen...keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung...ich verstehe nur Brocken, sowohl auf deutsch als auch auf türkisch. Er will, dass ich ihm den Brief vom Anwalt übersetze. Der deutsche Staat schafft es sogar, seine verklausulierten Phantasien in ein Klohäuschen im tiefsten Anatolien zu transportieren und mich dazu zu bringen, den Krampf auch noch zu übersetzen. Dabei wäre es nicht mal das Klopapier wert.

Staudamm im Paradies

Wir leihen uns ein Auto und fahren nach Hasankeyf. Eineinhalb Stunden von der Hauptstadt des türkischen Kurdistan am Tigris liegt das Paradies. Hier soll der Garten Eden gewesen sein. Grüne, saftige Wiesen vor schroffen Bergketten. Felshänge erheben sich aus dem Strom des breiten Flusses, alle paar Meter Löcher im Fels, dahinter Höhlenlabyrinthe. Die PKK-Rebellen sollen hier unter anderem ihre Rückzugsgebiete haben. Nur noch wenige kennen die unterirdische Geographie. Wir halten vor einer alten Mauer. Kinder rennen uns entgegen. Die Mädchen haben riesige Sträuße von irgendeinem Kraut in ihren Armen. Ich habe den Namen vergessen, aber die halbgeschälten Stiele, die sie uns kiloweise anbieten, sind extrem lecker. Wir tollen mit ihnen über die Wiesen, dann zeigen sie uns die Reste osmanischer Grabmäler, Hammams (türkisches Bad) und Burgen aus Zeiten des Reichtums.

Die Geschichte von Hasankeyf vor der christlichen Zeitrechnung liegt im Dunkeln. Danach befand es sich unter wechselnder Herrschaft durch die Oströmer und ihr byzantinisches Reich und die Sassaniden, die das zweite persische Großreich gründeten. 0m Lauf der islamischen Expansion eroberten die Araber diesen Ort. Seitdem lebten die Christen unter islamischer Hand. Später wurde Hasankeyf von den Mongolen überrannt, die die Stadt verschonten. Anfang des 15. Jahrhunderts beanspruchten die Osmanen das Gebiet für sich. Im 16. Jahrhundert soll die Stadt an die 10.000 Einwohner gehabt haben, davon 60% Christen. Mit der Zeit hat Hasankeyf immer mehr an Größe und Bedeutung verloren. Außer bei den Kurden, wo es den Status einer Kultstätte bzw. eines nationalen Erbes behielt. Während des Genozids an den Armeniern 1915-17 war Hasankeyf Vernichtungsort, da sich Deportationsrouten dort kreuzten. Hassankeyf heute ist ein Dorf, das vom Tourismus lebt, die sich die alten Höhlenlabyrinthe anschauen. Keiner kann mehr genau sagen, wie diese Höhlen entstanden sind. In manchen wohnen noch immer Familien.



Wir sprechen mit einem etwa 50-jährigen Mann, der ein kleines Café am Tigrisufer des Dorfes betreibt und uns hungrigen Mäulern Tomaten und Brot bringt. Er ist in einer der Höhlen geboren und erzählt uns von dem seit Jahren von der türkischen Regierung geplanten Staudamm-Projekt, das das Dorf samt seinen Schätzen, Höhlen und angrenzenden Gebieten in eine pittoreske Unterwasserlandschaft für Tiefseetaucher verwandeln soll. Im März 2007 entschied sich die deutsche Bundesregierung gemeinsam mit der Schweiz und Österreich zur Übernahme einer Exportkreditgarantie. Die Türkei habe sich zu Maßnahmen verpflichtet, die weit über die bisher bei Staudammprojekten geübte Praxis hinausgehen, hieß es. Zu den Zugeständnissen zählen ein detaillierter Umsiedlungsplan sowie die Zusicherung von Arbeitsplätzen für die betroffene Bevölkerung, die Umsetzung bedrohter Kulturdenkmäler aus Hasankeyf in einen Kulturpark sowie die Garantie eines Mindestdurchflusses gegenüber den Unterliegern Syrien und Irak, von deren Umsetzung bislang nicht viel zu erkennen ist.

Der Cafebesitzer erzählt von Uta Roth, der Grünenvorsitzenden, die Hassankeyf eine Woche vor uns besucht und bestaunt hat. Sie kam im Auftrag der deutschen Regierung, die das Projekt bis dato maßgeblich mitfinanzieren wollte. Aufgrund anhaltender internationaler Proteste und der ungenügenden Einhaltung der geforderten Auflagen durch die Türkei, hat die deutsche der türkischen Regierung mitgeteilt, das sie nicht mehr an der Finanzierung interessiert sei, worauf die türkische Regierung geantwortet hat, dass ihr das herzlich egal sei und sie das Projekt auch ohne die Hilfe Deutschlands in Angriff nehmen werde. Aber auch die Schweizer haben ihre Gelder bis auf weiteres eingestellt. Bis auf weiteres. Viele der Bewohner sind überzeugt, dass das Projekt trotzdem gebaut wird.

Was er machen werde, fragte ich den Cafebesitzer und eigentlich erwartete ich keine Antwort. Er hatte trotzdem eine: „Sagt euren Leuten in Europa, dass sie uns erwarten können, wenn der Staudamm gebaut wird“.

Klara Fall

Im Unterholz der Moderne

Religion, Vernunft, Ideologie

Gut 200 Jahre ist es her, dass Immanuel Kant seine berühmte Forderung, „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“, erhob und Aufklärung als den „Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“ definierte. Schon der Begriff „Aufklärung“ („enlightenment“ im Englischen) verweist auf den hehren Anspruch des Unterfangens: Alles soll vom Licht der Vernunft durchleuchtet, die Gesellschaft nach den Regeln der Rationalität umgestaltet werden. Damit ist aber längst kein Zeitalter universeller Vernunft angebrochen. Zwar haben die christlichen Kirchen in den westlichen Industrienationen ihr Monopol auf die letztgültige Erklärung der Welt verloren – die Religiosität ist mit dem Verlust des christlichen Monopols aber nicht verschwunden.

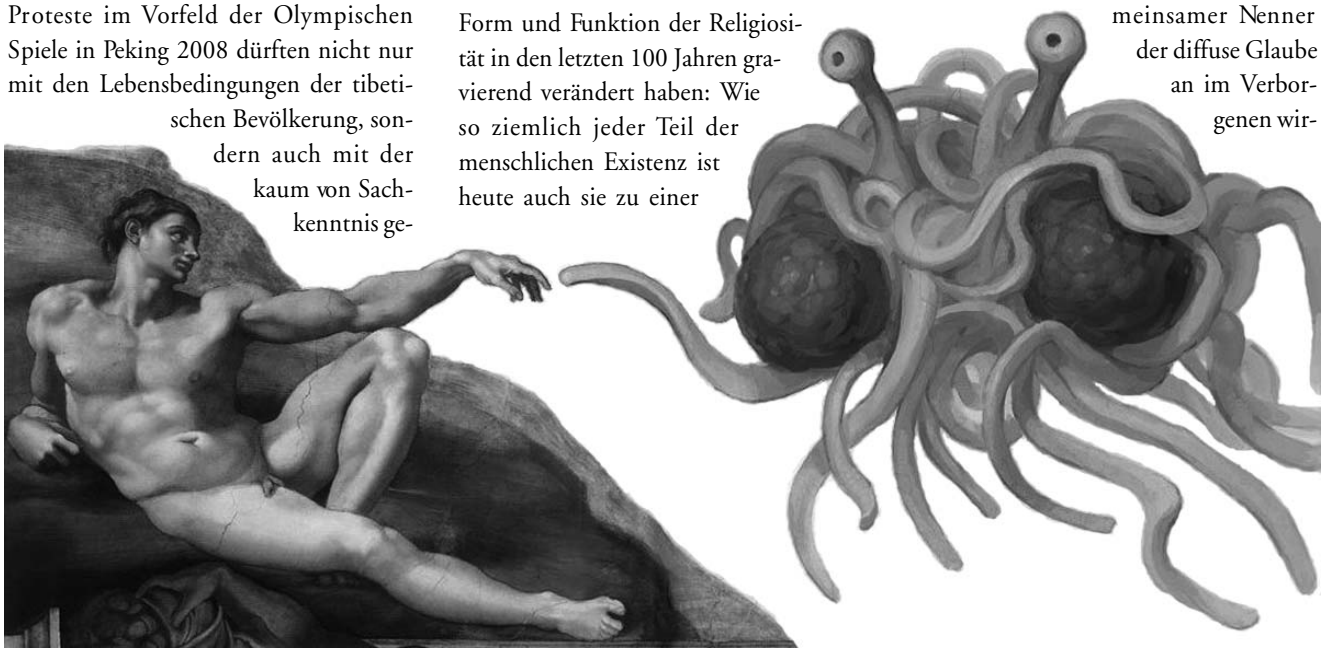
Im Gegenteil lassen sich sogar Anzeichen für einen religiösen *roll-back*, ein erneutes Erstarken des Glaubens ausmachen. Nicht nur in islamisch geprägten Teilen der Welt gewinnen fundamentalistische Bewegungen an Bedeutung. Auch hierzulande bemühen sich die christlichen Kirchen, verlorenen Boden zurück zu gewinnen. Wie das ausschaut, konnte man vor kurzem in Leipzig beobachten, in der Debatte über das neugebaute „Paulinum (siehe FA! # 31). Auch die pro-tibetischen Proteste im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking 2008 dürften nicht nur mit den Lebensbedingungen der tibetischen Bevölkerung, sondern auch mit der kaum von Sachkenntnis getrübten Popularität des Dalai Lama zu tun gehabt haben (1).

Die heutigen Erscheinungsformen der Religiosität sind freilich nicht einfach nur irrationale Restbestände in einer ansonsten durch und durch rationalen Gesellschaft – eine solche Sichtweise würde das Statische der Religiosität zu sehr betonen. Selbst wenn die jeweiligen Glaubensinhalte und Praktiken gleich bleiben, kann die Funktion, die sie in einer bestimmten Gesellschaft haben, stark variieren. So wäre es z.B. absurd zu glauben, die religiöse Praxis neuheidnischer Gruppen, die sich auf alte germanische oder keltische Religionen beziehen, sei mit der ihrer Vorbilder *identisch*, egal wie sehr mensch sich dabei um genaue Rekonstruktion von Riten und Glaubensvorstellungen bemüht. Auch die Selbstwahrnehmung religiöser Gruppierungen, die sich als Hüter einer „ewigen Wahrheit“ begreifen, ist also illusorisch. Im Gegensatz dazu soll hier die Religiosität (bzw. einige ihrer Spielarten) als soziales, sehr „diesseitiges“, zeit- und ortsgebundenes Phänomen im Mittelpunkt der Untersuchung stehen.

Einkaufsbummel im Weltanschauungsladen

Dabei ist nicht zu übersehen, dass sich Form und Funktion der Religiosität in den letzten 100 Jahren gravierend verändert haben: Wie so ziemlich jeder Teil der menschlichen Existenz ist heute auch sie zu einer Sache des Marktes geworden. Wer ein wie auch immer geartetes Bedürfnis nach Sinnstiftung und weltanschaulicher Orientierung hat, kann sich aus dem Sortiment die Ware aussuchen, die ihm oder ihr am ehesten zusagt. Im Zuge der Säkularisierung hat sich neben den etablierten Kirchen eine Marktlücke für ein ganzes Spektrum „parareligiöser“ (2) Strömungen aufgetan. Als Oberbegriff für dieses Spektrum hat sich das Schlagwort „Esoterik“ eingebürgert – gerade weil der Begriff ebenso diffus ist, wie die Sache, die er bezeichnet, soll er auch hier weiter verwendet werden. In ihrer Vermitteltheit über den Markt ist die Esoterik trotz aller Rückgriffe auf ältere Traditionen ein genuin modernes Phänomen, eine in gewissem Sinn wirklich „neue“ Form von Religiosität. Als solche soll sie im nächsten Heft genauer unter die Lupe genommen werden – hier sollen zunächst einige theoretische Vorannahmen geklärt und der gesellschaftliche Kontext dieser neuen Form der Religiosität untersucht werden.

Dieses Unterfangen stößt allerdings auf Schwierigkeiten – zuallererst die Unübersichtlichkeit des zu beackernden Feldes. Bleiben wir noch kurz bei der Esoterik. Dieser Begriff bezeichnet ein loses Bündel von Gruppierungen, Weltanschauungen und Praktiken, dessen kleinster gemeinsamer Nenner der diffuse Glaube an im Verborgenen wir-



kende „höhere Kräfte“ ist – egal, ob diese nun als personifizierte Mächte (Gottheiten, Engel, Seelen usw.) oder abstrakter als „kosmische Energie“ oder „Schicksal“ begriffen werden. Sonderfälle (z.B. UFO-Gläubige und Weltverschwörungstheoretiker_innen, deren Literatur in Buchhandlungen ebenfalls unter dem Schlagwort „Esoterik“ einsortiert wird) müssen dabei mitbedacht werden. Von diesem weltanschaulichen Minimalkonsens abgesehen, gibt es aber auch große Unterschiede – die jeweiligen Praktiken können körperzentriert sein oder im Gegenteil auf eine „reine Geistigkeit“ abzielen, in stark individualisierter Form oder in festen Gruppenstrukturen ablaufen, diese Strukturen wiederum können flache Hierarchien aufweisen oder um eine autoritäre Gurufigur zentriert sein usw.

Die Schwammigkeit des Gegenstandes ist aber nicht nur durch die Vielzahl der weltanschaulichen Angebote bedingt, sondern verweist auf ein immanentes Problem von Religiosität unter den Bedingungen der Moderne. Um dieses zu erfassen, müssen wir uns das Verhältnis von Vernunft und Glaube, Rationalität und Irrationalität im religiösen Denken ein wenig genauer ansehen.

Religion als Weltanschauung, als „Theologie“ im weitesten Sinne, als System von *Aussagen* also, baut sich auf Dogmen, willkürlich gesetzten und rational nicht weiter begründbaren *Basisbehauptungen*, auf. Logisch lassen sich diese weder widerlegen noch beweisen – man kann höchstens *glauben*, eine bestimmte Aussage entspräche der Wahrheit. Tut mensch das, kann man allerdings auf dieser Basis durchaus folgerichtig weiterargumentieren. Hat man z.B. die Behauptung „Die Bibel ist Gottes Wort“ akzeptiert, ist es nur logisch, sich z.B. über das Wesen der Engeln Gedanken zu machen – die werden schließlich auch in der Bibel erwähnt (was natürlich nicht beweist, dass es Engel wirklich *gibt*). Eben weil religöse Gruppierungen zur Vermittlung ihrer Ansichten nicht auf die Sprache als wichtigstes Mittel zwischenmenschlicher Kommunikation verzichten können, sind religöse Weltanschauungen immer eine spezifische Verbindung von Irrationalität und logischer Rationalität (Logik ist schließlich vor allem eine Sache des präzisen Sprachgebrauchs).

Die religiösen Weltanschauungen zugrundeliegenden Dogmen geraten so lange nicht als bloße Behauptungen in den Blick, wie entweder der Kreis der Gläubigen so nach außen abgeschottet ist, dass seine Mitglieder gar nicht erst mit der Möglichkeit anderer Weltsichten konfrontiert werden, oder eine strafende Instanz existiert, die Abweichungen vom „rechten Glauben“ mehr oder weniger gewaltsam unterbindet. Beide Bedingungen sind in den westlichen Industrienationen heute kaum noch gegeben – ein hohes Maß an Mobilität, allgemeine Schulpflicht, neue Kommunikationsmedien usw. machen völlige Abschottung schwierig, und das Verbrennen von Menschen auf öffentlichen Plätzen wird mittlerweile zu Recht als barbarische Praxis angesehen. Zudem ist der Religion mit den Naturwissenschaften eine ernsthafte Konkurrenz erwachsen, die den großen Vorteil hat, nicht nur vage Versprechungen für das Jenseits, sondern auch praktische Ergebnisse im Diesseits liefern zu können.

Die fundamentalen Dogmen verlieren damit an Verbindlichkeit, die sorgfältig konstruierten religiösen Aussagensysteme geraten ins Wanken. Eben das ist der Grund, warum die religiösen Vorstellungen heute zunehmend abstrakter werden, sich religiös denkende Menschen immer seltener zu klaren Aussagen bezüglich des Wesens des „Göttlichen“ hinreißen lassen – die Religiosität zieht sich im Zuge der Säkularisierung und der Konkurrenz durch die Naturwissenschaften auf weniger angreifbare Positionen zurück. Die Vorstellung eines persönlichen Gottes, der im Zorn gelegentlich mit Blitz und Donner dreinhaut, wird z.B. ersetzt durch die Idee einer abstrakten höheren Macht. An eine solche unpersönliche „höhere Macht“ glauben laut der Shell-Jugendstudie von 2006 19% der Jugendlichen in Deutschland, in der Gesamtbevölkerung sind es etwa 33% (an einen persönlichen Gott glauben dagegen nur noch 22%). So ließe sich Esoterik auch definieren: als Religiosität von Leuten, die aus einem säkularisierten Milieu stammen, aber trotz fehlender oder geringer Bindung an eine Kirche ein vages Bedürfnis nach „Spiritualität“ haben. Es fragt sich nur, woher dieses Bedürfnis kommt.

Dafür müssen wir uns den gesellschaftlichen Kontext ansehen, in dem diese neue Form der Religiosität steht. Denn ob mensch sich den Schöpfer der Welt nun als etwas grantigen älteren Herrn oder als fliegendes Spaghettimonster vorstellt, ist zunächst mal beliebig – nachprüfen lässt sich die Behauptung im einen wie im anderen Falle nicht. Wenn sich jemand für die eine oder die andere Art des Glaubens entscheidet, ist diese Entscheidung in erster Linie sozial bedingt, z.B. dadurch, dass die entsprechende Religion ein hohes Ansehen genießt, die eigenen Eltern dieser anhängen oder dass sie bestimmte individuelle Bedürfnissen bedient. Wählen wir ein anderes Beispiel: Wenn ich behaupten würde, Gott wäre mir erschienen und hätte mir befohlen, kleine Kinder zu töten und aufzufressen, so würde mir wohl jeder(r) entrüstet widersprechen – widerlegen ließe sich die Aussage nicht, aber weil sie anerkannten gesellschaftlichen Normen zuwider läuft, würde niemand sie überzeugend finden.

Wir sollten also die Esoterik in einen größeren gesellschaftlichen Rahmen einordnen, um zu erklären, warum bestimmte Dogmen trotzdem weiterleben, in immer neuen Zusammenhängen zum Vorschein kommen, obwohl sie nicht mehr von einer kirchlichen oder staatlichen Gewalt gestützt werden.

Dabei kommen wir nicht umhin, von Herrschaft zu sprechen. Meiner These nach beruht Herrschaft nicht nur auf einer bestimmten Verteilung materieller Güter (Lebensmittel, Geld, Waffen usw.) beruht, sondern komplementär dazu auf einer entsprechenden „gesellschaftlichen Mythologie“. Herrschaft wird nicht nur durch rohen Zwang durchgesetzt – sie ist auf die Mythologie angewiesen, um sich zu legitimieren, d.h. die Leute dazu zu bringen, die über sie ausgeübte Herrschaft zu akzeptieren. Entgegen einem vulgärmarxistischen Ideologiebegriff wäre diese gesellschaftliche Mythologie also nicht nur ein „Überbauphänomen“, etwas der ökonomischen „Basis“ Nachgeordnetes und

aus dieser Ableitbares, sondern als konstituierenden Bestandteil eines Gesamtzusammenhangs von Herrschaft – die kapitalistische Ordnung der Dinge stützt die gesellschaftliche Mythologie und wird ihrerseits von dieser gestützt. Als integraler Bestandteil der Gesellschaft schlägt sich diese Mythologie nicht nur in Religion und Esoterik, sondern auch im „Alltagsverstand" (3) und im wissenschaftlichen Diskurs nieder.

Kritik der Religionskritik

Um diese doch etwas dreiste Behauptung zu stützen, greifen wir noch einmal auf ein (willkürlich gewähltes, aber hoffentlich erhellendes) Beispiel zurück. Denn unhinterfragte Vorannahmen spuken auch dort herum, wo mensch sich auf größtmöglicher Distanz zum Glauben wähnt, in den diversen Formen von naturwissenschaftlich fundierter Religionskritik. Eine Organisation, die sich dafür stark macht, sind die *Brights Deutschland*, laut Selbstdarstellung „eine basisdemokratische Bewegung, die für die Gleichberechtigung von Naturalisten eintritt". Schauen wir uns einen ihrer Texte mal genauer an (4).

Der Artikel trägt den Titel „Gottlos auf der Suche nach Wahrheit" und enthält durchaus sinnvolle Argumente: Der Verfasser erklärt, dass es Adam und Eva nachweislich nie gegeben hat, er zitiert einige blutrünstige Stellen aus dem Alten und Neuen Testament und geiselt die „homophobe, sexistische, barbarische und primitive Unterdrückermoral" der christlichen und muslimischen Religion – vielleicht etwas platt, aber nicht falsch. Sein Motto beschreibt er am Ende so: „Nichts glauben. (...) Wenn man lange genug alles in Frage stellt, stehen die Chancen gut, dass man sich irgendwann *Naturalist* nennt oder *Bright*. Ein Bright ist jemand, der nicht an Übernatürliches glaubt, nicht an Gott, den Teufel, nicht an Elfen oder den Weihnachtsmann."

So weit, so gut – aber welchen Begriff von „Natur" führt der selbsternannte „Naturalist" da gegen das Übernatürliche ins Feld? Schauen wir noch mal genauer hin: So beruft sich der Autor auch auf Greg Graffin (Biologie-Professor und Sänger der Punkband *Bad Religion*) als Zeugen. In positivem Bezug auf einen von diesem verfassten Essay heißt es da unter anderem: „Graffin verurteilt die Leugnung der menschlichen Natur, wie sie sowohl von der Linken, etwa von Gender-Feministinnen und anderen Postmodernisten, als auch von der Rechten, vor allem der religiösen Rechten und von Rassisten, betrieben wird."

Das ist, kurz gesagt, Nonsens – und eben deshalb aufschlussreich. So leugnen Gender-Feministinnen nicht, dass der Mensch auch ein biologisches Wesen ist, sie bestreiten bloß, dass soziales Verhalten von der Biologie determiniert ist. Nur weil Mann z.B. einen Penis hat, muss er nicht unbedingt jeden verprügeln, der einen komisch anschaut – wenn er sich so verhält, dann eher um einem bestimmten gesellschaftlichen Ideal von „Männlichkeit" zu entsprechen (z.B. aus Angst, man würde sonst für schwul gehalten). Im Gegenzug berufen sich Rassisten ständig auf die „menschliche Natur" und führen dabei exakt den Kurzschluss von Biologie und sozialem Verhalten vor, den Gender-Feministinnen kritisieren: So meinen Rassisten, dunkelhäutige Menschen wären sexuell besonders triebhaft und könnten gut trommeln, während z.B. Juden von ihrer rassischen Veranlagung dazu getrieben würden, besonders gierig zu sein und ständig Weltverschwörungen anzuzetteln.

Die ursprüngliche Argumentation Greg Graffins mag komplexer gewesen sein, als unser Religionskritiker sie wiedergibt (5). Dass Graffin auch der Meinung ist, die Strophe-Refrain-Form in der Musik hätte sich deshalb durchgesetzt, weil sie „eine bestimmte Funktion in unserer biologischen Natur" erfülle (6), zeigt jedenfalls, dass auch er offenbar Probleme hat, biologische Evolution und Kulturgeschichte auseinander zu halten. Die Neigung zu soziobiologischen Kurzschlüssen scheint er also mit den Rassisten zu teilen – seine Rassismuskritik dürfte auf den Vorwurf hinauslaufen, Rassisten würden nicht genug von Biologie verstehen.

Es fragt sich, wie weit man mit einem solchen Ansatz bei der Religionskritik kommt: Was sagt es bspw. aus, wenn man bei meditierenden buddhistischen Mönchen Veränderung in den Hirnströmen feststellt? Am Ende landet mensch noch bei der Idee eines „religiösen Gens", welches der Schöpfer selbst uns vorsorglich eingepflanzt hat (wie clevere Theologen argumentieren könnten) bzw. uns dazu bringt, allen möglichen Unfug zu glauben (wie Rationalisten sagen würden). Im einen wie im anderen Fall stünde die Religionskritik blöd da – sie wäre dann ein ähnlich sinnloses Unterfangen wie z.B. eine Kritik des Verdauungssystems.

Mit einem biologistischen Begriff von „menschlicher Natur", wie unser Religonskritiker ihn hier gegen die Religion ins Felde führt, stecken wir schon tief im Sumpf der gesellschaftlichen Mythologie. Es geht hier nicht bloß um eine „selbstverschuldete", sondern um eine „fremdverschuldete Unmündigkeit", die gesellschaftlich produziert wird. Auch wissenschaftliche Theoriebildung findet schließlich nicht im luftleeren Raum statt – wie bei der Religion lassen sich hier „interessierte Irrtümer" und unhinterfragte Voraussetzungen finden.

Metaphysik der Macht

Die moderne kapitalistische Gesellschaft ist ein komplexes Gefüge von Trennungen, von Ein- und Ausschlüssen. Nationalstaaten trennen zwischen Staatsbürger_innen und „Ausländern". Die Staatbürger_innen werden ihrerseits nach biologischem Geschlecht, Hautfarbe, sexuellen Vorlieben usw. sortiert. Konkur-

renz auf dem Arbeitsmarkt schließt die Verlierer von bestimmten Erwerbsmöglichkeiten aus. Das Bildungssystem selektiert Menschen je nachdem, ob sie es innerhalb einer bestimmten Zeit schaffen, sich eine vorgegebene Menge an Wissen anzueignen oder eben nicht. Das Eigentumsrecht trennt die Erwerbstätigen von den Produktionsmitteln, die warenproduzierende Wirtschaft trennt Menschen von den Gütern, die sie vielleicht brauchen, aber nicht bezahlen können. Staatliche und nichtsstaatliche Herrschaft trennt zwischen denen, die Entscheidungen treffen, und denen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind.

Kein besonders vernünftiges System, sollte man meinen – jedenfalls kein besonders angenehmes. Dieses System von Trennungen ist nicht nur von Menschen produziert und bedarf fortwährenden menschlichen Handelns, um sich zu reproduzieren. Es erzeugt auch fortwährend Konflikte, die für die Gesellschaftsordnung potentiell bedrohlich sind und deshalb kontrolliert werden müssen. Diese Kontrolle findet dabei nur in Ausnahmefällen durch gewaltsame Unterdrückung statt (auch wenn Herrschaft darauf nicht verzichten kann), sondern eben mit Hilfe der gesellschaftlichen Mythologie. So sehr es bei genauerer Betrachtung unübersehbar ist, dass die gesellschaftlichen Trennungslinien auf menschlichem Handeln und sozialer Interaktion beruhen, so heikel ist diese Erkenntnis für diejenigen, die meinen, ein Interesse am Fortbestand dieser Trennungen zu haben. Hier kommen die oben beschriebenen „interessierten Irrtümer" wieder in´s Spiel – wer Angst vor Veränderung hat, hat eben ein Interesse an einer Weltsicht, in der die Hierarchien, Ein- und Ausschlüsse ihre Grundlage in einer ewigen „Natur" oder „göttlichen Vorsehung" haben.

So mögen militante Nationalisten vielleicht gerade mit handfester Gewalt daran arbeiten, ein homogenes „Volk" zu schaffen, indem sie diejenigen vertreiben oder umbringen, die ihrer Meinung nach nicht dazugehören (wie es z.B. in den 1990er Jahren im ehemaligen Jugoslawien zu beobachten war) – aber sie werden dabei der festen Überzeugung sein, nur das wiederherzustellen, was „schon immer" so war. Ein anderes Beispiel: Die Rolle des Mannes als „Familienernährer" mag ein Produkt des frühen bis mittleren 19. Jahrhunderts sein – dennoch werden sich genug an Geschlechterfragen uninteressierte Historiker finden, die diese gesellschaftliche Arbeitsteilung schon in der frühen Steinzeit wiederzufinden meinen, und genug Soziobiologen, die diese mit der biologischen Ausstattung des „Mannes" bzw. der „Frau" erklären.

Die „interessierten Irrtümer" müssen dabei nicht unbedingt offen ausgesprochen werden. Komplementär dazu gibt es auch eine „interessierte Wahrheitsproduktion". Ein Wirtschaftswissenschaftler mag vielleicht insgeheim dem liberalen Glauben an die „unsichtbare Hand des Marktes" anhängen – er kann dennoch durchaus wahre Aussagen über das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft produzieren. Der grundlegende „Irrtum" muss in der Theorie nicht formuliert werden, er wird aber dennoch insgeheim den Lauf der Theorieproduktion beeinflussen. Dabei funktioniert der wissenschaftliche Anspruch auf Objektivität und „Interesselosigkeit" oft genug als subtile Verschleierungstaktik: Wer von sich behauptet, kein Interesse zu haben, will in der Regel, dass alles so bleibt wie es ist.

Da das wissenschaftliche Denken die beobachtbaren Fakten freilich nicht gänzlich ignorieren kann, gerät es dabei auch immer wieder in potentiell produktive Widersprüche: Es stellt sich heraus, dass die Realität sich anders verhält, als sie es der Theorie nach tun sollte – also muss nach einer Theorie gesucht werden, die die neu ins Blickfeld geratenen Fakten besser erklärt.

Dies wäre eine produktive Reaktion auf zum Vorschein kommende Widersprüche. Es gibt freilich auch eine unproduktive Art der Reaktion: die Produktion eines neuen „interessierten Irrtums" eben.

Und hier kommt wieder die Esoterik in´s Spiel. So ist der Glaube an Verschwörungstheorien völlig folgerichtig, wenn mensch z.B. daran festhält, Eigentum und kapitalistische Konkurrenz als naturgegeben anzusehen, aber gleichzeitig den Fakt, dass

dieses Wirtschaftssystem ständig unerfreuliche Folgen nach sich zieht, nicht ignorieren kann. Der Widerspruch zwischen zwei in einer bestimmten Weltsicht nicht vereinbaren Aussagen wird nicht gelöst, indem mensch seine bisherigen Erklärungsmodelle hinterfragt und verbessert – wenn mensch sowohl an Aussage a („Kapitalismus ist gut und normal") als auch an Aussage b („Irgendwas läuft hier falsch") festhält, bleibt als Ausweg nur der Sprung in´s Irrationale: Nicht der Kapitalismus ist das Problem, sondern eine im Verborgenen wirkende Macht, eine Verschwörung finsterer Hintermänner.

Aber Verschwörungstheorien sind nur ein Beispiel esoterischen Denkens – und nicht einmal dessen populärste Spielart. Im nächsten Heft soll anhand einiger konkreter Beispiele der Zusammenhang zwischen Esoterik und Gesellschaft, ökonomischem „Unterbau", gesellschaftlicher Mythologie und esoterischem Denken näher untersucht werden.

justus

(1) siehe dazu u.a. Colin Goldner, „Dalai Lama - Fall eines Gottkönigs" Alibri Verlag 1999
(2) „para-", lat. für „halb". Die Grenzlinie zwischen solchen parareligiösen Phänomenen und „echten" Religionen ist relativ willkürlich, entscheidend sind dabei Kriterien wie gesellschaftliches Ansehen und Alter einer religiösen Weltanschauung, innere Systematik der jeweiligen „Theologie" und die organisatorische Festigkeit einer Gruppe.
(3) vgl. dazu z.B. Theo Votsos, „Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci", Argument Verlag 2001, S. 122-130
(4) *Trust Magazin* # 125, August/September 2007. Weitere Infos findet ihr unter www.brights-deutschland.de
(5) Graffins Essay „A Punk Manifesto" könnt ihr unter http://punkhistory0.tripod/punk/id2.html nachlesen
(6) *Testcard* # 12, 2003, S. 107

Vom Ende der Arbeit

Ein kurzes Plädoyer gegen die Leistungsmoral

Im Superwahljahr 2009 werden wir es wieder bis zum Erbrechen ertragen müssen, das Loblied auf die Heilige Arbeit. Parteiideologen aller Fraktionen vereinigen sich zu einer plärrenden Kakophonie mit einer einzigen Botschaft: Arbeite, Mensch! Es ist kaum zu glauben, wie einig sich doch die angeblich so zerstrittenen Parteien des deutschen Parlamentarismus von *NPD* über *CDU* bis *SPD* und *LINKE* in diesem Punkt sind. Wie besessen starren sie auf das nationale, volkswirtschaftliche Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) bzw. die Steuererträge und säuseln fortwährend: Mehr, mehr, mehr! Ganz so, als wäre der größte Segen der modernen technischen Revolutionen die knechtische Abhängigkeit und nicht die freiwillige Unabhängigkeit von der Arbeit. Dem armen Proleten ist eine zweite Natter an den Lohnbeutel gesprungen. Neben den Chefs und Verwaltern der Kapitalerträge schwingt nun auch der Staat seine Peitsche über den arbeitenden Massen und treibt sie beständig zu noch mehr Leistung an. Dabei haben Milliarden von Händen und Geistern in weniger als zwei Jahrhunderten mehr Wunderwerke und unvorstellbaren Luxus geschaffen, als jemals zuvor, hat die rationale Arbeitsteilung und technische Innovation das Quantum der nötigen Arbeit fortwährend minimiert. Doch anstatt dererlei Errungenschaften unserer Eltern und Älteren sinnvoll einzusetzen und zweckmäßig zu nutzen, nachhaltig mit unseren natürlichen Voraussetzungen und Ressourcen umzugehen, proklamieren die politischen Parteien eine verschwenderische Verbrauchskultur, um möglichst viele Menschen, oh Segen, möglichst lange in lohnabhängiger Arbeit zu halten. Aber würde nicht JedeR gerne weniger arbeiten, wenn die Arbeitszeit nicht gleichzeitig die Höhe des Lohnes bemessen würde? Doch anstatt bspw. für den 4-Stunden-Tag und vernünftige Löhne zu kämpfen, können sich die Herren und Damen in der EU nicht einmal auf eine maximale Arbeitszeit von 65 Stunden pro Woche einigen. Ein Grund mehr, keiner/m dieser FanatikerInnen der Arbeit eine Stimme zu geben. Offensichtlich ist denen die Arbeit derart zum Selbstzweck geraten, dass sie wie der dümmste Bauer ernsthaft glauben, dass man die Saatkartoffeln selbst und nicht deren Früchte ernten könnte. Und der Zweck dieser Art von ständiger „Mehrarbeit" steht tatsächlich in Frage, wenn er nur zur Entschuldung der staatlichen Bugdets und zur Rückversicherung riskanter Finanzspekulationen nutzt. Noch dazu wenn die Formen der kapitalistischen Lohnarbeit die Menschen zueinander isolieren, demütigen, erniedrigen und ihre natürlichen Kräfte ohne Regenerationszeit verheizen. Ganz zu schweigen von dem zügellosen Raubbau an den Ressourcen unseres Planeten. Was wir dagegen brauchen sind qualitative Veränderung in den Arbeits- und den daran gekoppelten Lebensverhältnissen anstelle von rein quantitativem Wachstum, dessen Verteilung obendrein nachwievor unfair und ungerecht verläuft. Unter solchen Bedingungen den Arbeitswahn noch anzuheizen, ist nicht nur dumm sondern auch grob fahrlässig gegenüber unseren Kindern und KindesKindern. Ja wozu arbeiten wir überhaupt, wenn die Werte, die wir erschaffen, nicht mal mehr unsere Kinder erreichen? Der Zweck der Arbeit, also das Ziel, welches wir mittels der Arbeit anvisieren, scheint uns in der kapitalistischen Arbeitswelt völlig entraten zu sein. Stattdessen arbeiten wir, um Geld zu verdienen: Hauptsächlich für die ohnehin Ultrareichen und die stets klammen Staatskassen. Pfennigfuchsend klauben wir dann noch unseren miesen Restlohn zusammen und hoffen darauf, uns mit dem bißchen Geld ohne Verschuldung all das erkaufen zu können, was uns ja eigentlich die menschliche Arbeit vermitteln sollte: Essen, Luxus, Mobilität, Freiheit – Glück. Oder anders ausgedrückt: Das Ende der Arbeit. Denn in welchen Bereich der Gesellschaft und auf welche Art der Arbeit wir auch schauen, überall ist als lohnender Sinn der Arbeit doch ihr Zu-Ende-gehen mitgesetzt, verbunden mit einem Wohlgefühl von Zufriedenheit und Los-Gelassenheit, von Genuß und Müßiggang – am Abend nach der Schicht, am Sonntag nach der Gartenarbeit, nach erfolgreichem Abschluß eines Projektes, bei der Ausstellung einer vollendeten kreativen Schöpfung. Es steckt eben ein tieferer Sinn hinter der Arbeit, als uns die kapitalistischen Verhältnisse glauben machen. Der Mensch arbeitet sich an seiner Umwelt ab, nicht um der Arbeit selbst wegen, auch nicht wegen des Geldes, son-

> *„Es liegt daran, dass viele Politiker Europa lieber als Sündenbock missbrauchen, anstatt sich dem Grundproblem zu stellen: Die Arbeit verschwindet. Das will kein Politiker seinen Wählern erzählen." - **Jeremy Rifkin*** (1)

> *„Das ist die Hoffnung, an die wir uns seit Jahrzehnten geklammert haben. Die kapitalistische Logik sagt, dass technologischer Fortschritt und gesteigerte Produktivität alte Jobs vernichtet, dafür aber mindestens genauso viele schaffen. Aber die Zeiten sind vorbei." **Jeremy Rifkin*** (2)

dern um seine vielfältig gesteckten Ziele zu erreichen und seine Welt so einzurichten, dass sie ihm oder ihr bequem, gefällig und heimisch wird. Arbeit und Geld sind hierfür nichts als die Mittel. Und dieser Sinn der Arbeit lässt sich derzeit utopisch kaum besser fassen, als wenn wir von ihrem Ende redeten. Jacques Derrida hat in einem Vortrag 1998 in Amerika ein ähnliches Thema aufgegriffen (3), als er über die Veränderung an den Universitäten sprach. Nach ihm sollten wir für einen neuen Blick auf die Arbeit so tun, als ob das Ende der Arbeit schon am Ursprung der Welt stünde. So verrückt, wie die Postmodernisten oftmals sind, etwas Spannendes verbirgt sich in diesem virtuellen Blick zurück. Denn aus dieser Perspektive erblicken wir plötzlich, dass in den mythischen Ursprungserzählungen über unsere Welt, ein utopischer Gehalt bereits enthalten ist, der von Ausgang und Ende der Arbeit kündet. Wie bspw. die christlich müßiggängerische Metapher vom Garten Eden, dernach am Ursprung der Welt die Arbeit und ihr Ende gleichzeitig und mühelos verlaufen. Erst nach Paulus' kosmologischer Entrückung von Paradies und Welt, der Trennung von Diesseits und Jenseits, erscheint das irdische Leben als ein Verdammtsein zur Arbeit und unausweichlicher Buße. Worauf uns Derrida mit dieser historischen Spur aufmerksam machen will, ist, so meine ich, ein zumindest kulturgeschichtlich überlieferter Zusammenhang zwischen dem Sinn, den wir der Arbeit beimessen und dem Zweck, für den wir sie auf uns nehmen. Genauer: Wir arbeiten beständig am Ende der Arbeit, um im Moment des Erreichens, unsere gesteckten Ziele zu erfüllen und wir setzen uns stets Aufgaben vor, um im Augenblick ihrer Lösung, die Arbeit auch beenden zu können. Derrida denkt hier sicher auch an Marxens Begriff der nicht entfremdeten Arbeit, doch will er nicht abstrakt die kapitalistische Lohnarbeit als fremdbestimmte auszeichnen, sondern sie ganz konkret um eine seines Erachtens wichtige Bestimmung ergänzen, um die gegenwärtigen Veränderungen in der Arbeitswelt besser begreifen zu können. Denn wenn wir uns mit Niedergang der großen Fabriken, mit dem maschinellen und digitalen Fortschritt beschäftigen und die moderne Cyber-Welt der Roboter, die menschenlose Fabrikation betrachten (4), müssen wir in kein Klagelied über den Verlust der Vollbeschäftigung verfallen. Im Gegenteil, mit einer geschärften Perspektive auf ein mögliches Ende der Arbeit, erkennen wir, dass es ja gerade der Sinn der technischen Innovation war, die menschliche Arbeit zu erleichtern und hier nahezu zu beenden. Der Mensch erfindet sich eben keine Werkzeuge, allein um sie durch bessere zu ersetzen, sondern vor allen Dingen, um die Mühe und notwendige Arbeitszeit abzusenken. Solcherlei philosophische Klugheit hält Derrida für uns bereit: Das Ende der Arbeit nach mehr als 200 Jahren irrwitziger Produktivität auch geschehen zu lassen. Was nicht heißt, dass es in Zukunft überhaupt keine Arbeit mehr geben wird, sondern nur, dass wir uns die Gelassenheit leisten können, dem Verschwinden der kapitalistischen Lohnarbeit unaufgeregt zu zusehen, und eher auf die Chancen zu achten, die sich daraus ergeben. Klar, wir werden immer für bessere Lebensbedingungen arbeiten und kämpfen müssen. Eine Welt ohne Arbeit wäre ja eine, die andere für uns hergestellt haben und die wir nur bedenkenlos verbrauchen. Und eine solche Haltung zur „Arbeitslosigkeit" ist geradezu kindisch, wie der Glaube der Kapitalisten, dass „nur" das Geld für ihren Luxus arbeiten würde. Optimistisch betrachet, können wir uns aber in dieser unserer Welt viel weniger Arbeit leisten, als uns so manche Ideologen glauben machen wollen. Stattdessen sollten wir uns mehr Zeit nehmen, Gedanken und Ideen darüber zu erspinnen, wie sich Güter und Waren auch ohne Lohn-

abhängigkeit besser verteilen lassen und wie wir den Herren und Damen Funktionären des kapitalistischen Wirtschaftssystems endlich verklickern können, dass unser neues Arbeitsethos nicht das ewige Leistungsdiktat sondern das heilsame Ende der Arbeit verspricht.

(clov)

(1) Aus dem Interview *„Langfristig wird die Arbeit verschwinden"* der Stuttgarter Zeitung vom 29. 04. 2005, u.a. nachlesbar hier: http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564?_skip=0
(2) Ebenda
(3) Jacques Derrida, *„Die unbedingte Universität"*, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2001
(4) Mehr dazu hier: Jeremy Rifkin, *„Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft"*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M., 2005

Sachbearbeitermoral

Ein Betroffenenbericht

Wenn mensch am frühen Morgen Post von Arbeitsamt im Briefkasten findet, diese öffnet und folgende Zeilen liest: „Sehr geehrter Herr Soundso, bitte kommen Sie am 21.04.2009 um 9:30 in die Arbeitsgemeinschaft Leipzig, blablabla...", dann ist der gerade noch freudig begonnene Tag sachgerecht ruinieren. Der strahlendblaue Morgenhimmel verfärbt sich grau, der Kaffee schmeckt plötzlich nach Dieselöl, der Frühstückstoast nimmt eine gummiartige Konsistenz an. (Übrigens: Warum beginnen diese Anschreiben immer mit „Sehr geehrter" und „bitte", wenn die Drohung durch die auf der Rückseite desselben Blattes abgedruckte „Rechtsfolgenbelehrung" doch kaum zu übersehen ist? Ich schätze, es hat was mit gesellschaftlichen Konventionen zu tun...)

Aber es hilft alles nichts: Zum angegebenen Zeitpunkt finde ich mich am vereinbarten Ort ein, und verlasse diesen etwa zwanzig Minuten später zähneknirschend und mit finsterem Blick. Würde mir in diesem Moment ein Bekannter über den Weg laufen, er würde erschreckt zurückweichen und ausrufen: „Meine Güte! Was haben sie mit dir gemacht?" Natürlich ist es nicht zu leugnen: Mein Interesse daran, mich für miese Bezahlung zum Laubharken in öffentlichen Grünanlagen zu bewerben, tendiert großzügig gegen Null. Allgemeinwohl hin oder her - Grünanlagenpflege stinkt einfach! Aber wie soll ich das dem Sachbearbeiter begreiflich machen? „Ach nee, lieber nicht..." ist in jedem Fall die falsche Antwort.

Dann holt der Sachbearbeiter nämlich tief Luft und setzt eine vorwurfsvolle Miene auf. Ich weiss schon, was jetzt kommt: Sachbearbeitermoral. Nicht dass er damit viel erreichen würde - moralische Vorwürfe wirken nun mal nicht sehr überzeugend, wenn der Sachbearbeiter im selben Atemzug damit droht, mir das Existenzminimum wegzukürzen. Und überhaupt, liest der Mensch denn keine Zeitung? 15 Prozent Arbeitslosenquote in Leipzig, Finanzkrise, und überhaupt der ganze Scheiss mit Kapitalismus und so - da kann man doch schon mal keine Arbeit haben! Je eher man sich dran gewöhnt, um so besser!

Aber nein: „Herr Soundso, Sie leben hier von Steuergeldern – und das, Herr Soundso, kann einfach nicht sein." Sagt der Sachbearbeiter. Als ob das ein Argument wäre! Die Bundeswehr finanziert sich auch durch Steuergelder und kauft sich davon Panzer, die dann in Afghanistan oder so von irren Islamisten zu Klump geschossen werden bzw. selbst dazu dienen, dort Sachen kaputt zu machen. Ich dagegen, ich tue wenigstens keinem was zuleide.

Obwohl ich gestehen muss, dass auch in mir mitunter Gewaltfantasien brodeln und rumoren, wenn ich die Höhle des Sachbearbeiters verlasse. Wäre ich selbst ein Moralist wie mein Sachbearbeiter oder wie Heinrich Böll (dem ja Gewaltfantasien auch nicht fremd waren, siehe „Die verlorene Ehre der Katharina Blum"), dann würde ich beim Hinausgehen in meinen Bart brummeln: „Mein Sachbearbeiter ist ein böser Mensch. Nicht nur, dass er mir das Existenzminimum kürzt – nein, er heuchelt dabei auch noch! Möge er mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden!" Nun ja, man kennt ja solche Gewaltfantasien... Und man weiss: Wenn Moralisten durchdrehen, dann stürzen sie sich am Ende mit Flugzeugen in irgendwelche Hochhäuser oder machen sonst was für verrückte Sachen.

Nachdem ich also drohend in meinen Fanatikerbart gebrummelt habe, würde ich nach Hause gehen, mir über Ebay eine Schusswaffe besorgen und dann daran gehen, meinen Rachegelüsten freien Lauf zu lassen – als ehemaliger Grünanlagenpfleger weiss ich schließlich, wie es ausschaut, wenn etwas mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden muss.

Aber zum Glück für meinen Sachbearbeiter bin ich kein Moralist. Ich bin im Grunde meines Herzens ein netter Mensch, der unschöne Blutbäder verabscheut und versteht, dass es nicht Bosheit ist, die den Sachbearbeiter zu seinem Verhalten treibt, sondern schlichte Blödheit. „Schön und gut", werden einige von euch jetzt fragen, „aber was lernen wir nun daraus?" Zwei Dinge, die euch in eurem späteren Leben noch sehr nützlich sein werden, liebe Kinder! Zum einen, dass Sachbearbeiter im richtigen Moment lieber mal die Klappe halten sollten – dass Risiko, dass ihnen irgendwann jemand gegenübersitzt, der ihre Moralpredigten ernst nimmt, ist einfach zu groß. Zum anderen, dass Gewaltfantasien zwar lustig sind, dass aber die Idee, alle blöden Menschen mit Blut und Feuer vom Angesicht der Erde zu fegen, nicht wirklich praktikabel ist – schon allein darum, weil so ein Verhalten beweisen würde, dass man selbst nur ein dummer Moralist ist.

justus

junge linke gegen Kapital und Nation

We don't want a piece of cake - we want the whole fucking bakery!
Einführung in die Kapitalismuskritik.
2. Juni 2009, 20 Uhr im LC36 in Köln.
3.-5. Juli 2009 bei Hannover/Hildesheim.

Von Menschen und Tieren
Auseinandersetzung mit dem linken politischen Veganismus.
12.-14. Juni 2009 bei Berlin.

Wenn Du denkst Du denkst, dann denkst Du nur du denkst...
Zur Kritik der Hirnforschung.
19.-21. Juni 2009 bei Berlin.

Statt "60 Jahre BRD" feiern: Ferien von Deutschland machen
Antinationales Sommercamp hoch 2.
26. Juli - 2. August 2009 in Niedersachsen.

Die Gewalt der Ordnung
Zur Kritik an den Rechtfertigungen der bürgerlichen Gesellschaft für ihr Strafwesen und ihre Knäste.
29. August 2009 in Hannover.

mehr unter: www.junge-linke.de

Fortsetzung von Seite 1

Aus die Maus. Schicht im Schacht. Ende im Gelände.

Klingt lustig, isses aber nicht.

Jedenfalls nicht für ehemalige Besetzer_innen des *Topf Squat*

(...) Ab 9 Uhr 30 geht dann alles ganz schnell. Abrissbagger und Räumfahrzeuge rücken an und reissen die Gebäude nieder. Übrig bleibt am Ende des Tages nur ein kläglicher Haufen Backsteine und Schutt, durchsetzt mit wortwörtlichen Bruchstücken 8jähriger Besetzung und vielfältiger politischer und kultureller Arbeit.

Zur Erinnerung: Am 12. April 2001 besetzten einige junge Erfurter_innen das brachliegende Fabrikgelände der ehem. Firma *Topf & Söhne*, die im Nationalsozialismus u.a. Öfen für die Krematorien und Be- und Entlüftungsanlagen der Gaskammern in Auschwitz herstellte. Neben vielen Konzerten und anderen Veranstaltungen kultureller wie politischer Art wandten sich die Besetzer_innen immer mehr dieser besonderen Geschichte des Ortes zu und begannen sie durch Vorträge, Rundgänge u.ä. zu thematisieren und in Erinnerung zu halten. Im letzten Jahr jedoch veräusserte die Stadt das gesamte Gelände an die *Domicil Hausbau GmbH & Co. KG,* welche die Besetzer_innen auf die Strasse „bat" (siehe FA! #31). Es folgten verstrichene Räumfristen, viele Demonstrationen und Aktionen in Erfurt und deutschlandweit, immer wieder Verhandlungen mit der Stadt und sogar *Bernd das Brot* wurde in diesen Konflikt mit hineingezogen (FA! #32). Ein Argument von Seiten der illegalen Nutzer_innen war immer wieder, dass bei einer Neubebauung die nationalsozialistische Vergangenheit des Geländes in Vergessenheit geraten würde, was mit einem Kompromiss zwischen Stadt und dem neuen Eigentümer zur Errichtung einer offiziellen Erinnerungs- und Gedenkstätte geklärt wurde.

Den Bewohner_innen allerdings drohte weiterhin, auf die Strasse gesetzt zu werden. Verhandlungen um ein Ersatzobjekt scheiterten nicht nur an der infrastrukturellen Unzulänglichkeit des Angebotes, sondern leider auch an der konsequenten Weigerung der Besetzerfraktion, einen eingetragenen Verein zu gründen.

Und so kam es, wie es kommen musste: Am 3. April wurde vom Landgericht Erfurt das Urteil zur Räumung des besetzten Hauses gesprochen und schon zum ersten des Monats wurden Strom und Wasser abgestellt. Von da war es nur noch eine Frage der Zeit bis zum Tag X. „Räumung zum Desaster machen!" war das ausgegebene Motto (neben der „Platz nehmen!"-Kampagne des friedlichen Teils) einer sich militant gebenden Widerstandsbewegung und teilweise wohl auch Grund für das von vielen als übertrieben martialisch angesehene Auftreten der Polizei. Und so wurde zumindest hinterher auch teilweise gehalten, was im Vorhinein versprochen wurde. Neben und nach der angekündigten Demo mit bis zu 800 Leuten am Abend der Räumung, die unter verschärften Vorkontrollen und Repressalien der Polizei zu leiden hatte, kam es zu unzähligen Vandalismen, die Tage andauerten. Müllcontainer und Autos gingen in Flammen auf, die örtliche Arbeitsagentur wurde entglast und neben etlichen weiteren Sachbeschädigungen soll sogar ein Molotow-Cocktail über den Zaun der Polizeidirektion geflogen sein und ein Auto in Brand gesteckt haben. Zu ähnlichen „Soliaktionen" kam es in gut einem Dutzend deutscher Städte (und Vaxlö/Schweden) noch am Räumungstag und es folgten noch so einige an den Tagen danach.

So auch am darauffolgenden Tag in Leipzig, wo die schon Wochen vorher auf Indymedia angekündigte Solidaritätsdemonstration („Tag X+1") um 19 Uhr in der Stockartstrasse starten sollte. Zum einen nicht gerade clever, eine unangemeldete Demo im Internet zu bewerben. Sich dann aber auch noch in der schmalen Stockartstrasse zu versammeln, wohl aus reiner Kieztradition heraus, wirkt wie Demosatire. Denn alles hat ein Ende – nur die Stö hat zwei. Und genau dort platzierten sich die Einsatzkräfte, machten dicht und zeigten den Chaoten, wer Helm auf hat.

Bilanz des Abends: 161 Platzverweise und 136 aufgenommene Personalien – bei etwa 250 Protestler_innen ein ganz guter Schnitt, alle Achtung! Es fragt sich sowieso, was Sachbeschädigungen für eine Art Solidarität darstellen sollen. Brauchen die jetzt obdachlosen Erfurter_innen nicht eher warme Decken und noch wärmendere Worte?! Am ehesten brauchen sie doch wohl ein neues Domizil. Und zwar nicht nur eines zum billig Wohnen, sondern vorrangig für die vielen Projekte und Veranstaltungen, die ohne das „B-Haus" nicht zu machen sind und die der linken/alternativen/antifaschistischen Szene in Erfurt bitter fehlen werden. Man kann jedoch davon ausgehen, dass die thüringische Landeshauptstadt nicht eher zur Ruhe kommt, bevor sie wieder ein „autonomes Zentrum" ihr eigen nennt. Denn wie heisst es so schön:

Nach der Besetzung ist vor der Besetzung!

guy kurow

Antirassistische Selbstdarstellung

Die *Vereinten Nationen* zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die vom Menschenrechtsrat der *UNO* einberufene zweite Antirassismuskonferenz in Genf Mitte April erregte weltweit viele Gemüter. Nicht nur, weil bestimmte Länder, wie Deutschland, Kanada und die USA, aus Protest wegen der dort erwarteten antisemitischen Grundhaltung nicht teilnahmen, sondern auch, weil es tatsächlich zum befürchteten „Eklat" kam. Anlass hierfür lieferte der iranische Staatsführer Ahmadinedschad, der in seiner Einführungsrede den Gaza-Krieg einseitig bilanzierte und Israel dabei als „grausamstes und rassistischstes Regime" bezeichnete (1). Die darauf folgenden Proteste mehrerer (hauptsächlich) europäischer Ländervertreter_innen, die den Saal verließen, setzte zwar medial wirksame Zeichen, war allerdings nur von kurzer Dauer, da die Delegierten bereits am nächsten Tag wieder brav auf ihren Stühlen saßen, um noch schnell die gemeinsame Abschlusserklärung zu verabschieden. Diese frühzeitige Verabschiedung der *UN*-Deklaration, die aus Angst vor weiteren Auseinandersetzungen bereits am zweiten Tag gemeinsam beschlossen und befeiert wurde, bezeichnet den Charakter der *UN*-Konferenz wohl am meisten. Da stellt sich doch die Frage, wie eine globale Zusammenkunft, die offensichtlich von inhaltlichen Kontroversen und unterschiedlichen Interessenslagen geprägt ist, ihren vermeintlichen antirassistischen Konsens feiern kann? Wie muss eine *UN*-Deklaration zum Thema Rassismus verfasst sein, um alle an einen Tisch zu bekommen? Kann es als Erfolg bezeichnet werden, wenn ca. 140 Staaten eine Deklaration beschließen, nach deren Worten keine Taten folgen? Und wie sinnvoll sind dann solcherlei Konferenzen überhaupt?

Historisch betrachtet

Die *Vereinten Nationen* (*UN*) gründeten sich 1945, um verheerende globale Ereignisse wie Kriege und Wirtschaftskrisen künftig verhindern und vorbeugen zu können. Insbesondere die massenhafte Vernichtung von Menschen, sprich der Holocaust' während des 2. Weltkrieges, war die Hauptmotivation einen internationalen Verbund zu schaffen, der gemeinsame Ziele verfolgt. Als eigene Grundsätze benannten die *Vereinten Nationen* daher die Wahrung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens durch wirksame Kollektivmaßnahmen, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und internationaler Zusammenarbeit zwischen den Nationen und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, ohne Unterschiede zwischen Herkunft, Geschlecht, Sprache oder Religionszugehörigkeit zu machen. Für die Umsetzung dieser hehren Ansprüche wurde im Rahmen der *UN* ein beständig wachsendes Netz verschiedener Institutionen geschaffen, die wieder um weitere Räte und Kommissionen gründeten, welche bisher zahlreiche, thematisch vielfältige Konferenzen einberiefen, in denen schon verschiedenste Deklarationen verabschiedet wurden. Doch Papier ist bekanntlich geduldig und die Nichtbeachtung von gemeinsam beschlossenen Deklarationen hat bei bestimmten Themen für die Staaten kaum negative Folgen. So wie bspw. bei der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte", die zwar von der *UN* verabschiedet wurde, dennoch immer wieder von Staaten, die auch Mitglied der *UNO* sind, verletzt wird (2). 189 Mitgliedstaaten schmücken sich derzeit damit, in den *Vereinten Nationen* für Frieden und Menschenrechte aktiv zu sein – tatsächlich aber überwiegen andere Interessen bei ihren Treffen. So verhielt es sich auch mit der Menschenrechtskommission (*MRK*), die von 1946-2006 existierte und die Aufgabe hatte, Menschenrechtsverletzungen anzuzeigen. Langjährige Kritik an der gegenseitigen Deckung von Menschenrechtsverletzungen seitens der in diesem Gremium aktiven Staaten führte allerdings dazu, dass die *MRK* 2006 durch den Menschenrechtsrat (*MRR*) ersetzt wurde. Im neu gegründeten MRR wurden die Spielregeln modifiziert, so dass Staatenkungeleien und einseitige Interessenpolitik nun einer stärkeren Kontrolle obliegen sollen (siehe Kasten). Zur ersten *UN*-Anti-Rassismuskonferenz 2001 lud jedoch noch die *MRK* ins Südafrikanische Durban ein. Wie auch die kürzlich stattgefundene Folgekonferenz in Genf (die vom *MRR* einberufen wurde), hinterließ diese erste Zusammenkunft bereits einen enttäuschend faden Nachgeschmack:

Zweifelhafter Konferenzcharakter

Die erste *UN*-Anti-Rassismus-Konferenz 2001 weckte im Vorfeld große Erwartungen und wirkte angesichts der weltweit bestehenden Probleme mit vielfältigen Formen von Rassismus auf viele Minderheiten, Frauen, Unterdrückte und Unberührbare vielversprechend. Denn sie erwarteten eine Rückbesinnung auf die „Grundsätze der Menschenrechte", dass jedeR unabhängig von Herkunft oder Geschlecht gleich zu behandeln ist, sowie eine Verurteilung der Staaten, die Rassismus und Diskriminierung befördern. Die Realität belehrte sie jedoch eines besseren, denn schon dort verständigten sich die Staatsführer auf eine selektive Wahrnehmung dessen, was unter Rassismus zu verstehen sei (3). An der Thematisierung von staatsinternem, institutionellem Rassismus gegen unliebsame Minderheiten hatte – welch Wunder – kein Staat Interesse. Schließlich geht es bei solchen Konferenzen ja hauptsächlich um die gute Darstellung nach außen bzw. die Wahrung des eigenen Images, welches zudem Auswir-

kungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern haben kann. Und welchen Nutzen soll es haben, sich für (meist wirtschaftlich arme) Minderheiten anderer Länder einzusetzen und dafür außenpolitische Konflikte zu riskieren? Die Interessenlage der Staatsvertreter_innen bei ihren internationalen Allianzpartnern ist dementsprechend klar – lediglich bei „politischen Feinden" erscheint eine öffentliche Anklage ihrer Kriegsführung unter bestimmten außenpolitischen und geostrategischen Umständen lohnenswert. Diese Einstellung wurde in der *UN*-Menschenrechtskommission und auf der ersten *UN*-Anti-Rassismus-Konferenz in Durban besonders deutlich. Während bestimmte Rassismen nicht thematisiert, oder unter dem Verweis auf die „nationale Selbstbestimmung" von den betroffenen Staaten abgewiegelt wurden, gab es eine Staatenmehrheit in der Kommission, die vor allem Interesse daran hatte Israel zu diffamieren. Sowohl auf der *UN*-Konferenz und in deren Abschlussdokument, als auch auf der parallel dazu stattfindenenden NGO-Konferenz, wurde das Verhalten Israels gegenüber den Palästinensen so feindselig verurteilt und pauschalisiert, dass die israelische und US-amerikanischen Delegationen überstürzt abreisten.

Aufgrund dieser Ereignisse und einer allgemeinen Unzufriedenheit mit den politischen Veräußerungen der MRK, wurde diese reformiert. Man wollte kein zweites Durban, so dass auch in den vorherigen Zusammenkünften zur zweiten *UN*-Anti-Rassismus-Konferenz heftig um die Formulierungen in der Abschlusserklärung gerungen wurde, um eine scheinbare globale Harmonie wieder herzustellen und gemeinsame Zeichen gegen den weltweiten Rassismus zu setzen. So findet man in der Abschlusserklärung von Genf bspw. keinen konkreten Israel-Bezug, um einige der „westlichen" Staaten zur Teilnahme zu motivieren. Dies wäre auch fast geglückt, wäre der neu gegründete MRR nicht schon vorher durch seine der MRK stark ähnelnde Politik in Misskredit geraten. Denn seit seinem Bestehen 2006 wurden von ihm lediglich vier Resolutionen zu bedenklichen Menschenrechtssituationen in Somalia, Kongo, Nordkorea und Burma verfasst, die die Beteiligten zur „Achtung ihrer Verpflichtungen" ermahnten. Dagegen gab es noch fünf weitere Resolutionen, die die Politik Israels in Bezug auf die Wahrung der Menschenrechte scharf kritisieren. Zudem wurde in einer anderen Deklaration des Rates die Verurteilung der Verfolgung homosexueller Menschen gestrichen und stattdessen die „Diffamierung von Religionen" als rassistisches Verhalten festgeschrieben. Dies hatte nicht nur zur Folge, dass fortan Themen wie der Karikaturenstreit größeres Gewicht auf den Sitzungen bekamen, sondern auch, dass die Thematisierung der Unterdrückung von Frauen z.B. in islamischen Ländern mit dem Argument, man wolle hier die islamische Religion kritisieren, beständig ignoriert werden konnte. Diese Handlungspraxis des Rates verweist nicht nur auf eine unveränderte „Blockhaltung" von staatlichen Interessengemeinschaften, sondern auch auf eine relative Stimmenmehrheit der Israel-feindlich eingestellten Staatsführer im Rat. Zudem erklärt das auch die Haltung derer, die dem *MRR* misstrauisch gegenüberstehen und der Konferenz von vornherein fernblieben. Wie erwartet bestätigte Ahmadinedschad mit seiner Hetzrede gegen Israel auch prompt die Befürchtung. Der fragwürdige und einseitige Konferenzcharakter, der sich bereits auf der ersten *UN*-Konferenz gegen Rassismus andeutete, setzte sich so auf der zweiten Konferenz fort und führte zu einer weiteren Verhärtung, die das eigentliche Anliegen – den weltweiten Rassismus zu bekämpfen – nicht nur in Frage stellen, sondern zu einer Farce verkommen lassen.

Dabei sein ist NICHT alles

Organisationen wie *Amnesty International* kritisieren trotzdem das Nichterscheinen auf der Konferenz, da man es sich so zu einfach mache. Frei nach dem Motto: Wer nicht mitredet, kann auch den Charakter solcher Konferenzen nicht mitbestimmen und dementsprechend auch nicht zu Verbesserungen beitragen. Auf den ersten Blick kein schlechtes Argument – doch welchen Sinn machen solche Konferenzen überhaupt, wenn heikle Themen aus Rücksicht auf eigene Interessen ohnehin

Menschenrechtsrat versus Menschenrechtskommission

Der Menschenrechtsrat (*MRR*) ist nun ein Nebenorgan der *UN*-Generalversammlung und kein Unterorgan vom *UN*-Wirtschafts- und Sozialrat mehr, wie die Menschenrechtskommission (*MRK*). Der *MRR* pleniert jetzt 10 statt sechs Wochen im Jahr und besteht aus 47 von der *UN*-Generalversammlung gewählten Mitgliedern (die *MRK* bestand aus 53 Mitgliedern). Wichtig für die Neukonstitution ist v.a., dass der *MRR* schneller auf Menschenrechtsverletzungen reagieren kann, weil er das Recht hat, Sondersitzungen einzuberufen und nun auch das Mandat besitzt Menschenrechtsverletzungen *in* einzelnen Ländern zu thematisieren und Handlungsempfehlungen für andere *UN*-Kommissionen zu formulieren. Zudem besteht jetzt die Möglichkeit einer Abwahl von Staaten im *MRR*, wenn sie nachweislich gegen Menschenrechte verstoßen. Außerdem gibt es nun eine Rechenschaftspflicht der Staaten, die im *MRR* aktiv sein wollen bezüglich ihrer eigenen Menschenrechtssituation. Eine differenzierte Regionalzusammensetzung im *MRR* hat zudem dazu geführt, dass sich die Stimmenmacht der europäischen und lateinamerikanischen Staaten verringert hat. So stellen Afrika und Asien jeweils 13 Sitze, 6 Sitze gehen an Osteuropa, 8 an Lateinamerika und die Karibik, sowie 7 Sitze an Europa und die restlichen Staaten. Obgleich diese strukturellen Veränderungen dem Rat bessere Voraussetzungen bieten, Menschenrechtsverletzungen unabhängig zu behandeln und anzuklagen, hat sich an der Praxis bisher wenig verändert.

nicht angesprochen werden? Wäre es nicht besser Rassismuskonferenzen und dazugehörige Deklarationen abzuschaffen, da sie ohnehin nur Bühne des Populismus sind und nur zur Imagepolierung, Selbstdarstellung und Verdrehung von Tatsachen dienen? Ist es überhaupt möglich, in diesem Rahmen offen und ehrlich die weltweiten rassistischen Handlungen anzusprechen und zu verändern?

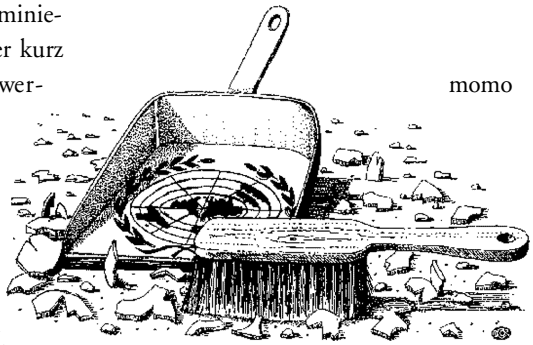
Der Blick in die Geschichte der *UNO* und im Speziellen der MRK verrät einige der Antworten bereits: Anti-Rassismus-Konferenzen machen keinen Sinn, wenn es die Staatsvertreter_innen selbst sind, die darüber diskutieren. Im globalen Interessenpoker und insbesondere auf der Ebene internationaler Beziehungen kann jede Äußerung schwerwiegende Konsequenzen mit sich ziehen, so dass die Mächtigen diese Tribüne wohl immer nur für ihre eigenen und spezifischen Interessen nutzen werden. Rassismus, der zwischen den Menschen, irgendwo auf der Welt passiert, ist für Regierungen nur von Relevanz, wenn ihre Interessen in irgendeiner Weise davon berührt werden. Ob dies dann aber einen positiven Effekt auf die zuvor diskriminierten Menschen hat, ist äußerst fraglich. Ebenso fraglich ist es, ob gemeinsame Lippenbekenntnisse der Staatsvertreter_innen, in Form von verabschiedeten Deklarationen gegen Rassismus und Diskriminierung tatsächlich Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben. Und wie zynisch muss solch Heuchelei obendrein in den Ohren derer klingen, die unter deren institutionalisierter rassistischer Diskriminierung leiden?

Demzufolge ist es auch irrelevant darüber zu debattieren, ob Deutschland an der *UN*-Rassismuskonferenz hätte teilnehmen sollen. Selbst wenn es kein Stimmenübergewicht der antisemitisch motivierten Regierungsvertreter gäbe und Israel nicht mehr das alles dominierende Thema wäre, so hätte die Konferenz dennoch einen heuchlerischen Charakter. Denn leider sind beim *UN*-Staatenbund die Staaten immer die Chefs.

Rassismus von unten bekämpfen

Rassismus hat vielerlei Gesichter und wird von Nationalstaaten zumindest indirekt durch diskriminierende Gesetze gefördert. Während die Liste der Ungleichbehandlungen in einzelnen Staaten von der Länge her sicherlich differiert, kann sich insgesamt wohl kein Staat damit rühmen, nicht in seinen Grenzen zu diskriminieren. Im deutschen Kontext sei hier kurz die Residenzpflicht für Asylbewerber_innen erwähnt, die im Grunde auch gegen das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit verstößt (4). Durch solche Regelungen werden Staaten auch oft Wegbereiter für den Rassismus zwischen den Menschen, der verletzt oder sogar tötet. Auch wenn dieses Problem global ist, muss es auf lokaler Ebene in Angriff genommen werden. Will heißen, dass es nicht die Staatschefs sein sollten, die abstrakt über Rassismus reden, um sich am Ende nur selbst zu feiern, sondern dass solche Austauschplattformen den NGOs, sozialen Vereinen und Organisationen zur Verfügung stehen sollten, um sich konkret austauschen, absprechen und Lösungsvorschläge erarbeiten zu können. Dann würden Probleme, die von Staaten inszeniert und befördert werden auch radikaler und offener thematisiert werden.

Gegen Rassismus vorzugehen und das Problembewusstsein bei den Menschen zu schärfen, ist extrem wichtig – nicht nur wegen der vielen Opfer von Übergriffen, sondern auch, um das Fundament für eine Gesellschaft zu legen, die sich jenseits rein äußerlicher Merkmale organisiert und solidarisiert. Setzt man dabei auf den Staat, wird dieses Fundament allerdings auf Sand gebaut.



momo

(1) Achmadinedschad sprach u.a. auch vom Zionismus als „personifiziertem Rassismus". Link zum englischsprachigen Text der Rede, die während der Konferenz als Flugblatt verteilt wurde: www.image. guardian.co.uk/sysfiles/Guardian/documents/2009/04/21/speech.pdf

(2) Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" oder „UN-Menschenrechtscharta", wurde 1948 von der *UN*-Generalversammlung (dem höchsten beschlussfassenden Gremium) verabschiedet. Zwar müssen Staaten mit ihrem Beitritt zur *UNO* die Charta anerkennen, allerdings besitzt sie keinen völkerrechtlich verbindlichen Charakter, so dass eine Verletzung der Menschenrechte nicht automatisch negative Konsequenzen für den Staat hat oder zum Ausschluss aus der *UNO* führt.

(3) Analytisch betrachtet ist es höchst umstritten, was begrifflich unter Rassismus zu verstehen ist und wird auch unterschiedlich definiert. Grundsätzlich können Schlüsse von äußerlichen Merkmalen auf Charaktereigenschaften, Intellekt oder soziale Verhaltensweisen als rassistisch betrachtet werden (biologischer Rassismus). Während einige Vertreter_innen den Begriff sehr eng fassen und auf bestimmte Ethnien (sog."Völker") beziehen, begreifen andere Rassismus umfassender als Diskriminierung von Menschen, die sich z.B. auch im Geschlecht, der Religion oder anderen Kategorien unterscheiden (kultureller Rassismus). Von institutionalisiertem (oder funktionalem) Rassismus kann hingegen gesprochen werden, wenn bestimmten Bevölkerungsgruppen Leistungen vorenthalten werden, die anderen garantiert sind.

(4) Die Residenzpflicht sieht vor, dass Asylbewerber_innen ihren ihnen zugeordneten Landkreis nur mit Genehmigung verlassen dürfen. Wird diese Verordnung übertreten, dann hat der oder diejenige eine Straftat begangen und demzufolge keine Aussichten mehr auf eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland. Praktisch hat das verheerende Auswirkungen: Wer die bürokratische, deutsche Sprache nicht versteht, hat es schwer einen Antrag für „Ausgang" zu stellen. Familienmitglieder, die in unterschiedlichen Heimen untergebracht sind, haben keine Möglichkeit sich öfter zu sehen. Der kleinflächige Bewegungskreis um das Heim, das meist in ländlichen Gebieten liegt, macht selbst Besuche in der Stadt zur großen Hürde und schlussendlich dauern die Verfahren bis zu einem (ohnehin eher unüblichen Aufenthaltstatus) mitunter bis zu 5 Jahre. Das Gesetz der Residenzpflicht wurde 1982 in Deutschland im übrigen auch nur eingeführt, um Migrant_innen vor der Imigration abzuschrecken. Es gibt auch kein anderes Land mit solch einem diskriminierenden Gesetz.

Fortsetzung von Seite 1

Proteste, die gar nicht stattfinden sollten

NATO-Gipfel in Straßburg 2009

(...) Die gesamte Mobilisierung wurde in einen linksradikalen und gewaltbereiten Kontext gerückt und entsprechend würde die Reaktion darin bestehen, die Grenze zu schließen, Autobahnen und Bundesstraßen zu sperren, Busse nicht passieren zu lassen und den Menschen das Verlassen ihrer Häuser und ihrer Wohnorte zu verbieten. Medial wurde so das Szenario eines Ausnahmezustandes verbreitet, dem nur durch ein rigoroses Eingreifen der Polizei gegen die wenigen und angeblich ausschließlich militanten NATO-Gegner in den sonst menschenleeren Innenstädten zu begegnen sei.

Eine antimilitaristische Mobilisierung

Trotzdem erhielt die Mobilisierung in den letzten Wochen einen deutlichen Schub. Anfänglich wurde der NATO-Jubiläumsgipfel in zahlreichen Aufrufen in seiner Bedeutung als Protestereignis mit den jährlichen G8-Gipfeln gleichgesetzt. Das war sicherlich eine Fehleinschätzung, denn die NATO ist nicht so unmittelbar mit Themen der Landwirtschaft, der Klimapolitik, der Nord-Süd-Verhältnisse, der völligen Deregulierung der Finanzmärkte und der Privatisierung öffentlichen Eigentums usw. in Zusammenhang zu bringen, wie der G8-Gipfel. Dass die NATO aber ein wesentliches Instrument einiger G8-Staaten ist, diese Agenda gegen Widerstände durchzusetzen, konnte im Rahmen der Mobilisierung vermittelt werden.

In Straßburg wurde hingegen ganz konkret gegen die NATO demonstriert und damit auch gegen das der NATO zugrunde liegende Prinzip militärischer Herrschaftsdurchsetzung. Die Proteste gegen andere drängende gesellschaftliche Probleme, wie die Wirtschaftskrise fanden zu Recht andernorts statt, am 28. März in Berlin und Frankfurt und Anfang April in London. Das Thema Krise wirkte dennoch als Katalysator für die Mobilisierung, da sie verdeutlichte, dass Militär nicht nur ein Mittel zur Kriegsführung ist, sondern grundsätzlich in Zusammenhang mit repressiver Interessensdurchsetzung steht. Dieser repressive Charakter des Militarismus zeigt sich daran, wie und wo Militär eingesetzt wird. Etwa bei der asymmetrischen Kriegsführung im Ausland, dem Einsatz von Bundeswehr im Inland (siehe G8 in Heiligendamm) und u.a. der europäischen Migrationspolitik, die mit Zäunen und Lagern durchgesetzt wird. Hinter diesen Entwicklungen liegt eine Vorstellung von Gefahr und Sicherheit, nach der jede Bewegung und jeder Widerspruch gegen das herrschende Sicherheitsverständnis oder die Ordnung zumindest potentiell zum Feind oder gar zum militärischen Gegner erklärt wird. Das wiederum fordert geradezu den spektrenübergreifenden Widerspruch der Menschen heraus, gegen die Polizei, Militär und Stigmatisierung eingesetzt werden. Die Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel wurde so eine wirklich antimilitaristische Mobilisierung, die über die klassische Friedensbewegung hinaus weite Teile der Linken erfasste.

Verbindend wirkte auch die Wahrnehmung eines gemeinsamen Kampfes um das Recht, überhaupt protestieren zu können, zumindest in Süddeutschland durch die in Bayern bereits umgesetzte (und schon wieder zurückgenommene) und in Baden-Württemberg geplante Novellierung des Versammlungsrechtes, die von eben diesem Recht nichts mehr übrig lässt und ebenfalls einen spektrenübergreifenden und konfrontativen Widerstand hervorgebracht hat. Der NATO-Gipfel galt in diesem Kontext als Vorgeschmack auf eine Zeit ohne Demonstrationsrecht und damit auch als Anlass, das Demonstrationsrecht zu verteidigen bzw. durchzusetzen.

Strategie der Spannung

Dass diese umfassende Mobilisierung so gut gelang, lag auch an der Haltung der deutschen und französischen Behörden, die die Proteste per se für illegitim und illegal erklärten und bereits im Vorfeld die Friedensbewegung mit einem brandschatzenden Mob gleichsetzten. Am 2. April, einen Tag nachdem anlässlich des G20 Gipfels zur Finanzkrise in London Banken verwüstet wurden und ein Mann höchstwahrscheinlich unter dem Einfluss von Polizeigewalt verstarb und zwei Tage vor der Großdemonstration gegen die NATO, äußerten sich Vertreter der beiden deutschen Polizeigewerkschaften gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. So meinte Konrad Freiberg (Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei): „Wir müssen damit rechnen, dass die Proteste beim Nato-Gipfel deutlich aggressiver werden als in der Vergangenheit“ und dass „reisende Gewalttäter den Protest der Friedensbewegung gezielt für Randale und brutale Übergriffe auf Polizisten missbrauchen könnten“. Diese Ansicht wurde von den Medien aufgegriffen und schnell weiterverbreitet.

Eine stärkere Differenzierung seitens der Behörden hätte eher dazu geführt, dass es getrennte Mobilisierungen einerseits der Friedensbewegung zu genehmigten Veranstaltungen sowie der anderen Spektren gegeben hätte. Von vornherein als „Black Block“ behandelt, hatte die Friedensbewegung jedoch nichts mehr zu verlieren.
Der Polizeieinsatz zwei Tage später in Straßburg zeigte überdeutlich, dass die Proteste durch die so herbei geredeten Randale kontrolliert werden sollten. Die Polizeiführung – über Hubschrauber ständig mit aktuellem Lagebild versorgt und über Funk mit tausenden Einsatzkräften in Kontakt – ist schon wegen dieser organisatorischen Überlegenheit viel eher für den Gesamtverlauf der Demonstration verantwortlich zu machen als die Demonstrationskoordination. Ihr Einsatz zielte erkennbar weder darauf ab, Randale zu verhindern, eine ordnungsgemäße Demonstration zu ermöglichen oder Schaden von den Gebäuden und Menschen auf der Insel abzuwenden. Stattdessen zielte er darauf ab, die Proteste von der Innenstadt und reicheren Wohngegenden fernzuhalten, Gewalt zu provozieren und diese dann als Anlass zu nutzen, die Demonstration aufzureiben. Das ist ihr gelungen und das ist die eigentliche Niederlage. Die Auseinandersetzungen in Straßburg waren tatsächlich ein Vorgeschmack auf Proteste, denen kein Raum zugestanden wird, die von Vornherein verhindert werden sollen, sich aber dennoch Bahn brechen werden. Das birgt ein enormes Eskalationsrisiko, darf die sozialen Bewegungen aber nicht dazu bringen, nicht mehr zu solchen Protesten zu mobilisieren, nur weil sie diese nicht kontrollieren kann. Die Regierungen hingegen müssen sich fragen, ob sie dauerhaft fähig und bereit sind, diese Eskalation voranzutreiben und Protesten in zunehmend militärisch anmutender Art zu begegnen. Sind sie dies nicht, müssen sie ihre Politik ändern oder zumindest den Protesten Raum geben. Sind sie es doch, müssen die sozialen Bewegungen Strategien entwickeln, wie sie mit zunehmend unkoordinierten und militanteren Formen des Protestes umgehen können, damit diese nicht gegen sie instrumentalisiert werden und ohne dass sie selbst in die Eskalationsfalle geraten.

Konferenz, Camp, Blockaden, Großdemonstration

Am 1. April eröffnete das Camp in Straßburg und es wuchs zunächst langsam, dann beständig und immer schneller. Und es wuchs weitgehend unkontrolliert. Das lag vor allem daran, dass es das einzige Camp war und so lange unklar blieb, ob es überhaupt stattfinden kann. Vor diesem Hintergrund war es eine Leistung der Campvorbereitung, dass überhaupt die nötige Infrastruktur (Großzelte, Volxküchen, Strom und sanitäre Anlagen) vorhanden war, obwohl beispielsweise eine der Volxküchen nicht über die Grenze gelassen wurde und auch viele andere AktivistInnen, um überhaupt über die Grenze zu kommen, darauf verzichteten, Material wie Zeltstangen, Stromkabel, Fackeln oder Flugblätter mitzunehmen. Vor dem Hintergrund dieser erschwerten Bedingungen litt die interne Organisation des Camps. Zwar wurden auf verschiedenen Plena im Camp Absprachen getroffen, diese blieben aber unverbindlich, da nicht alle der überwiegend in Kleingruppen organisierten Gruppen vertreten waren. Entsprechend unkoordiniert und auch häufig unüberlegt wurde auf die sporadischen Angriffe der Polizei im Umfeld des Camps reagiert, die sich oft zu stundenlangen Scharmützeln auswuchsen, während auf dem Camp selbst der Aufbau, die Absprachen und das Leben ganz normal weitergingen. Nicht nur diese Auseinandersetzungen am Rande signalisierten sowohl den überwiegend unbeteiligten BewohnerInnen des Camps als auch denjenigen, die die Berichterstattung verfolgten, dass es auch am Tag der Proteste „krachen“ würde. Auf die Mehrheit der Demonstranten hatte dies eine eher einschüchternde Wirkung. Diejenigen, die solche Auseinandersetzungen suchen, wurden damit natürlich europaweit angezogen. Am Abend vor der Großdemonstration nahm der Strom von Neuankömmlingen im Camp noch einmal spürbar zu.

Am 3. April begann, etwa drei Kilometer vom Camp entfernt, eine internationale Konferenz mit AntikriegsaktivistInnen insbesondere aus Deutschland und Frankreich, aber auch aus Großbritannien und Irland, skandinavischen Ländern, Griechenland, Spanien und den USA. Hier stand die inhaltliche Kritik an der NATO und westlicher Kriegspolitik im Mittelpunkt der zahlreichen größeren und kleineren Workshops. Daneben wurde die Konferenz von vielen genutzt, um sich informell mit den oft altbekannten GenossInnen aus anderen Ländern auszutauschen und gemeinsame Kampagnen vorzubereiten. Ein Austausch mit den Bewohnern des Camps fand in begrenztem Maße statt. Viele der zumeist in der Stadt untergekommenen KonferenzteilnehmerInnen statteten dem Camp einen Besuch ab. Unter den Camp-BewohnerInnen scheiterte der Wunsch nach einer Teilnahme an der Konferenz jedoch oft an der schlechten Anbindung und der Sorge, auf dem Weg durch die Stadt polizeilicher Repression ausgesetzt zu sein. Bezeichnend ist auch die Tatsache, dass sich das mediale Interesse an der Konferenz – trotz dem Bekanntheitsgrad vieler TeilnehmerInnen – in Grenzen hielt. Die Medien waren weniger an den Argumenten der GipfelgegnerInnen interessiert, denn an den Bildern von Ausschreitungen, die sie am nächsten Tag erhalten sollten.
Verschiedene überwiegend deutsche Bündnisse hatten gewaltfreie Blockaden am 4. April in der Straßburger Innenstadt geplant. Auch auf dem Camp bereiteten Leute sich konkret auf diese Aktion vor. Sie bildeten Bezugsgruppen, Delegiertenplena, es gab Aktionstrainings und die gewaltfreie Reaktion auf Polizeirepression wurde abgesprochen. Das Konzept der gewaltfreien Blockaden basiert auf der Rechtsfigur des zivilen Ungehorsams, die es in Deutschland gibt, aber

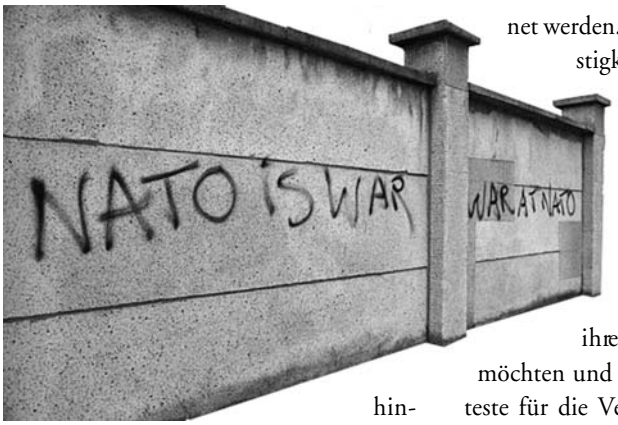
nicht in Frankreich. Insbesondere im Austausch mit französischen GenossInnen, die oft wenig Verständnis für diese Aktionsform aufbringen konnten, wurde deutlich, dass diese eventuell wenig aussichtsreich verlaufen könnten, da die französische Polizei nicht zögern würde, Tränengas und auch Gummigeschosse gegen eine friedliche Sitzblockade einzusetzen. Obwohl diese Debatten sicherlich eine abschreckende Wirkung entfalteten, entschlossen sich mehrere tausend Menschen, es dennoch zu versuchen. Sie machten sich nachts vom Camp in größeren und kleineren Gruppen auf, um überhaupt in die Innenstadt zu gelangen, von der die Polizei angekündigt hatte, sie komplett abzuriegeln. Die größeren Gruppen wurden tatsächlich von Polizeihubschraubern verfolgt und später mit Tränengas aufgehalten. Einigen kleineren Gruppen gelang es, in die Innenstadt zu gelangen und sich auf zentralen Kreuzungen zu sammeln. Sie wurden teilweise ohne Ankündigung von der Polizei mit Tränengas attackiert. Die Polizei lehnte Verhandlungen ab mit den Worten, „wenn wir Euch hier weg haben möchten, dann werdet ihr das schon merken“. Dennoch brachte diese entschlossene und gewaltfreie Form des Protestes einen beachtlichen Erfolg: mitten in der Innenstadt gab es Kreuzungen, die blockiert wurden. Selbst wenn dies nicht die zentralen Kreuzungen waren, und die Blockaden zuletzt durch die Polizei toleriert wurden, so konnte sich auf diese Weise doch genau dort Protest äußern, wo die NATO und die französischen Behörden ihn nicht haben wollten. Durch diese Blockaden gab es auch in der Innenstadt zeitweise Bewegungsfreiheit für die AktivistInnen und Kontakt mit der Straßburger Bevölkerung.

Am selben Tag vormittags sammelten sich auf der deutschen Seite in Kehl mehrere tausend Menschen, die am Ostermarsch über die Europabrücke auf die französische Seite teilnehmen wollten. Aus Nordrhein-Westfalen traf ein Sonderzug ein und aus ganz Süddeutschland Busse, die überwiegend von der Polizei aufgehalten und kontrolliert worden waren. Deshalb begann der Ostermarsch auch erst mit Verzögerung. Während der Auftaktkundgebung strömten aus Straßburg, aus dem Camp und von den Blockadepunkten Menschen auf die Insel zwischen Kehl und Straßburg, auf der beide Demonstrationen sich vereinigen und die Großdemonstration stattfinden sollte. Doch bevor die gemeinsame Kundgebung begann, wurden bereits alle Zugänge zu der Insel von der Polizei abgeriegelt, woraufhin es an einigen Stellen zu Auseinandersetzungen kam. Auf der Insel selbst war zunächst überhaupt keine uniformierte Polizei zu sehen und es kam zu ersten Sachbeschädigungen insbesondere an einer alten, leer stehenden Grenzstation. Trotzdem kann die Lage zu diesem Zeitpunkt noch als weitgehend ruhig beschrieben werden – eben da sich keine Polizei blicken ließ –, es gab zahlreiche Diskussionen über die Randale, die daraufhin teilweise auch eingestellt wurden. Auf deutscher Seite wurden diese aber als Vorwand genutzt, um den Ostermarsch, der zu diesem Zeitpunkt sicherlich deeskalierend und strukturierend gewirkt hätte, nicht über die Brücke zu lassen. Irgendwann brannte dann auf der Insel die Grenzstation und ein IBIS-Hotel. Wenig später – die Auftaktkundgebung hatte erst angefangen – griff die Polizei an und trieb die auf der Insel verstreute Menge auf den Platz der Auftaktkundgebung, den sie ebenfalls mit Tränengas einnebelte. Die Demonstration begann damit verfrüht und unfreiwillig und verlief unter nahezu ununterbrochenem Tränengasbeschuss im Halbkreis durch das Industriegebiet auf der Insel. Den willkommenen Anlass für den ständigen Tränengasbeschuss lieferten einige der vermummten, schwarz gekleideten Demonstrationsteilnehmer, die bei jeder Gelegenheit die Polizei mit Steinen attackierten und anschließend in die Demonstration flüchteten. Immer mehr Demonstrationsteilnehmer setzten sich auf Freiflächen, Fabrikgeländen, auf Bahnschienen und entlang von Seitenarmen des Rheins ab. Kurz bevor die Demonstration wieder auf das brennende Hotel gestoßen wäre, riegelte die Polizei die Route auch von Vorne ab. Auch hier wurde

sie attackiert, obwohl die Militanten aus der Demonstration heraus aufgefordert wurden, dies zu unterlassen. Wieder reagierte die Polizei mit Tränengasangriffen auf die Demonstration, die sich nun überwiegend in flüchtende Kleingruppen auflöste. Sichtlich niedergeschlagen und demoralisiert zogen diese Kleingruppen später unter der höhnischen Aufsicht der Polizei von der Insel ab, wobei sie eindeutig so geleitet wurden, dass sie die Stadt nur über deren ärmste Viertel wieder erreichten.

Zur Selbstkritik

Während sowohl das Stattfinden des Camps und der Blockaden als auch die Konferenz und die schiere Masse an DemonstrantenInnen – ganz abgesehen von der inhaltlichen Mobilisierung und Auseinandersetzung mit der NATO und Militarismus im Vorfeld – als Erfolge angesehen werden können, so war die Demonstration selbst eine Niederlage, die den TeilnehmerInnen beim Abzug sichtbar ins Gesicht geschrieben stand. Die unmittelbare Erfahrung von sinnloser Gewalt, die von Einigen aus der Demonstration heraus ausgeübt wurde, führte dazu, dass viele eben diese, sowie die Organisatoren der Demonstration für das Scheitern verantwortlich machten. Dies allerdings ist ein Fehlschluss, der denjenigen in die Hände spielt, die den Protest ver-



hindern oder diffamieren wollten. Deren Rolle darf nicht unterschätzt werden, denn sie haben es bereits mit ihrer restriktiven Politik im Vorfeld geschafft, dass die Großdemonstration nicht ausreichend vorbereitet und kein gemeinsames Vorgehen unter der Mehrzahl der Demonstrierenden ausgehandelt werden konnte. Für den Gesamtverlauf des großen und unübersichtlichen Protestes sind nicht diejenigen verantwortlich zu machen, die sich bis zuletzt darum bemüht haben, dass dieser überhaupt stattfinden kann, sondern allenfalls diejenigen, welche den Kontext der Proteste gestalteten. Hierzu gehört allen voran die NATO selbst mit ihrer Entscheidung, ihr sechzigjähriges Fortbestehen in einer Großstadt zu feiern, deren BewohnerInnen hierfür massive Einschränkungen in Kauf nehmen mussten. Wenn die Regierenden immer offener gegen die Interessen derjenigen agieren, die sie zu vertreten in Anspruch nehmen, muss mit solchen absolut legitimen Protesten gerechnet werden. Die immer offenere Dreistigkeit der Regierungen, die in solchen Feierlichkeiten inmitten der Krise nur ihre symbolische Zuspitzung erfahren, führen natürlich auch dazu, dass weniger politisierte und organisierte Menschen ihrer Wut Ausdruck verleihen möchten und dass damit auch die Proteste für die Veranstalter schwerer kontrollierbar werden. Dies ändert jedoch nichts daran, dass es legitim ist, etwa zu Demonstrationen gegen den NATO-Gipfel aufzurufen.

Derweil auf dem Olymp

Was wurde nun gefeiert auf dem Gipfel, was wurde beschlossen? Einigkeit sollte demonstriert werden und ein Neuanfang, in dessen Zentrum freilich der neue US-amerikanische Präsident Obama stand. All sein Charisma, das er unter anderem mit der realitätsfernen Forderung nach einer „atomwaffenfreien Welt“ versuchte aufzuhübschen, konnte die anwesende Polit-Prominenz nicht darüber hinwegtäuschen, dass er an der Spitze eines Landes steht, das härter von der Finanzkrise getroffen wird, als alle anderen Großmächte und gleichzeitig in mehreren recht aussichtslosen Konflikten steckt. Die USA brauchen die europäischen Staaten und ihre Soldaten mehr denn je. Deshalb der Vorschlag eines Neuanfangs, einer neuen NATO, in der die USA und die EU gleichberechtigt nebeneinander stehen. Allerdings gibt die EU ohne den halbtoten Lissabon-Vertrag keinen ausreichend einheitlichen und ausreichend starken militärpolitischen Akteur ab, um die USA aus dem afghanischen Schlamassel zu ziehen und die ambitionierten Pläne der NATO, eine dem Untergang geweihte Weltordnung militärisch zu verteidigen, umzusetzen. „Don´t mention the Balkans“, mag sich so manche(r) gedacht haben. Denn dort, wo sich die NATO vor über zehn Jahren als Interventionsbündnis zur Vorwärtsverteidigung neu erfunden hat, stecken bis heute ihre Soldaten fest, ohne dass es noch irgendwelche Aussichten auf eine erfolgreiche kapitalistische Integration der zurechtgebombten neuen Staaten gäbe. Anstatt die Soldaten in einen sinnlosen Krieg zu schicken, machten sich die RegierungsvertreterInnen jeder und jede für sich ihre nationalen Gedanken, wie sie Banken retten und Wählerstimmen mit Konjunkturpaketen kaufen könnten. Die meisten kamen gerade erst aus London, wo man ähnlich perspektivlos dabei scheiterte, ein gemeinsames Vorgehen in der Krise abzusprechen, ohne über Alternativen auch nur nachdenken zu können. Auch dort konnten die Regierungsvertreter bei ihrer Abreise Rauchwolken sehen. So verzweifelt die Herrschenden in diesem Moment sein mochten, so ambitioniert verteidigten ihre Schergen zugleich deren Un-Ordnung.

maria

Radioballett auf dem Flughafen

Anlässlich des NATO-Gipfels in Straßburg fand am 4. April 2009 eine dezentrale Aktion in Form eines Radioballetts von Radio Corax Halle am Flughafen Leipzig/Halle statt. Der Ort war gut gewählt, da von dort seit 2006 Soldaten und Material in Krisengebiete wie Afghanistan oder Irak verschickt werden. Der für zivile Nutzung geplante Flughafen ist so ein Umschlagplatz für militärische Aktionen von NATO und USA geworden.

Die Aktionsform Radioballett ist in Leipzig schon seit 2003 bekannt, als auf dem Hauptbahnhof zum Thema öffentlicher Raum irritiert wurde. Die Methode ist simpel: Eine Sendung mit Bewegungsangaben, Musik und themenspezifischer Information wird von den Beteiligten über einen Radioempfänger oder eine fertige Audiodatei gleichzeitig gehört. Die antimilitaristischen AktivistInnen vollzogen typische Bewegungen von Soldaten nach. Sie marschierten, salutierten, parierten Kugelhagel, warfen sich in Deckung, schossen, wurden verwundet und schleppten sich weiter. Da die etwa 30 Akteure über die Flughafenhalle verteilt waren, blieben sie für die Fluggäste zunächst unerkannt, bis sie auf ein für Außenstehende unerkennbares Zeichen begannen, sich anders zu verhalten. Dieser Moment der Irritation ist die Stärke dieser Aktionsform. Die Fluggäste beobachteten teils verstohlen, teils erheitert das Geschehen. Einige Ordnungskräfte des Flughafens standen, das Funkgerät im Anschlag, daneben und wussten nicht recht, was tun. Andere versuchten erfolglos, die „Balletttänzer“ zum Verlassen des Geländes zu bewegen. Nach 15 Minuten war es schon vorbei. Im Anschluss verhinderte die Polizei das Aufhängen eines Transparentes des Anti-Nato-Bündnisses und stellte sich Kindern in den Weg, die ein Banner durch den Terminal trugen auf dem ganz radikal politisch stand: „PEACE“.

wanst

„Alles zu ihrer Sicherheit“

Rezension: „Kontrollverluste – Interventionen gegen Überwachung“

Die *Leipziger Kamera* (1), eine Initiative die sich seit 2003 intensiv gegen Überwachung engagiert, hat pünktlich zur diesjährigen Buchmesse eine Aufsatzsammlung zu Alltag, Theorie und Praxis des Kampfes gegen Überwachung vorgestellt.

Dafür hat die Gruppe eine ganze Reihe, zum Teil sehr unterschiedlicher Beiträge, aus verschiedenen Spektren zusammengetragen und präsentiert einen recht umfassenden Einblick in das weite Feld der Überwachung und ihrer Kritik.

Während das erste Kapitel „Was geht?“ einen eher theoretisch-analytischen Überblick über den gesellschaftlichen Kontext, die Entwicklung und die politische Bedeutung von Überwachung gibt, beschäftigen sich die folgenden Kapitel mit den Möglichkeiten und Grenzen der juristischen Mittel. So etwa mit der zunehmenden Repression unter dem Label §129a, der Situation von besonders durch Repression Betroffenen (wie z.B. Migrant/-innen, Arbeitnehmer/-innen und Jugendlichen) und schlussendlich mit möglichen Interventionen und den Erfahrungen, die verschiedene Gruppen mit ihren unterschiedlichen Aktionsformen gesammelt haben.

Die inhaltliche Klammer dieser 33 Beiträge – oder wie Wolf-Dieter Narr es in seinem Vorwort nennt: „33 kritische Bespikkungen des verrotteten, in Private-Public-Partnership gegrillten Sicherheitsbratens“ – bildet die Frage nach Ursachen, Notwendigkeiten und Nutzen von Überwachung für einen flexiblen, postfordistischen (2) Kapitalismus. Im ersten Kapitel wird speziell unter dem Gesichtspunkt der Erzeugung von Gouvernementalität (3) in einer scheinbar individualisierten, „freien“ Gesellschaft nach einer Antwort gesucht.

Im Kapitel „Was geht nicht?“ finden sich Auseinandersetzungen mit der „neuen bürgerrechtlichen Bewegung“ à la „AK Vorratsdatenspeicherung“, wobei der Frage nach Möglichkeiten, aber vor allem Grenzen juristischer Mittel gegen die neuen Sicherheitsgesetze nachgegangen wird. Hier bekommt der Band – wobei das Thema differenziert dargestellt wird und auch juristische Mittel nicht negiert werden – doch einen Geschmack fundamentaler Staatskritik, der, besonders in Zeiten auch linken Jubels für das Verfassungsgericht als schützende, gute und absolute Instanz, erholsam ist.

Im Kapitel „Sind wir alle 129a?“ kommen Aktivist/-innen zu Wort, die vom Verfahren um die so genannte Militante Gruppe (FA! #27 „Wie bilde ich eine terroristische Vereinigung?“) betroffen sind. Sie berichten, wie die umfassende Überwachung ihr persönliches Leben beeinflusst und analysieren die Strategie des Bündnisses, das sich für die Einstellung des 129a-Verfahrens einsetzt. Auch Menschen, die sich schon intensiv mit diesem Thema beschäftigt haben, finden mit dem Beitrag zu dem Verfahren gegen das „Critical Art Ensemble“ (4) noch ein paar neue Informationen über staatliche Repression gegen Systemkritiker/-innen in Zeiten des Terrorwahns in den USA.

Weiter geht's im Kapitel „Was noch?“ mit Berichten über spezifische Repression gegen Migrant/-innen und Flüchtlinge, gegen Arbeitnehmer/-innen sowie dem bisher recht wenig beachteten Bereich der Befugnisse und (fehlenden) Kontrolle der immer weiter in die Sicherheitsarchitektur integrierten privaten und freiwilligen Sicherheitsdienste und deren Bedeutung für die Formung des öffentlichen Raums sowie über Zwangsbeschäftigte in Hartz-4 Programmen. Auch hier wird der Blick, durch einen Beitrag zu den so genannten „ASBOS“ (5) in Großbritannien, über den nationalstaatlichen Tellerrand gelenkt und man lernt, wie schnell bei unseren europäischen Nachbarn skurrile Ordnungswidrigkeiten zu Straftaten werden können.

Die letzten beiden Kapitel „Was sagen?“ und „Was tun?“ sind praxisorientiert und thematisieren die „Rhetorik und Realität von Überwachung“, die möglichen Konsequenzen daraus sowie die Praxis verschiedener überwachungskritischer Gruppen. Dabei reicht das Spektrum von Tipps zur Computer- und Kommunikationssicherheit bis hin zu Gruppen, die versuchen, im überwachten öffentlichen Raum zu intervenieren, wie die „Surveillance Camera Players“ (6) oder „LIGNA“ (7). Auch „gipfelsoli“ (8) liefert einen, nicht zuletzt in Hinblick auf den kommenden G8-Gipfel in Italien, praxisrelevanten Artikel zur europäischen Sicherheitsarchitektur.

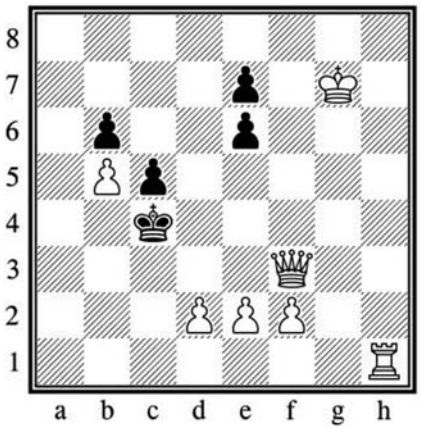
Alles in allem ein lohnenswertes Buch, dem es gelingt das umfangreiche Feld der Überwachung und ihrer Kritik von unterschiedlichen Seiten zu beleuchten, ohne dabei in das häufig inhaltsleere Gezeter über den „totalitären Überwachungs- und Sicherheitsstaat“ zu verfallen. Vielmehr schafft es der Band praxisnah zu bleiben ohne aber eine tiefere Analyse der sozialen Folgen, Bedingungen und Ursachen von Überwachung zu vernachlässigen.

Rote Hilfe OG Leipzig

Kontrollverluste – Interventionen gegen Überwachung, Leipzig Kamera (Hrsg.), Unrast Verlag, Münster, 2009 - ISBN 978-3-89771-491-5
S. 256 mit Abbildungen, 18 •

(1) http://leipzigerkamera.twoday.net
„Die „Leipziger Kamera. Initiative gegen Überwachung“ ist seit 2003 in der Stadt des bundesdeutschen Pilotprojektes zur Videoüberwachung öffentlicher Plätze aktiv. Zu ihren Projekten zählen überwachungskritische Stadtrundgänge, das Festival „DEL+CTRL“, die Veranstaltungsreihe „Salon Surveillance“ und Aktionen wie die Verleihung des „Erich Mielke Gedächtnispreises“ und das „Making Trouble“ Wochenende zusammen mit den Space Hijackers aus London.“
(2) Postfordismus: seit den 1970ern dominierende Wirtschaftsform gekennzeichnet durch Flexibilisierung der Produktion, Entbürokratisierung der Verwaltung, Wegfall/Privatisierung staatlicher Sicherungssysteme, Individualisierung aller Bereiche der Lebensorganisation.
(3) Gouvernementalität meint hier einfach die Produktion normen-konformen Verhaltens durch Internalisierung (Anm. der Redaktion)
(4) http://critical-art.net, http://caedefensefund.org
(5) ASBO heißt „Anti-Social-Behavior-Order“. Das sind konkrete Verbote, die von Polizei und kommunalen Verwaltungen beantragt und von Gerichten ausgesprochen werden. Sie richten sich gegen „unangemessen“ empfundenes Verhalten, was allerdings keine Straftaten sein müssen. Verstöße gegen ASBOS sind jedoch Straftaten. „Oft werden Fotos der Beschuldigten (mit Namen und Adresse) sowie den Auflagen in Schaukästen, auf Plakaten an Bussen oder im Internet veröffentlicht.“
(6) http://notbored.org/the-scp.html
(7) http://www.ok-centrum.at/ausstellungen/open_house/ligna.html
(8) http://gipfelsoli.org, http://euro-police.noblogs.org

Lückenbüßer



Matt in drei Zügen:

Wiedermal läßt sich der dunkle Herrscher mit der Prinzessin und einer handvoll Bauern allein nicht so schnell kriegen. Dafür brauchts schon einen ordentlichen Festungsturm. Und der ist auch der 1. Schlüssel, um Schwarz hier in drei Zügen aus dem Spiel zu nehmen.

Lösung #32:

1. Lh3 Kf6 2. Dg7 matt oder
1. Lh3 Ke4 2. De3 matt oder
1. Lh3 Kf4 2. De3 matt

Der Lh3 ist ein reiner Wartezug. Nur auf den beiden Endfeldern der Diagonale c8 / h3 steht der Läufer so, dass er seiner Partei nicht das Konzept verdirbt. Der Läufer könnte auch auf h3 stehen und nach c8 ziehen usw. - ein „perpetuum mobile“ durch Pendeln des Läufers zwischen c8 und h3.

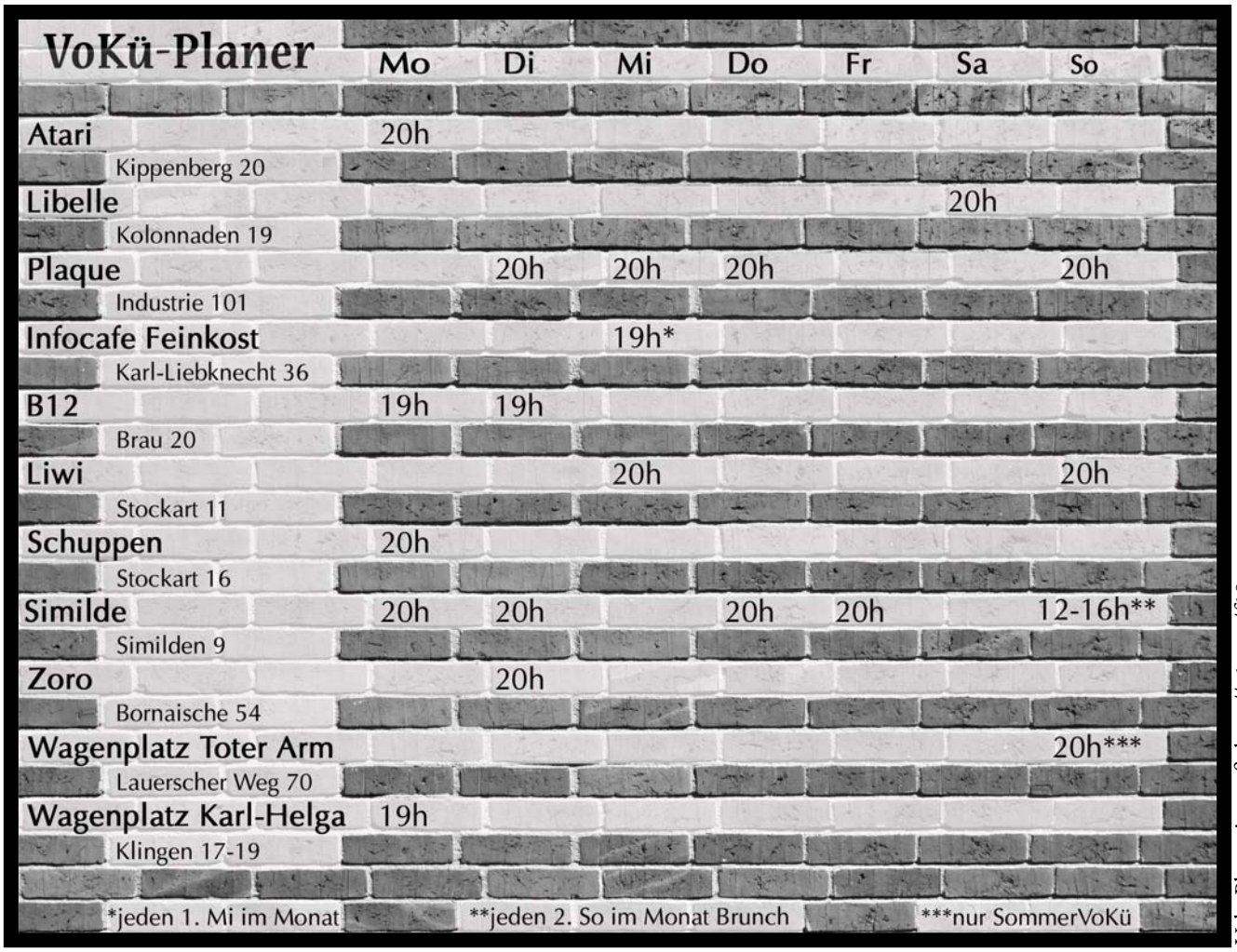
So, nun zu unserer offenen Rechnung.

Der ein oder die andere mag es beim Lesen dieses Heftes gemerkt haben - die gesamte Redaktion war im Herstellungsprozess mit ihren Gedanken ganz woanders - nämlich bei der Lösung des Schachproblems der #31, welches sich seit nunmehr gut 4 Monaten in den Händen radikaler Extremisten befindet. Versuche, die Solutionnapper zur freiwilligen Herausgabe zu bewegen, scheiterten jedoch kläglich. So lief unser Ultimatum letzten Monat ab und wir sahen uns gezwungen die notwendigen Massnahmen zu ergreifen.
Eine Kommandoaktion unsererseits drang tief in feindliches Connewitzer Gebiet vor und bemächtigte sich einer statistischen Erhebung, welche in ihrer Reinform Sprengstoff für die ansässige Szene darstellen könnte. Unser Angebot ist folgendes: Austausch der Geiseln auf neutralem Gebiet mit gleichzeitiger Satisfaktion bei einer Partie Schach. Nach strengen Leipziger Regeln.

ZEIT: So, 19.07.09 um 16:00 Uhr
ORT: Clara-Zetkin-Park/Anton-Bruckner-Allee, direkt vor dem Schachzentrum: http://x1t.org/rl4

Um unsere Ernsthaftigkeit noch einmal zu betonen: Bei Regelverletzungen oder einem Verstreichen des Termins werden wir ohne Rücksicht auf das Vernichtungspotenzial unserer Geisel selbige öffentlich machen!

Militanter Flügel der AG Pressearbeit des Arbeitskreises Politische Vermittlung Süd in Namen der Schachredaktion des Feierabend! im Auftrag der Feierabend!-Redaktion (V.i.S.d.P. Helga Haluschke)



VoküPlaner in groß: http://x1t.org/f18

Und hier gibts den...

Feierabend!

Lindenau
Café Westen, Demmeringstr. 32

Zentrum
Bistro Al Safa, Leplaystr. 3
Libertäres Zentrum Libelle, Kolonnadenstr. 19

Plagwitz
Infobude/Projekt G16, Gieszerstr. 16
Noch Besser Leben, Merseburger Str. 25
Dr. Seltsam, Merseburger Str. 25
Vleischerei, Zschochersche Str. 23

Schleußig
Besser Leben, Hohlbeinstr. 2
Schlechtes Versteck, Könneritzstr. 32
Lebensart Naturkost, Könneritzstr. 49
Rückenwind, Schnorrstr. 23

Südvorstadt
Späti Esperantos Katzer Schenkendorf Str. 20
Bistro Shahia, Karl-Liebknecht-Str. 98
Mandragora, Kurt-Eisner-Str. 84
Onkel Toms Hütte, Arthur-Hoffmann-Str. 120

Stötteritz
Hakan Bistro, Herrmannstr. 24

Reudnitz
Presseshop Dipetos Store, Riebeckstr. 6
Atari, Kippenbergstr. 20

Connewitz
Café Similde, Simildenstr. 9 - **Buchhandl. El Libro**, Bornaische Str. 3d
Frau Krause, Simildenstr. 8 - **Lazy Dog**, Wolfgang-Heinze-Str. 20
Infoladen CI, Koburger Str. 3

ausserhalb
la ka rot, Ludwig-Wucherer-Str. 29 (Halle)

Archive
DaDa Köln, c/o TTE-Bücherei, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln, koeln@dadaweb.de, www.free.de/dada/; **Alhambra-Archiv**, Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg, archiv@alhambra.de; **Bibliothek der Freien**, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, 10405 Berlin, zeitschriftenarchiv@bibliothekderfreien.de; **Anarchiv**, Wolfsburgstr. 25-29, 67433 Neustadt a.d Wstr.

Kontakt:
Feierabend!
Gießerstr. 16
04229 Leipzig
feierabendle@web.de
Interim: myspace.com/feierabendle

Einsendeschluß für #34: 01. 07. 2009

Feierabend! gibt's auch im ABOnnement.

(3 Ausgaben für 5 Euro + auch ältere Ausgaben sind teilweise noch erhältlich)

ABO-Ticket

Feierabend!

3 Ausgaben kosten 5 Euro (inkl. Versand)

Unsere Postadresse ist:
Feierabend! + Gießerstraße 16 + 04229 Leipzig
Online erreichst Du uns unter:
feierabendle@web.de + Homepage derzeit offline

Bereits bezahlte Ausgabe einfach hier markieren:

#33	#34	#35	#36	#37	#38	#39	#40	#41

Dein Merkzettel (aufheben) → ← Unser Merkzettel (schicken)

ABO-Ticket

Ich möchte ein ABO
☐ neu anmelden
☐ Ich möchte mein ABO verlängern

Meine Postadresse ist:

Das Geld für folgende Ausgaben liegt bei: (3 Ausgaben = 5 Euro)

#33	#34	#35	#36	#37
#38	#39	#40	#41	

Feierabend!

Inhaltsverzeichnis

Lokales

Keine Nazis. Nirgends. ... Seite 1/13
Thor Steinar ist verkauft ... Seite 2
Autonomes Abwracken in Dresden ... Seite 2
Raus aus dem Elfenbeinturm? ... Seite 3-5
May-Action - IT WORKS! ... Seite 6-7
“Keine graue Masse” ... Seite 10-12

Unter der Lupe

Letztlich keine Handhabe ... Seite 8-9

Uebrigens

Anarchismus im 21. Jahrhundert ... Seite 14f
Auf zur zentralen Einheitsgemeinde ... Seite 15
Ende im Gelände. ... Seite 1/25

Nachbarn

Turkey: Imagined Community II (Reisebericht) ... Seite 16-17

Theorie&Praxis

Im Unterholz der Moderne ... Seite 18-21

Ueber'n Tellerrand

Vom Ende der Arbeit ... Seite 22-23
Sacharbeitermoral ... Seite 24

Skandal. global

Antirassistische Selbstdarstellung ... Seite 26-28

Antimilitarismus

Proteste, die gar nicht stattfinden sollten ... Seite 1/29ff
Radioballett auf dem Flughafen ... Seite 32

Rote Hilfe

“Alles zu ihrer Sicherheit” (Rezension) ... Seite 33

Et cetera

Kommentar, Editorial, Termine, Rätsel, Schach, Verkaufstellen